

UB Braunschweig 84



2301-139-3

Ueber die
Nothwendigkeit
durchgreifender Reformen
bei der
gegenwärtigen Lage Deutschlands.

Mit einleitenden Bemerkungen
über
die von Herrn von Strombeck vor Kurzem ab-
gehandelte Frage:

Was ist Rechts,
wenn die oberste Staatsgewalt dem Staats-
zwecke entgegenhandelt?

Von
K. H. Fürgens.

Beim Verleger dieser Schrift erscheint in einigen Tagen:

Wünsche der Braunschweiger,
zur Beherzigung bei den bevorstehenden landschaftlichen Verhandlungen vorgetragen und erläutert.

Erstes Heft.

Ueber Verbesserung der Volksvertretung.
Von K. Steinacker.

In demselben Verlage ist ferner so eben erschienen:

Ueber die
Verarmung der Städte und des Landmanns
und den Verfall d. städtischen Gewerbe im nördl. Deutschland,
besonders im

Königreiche Hannover.

Versuch einer Darstellung der allgemeinen Hauptursachen dieser
unglücklichen Erscheinungen und der Mittel zur Abhülfe derselben

von
S. P. Gans, Advocaten in Celle.
gr. 8. geh. 6 Ggr.

Der Aufstand
der Braunschweiger

am 6. und 7. September,
seine Veranlassung und seine nächsten Folgen.

Mit offiziellen Aktenstücken begleitet.

gr. 8. geh. 6 Ggr.

Betrachtungen
über den Aufstand der Braunschweiger

und den gewünschten endlichen Regierungs-Antritt

Sr. Durchlaucht des Herzogs Wilhelm

von Braunschweig-Oels.

Aus dem Standpunkte des Naturrechts, des positiven Staatsrechts
und der Politik.

gr. 8. geh. 4 Ggr.

Was ist Rechts,
wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des
Staatsverbandes entgegenhandelt?

Erörtert und beantwortet von

Friedrich Karl von Strombeck,

Geheimen Rathe, Oberappellationsrathe und Mitglieder des engeren
Ausschusses der Braunschweigischen Stände.

Dritte, mit Zusätzen vermehrte Auflage.

gr. 8. geh. 8 Ggr.

Ueber die

Nothwendigkeit

durchgreifender Reformen

bei der

gegenwärtigen Lage Deutschlands.

Mit einleitenden Bemerkungen

über

die von Herrn von Strombeck vor Kurzem abge-
handelte Frage:

**Was ist Rechts, wenn die oberste Staatsgewalt
dem Staatszwecke entgegenhandelt?**

Von

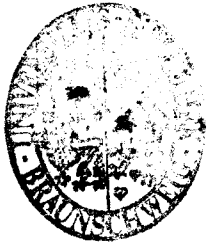
K. H. Jürgens.

Braunschweig,

Verlag von Friedrich Vieweg.

1831.

V o r w o r t.



FRIEDR. VIEWEG & SOHN
BRAUNSCHWEIG

Frei-öffentliche Besprechung der gemeinen Bedürfnisse, Angelegenheiten, Wünsche, gehört zu den Mitteln, und zwar zu den wichtigsten, zum Bessern zu gelangen, indem sie allgemeineres oder lebhafteres Interesse für öffentliche Dinge weckt oder erhält, und zu allseitiger Prüfung und Erörterung führt, das Gute befördert, das Schlechte ans Licht zieht. Sie ermangelt, wie jede andre Oeffentlichkeit, vorzüglich in Nord-Deutschland, und am meisten in den kleineren Nord- und Mittel-deutschen Staaten, zur Zeit nur noch gar zu sehr, und zum gemeinen Nachtheil. Mancherlei Reformen in der bestehenden, das bürgerliche und kirchliche Leben regelnden Ordnung der Dinge, erscheinen auch im (Braunschweigischen) Vaterlande des Verfassers als heilsam oder nothwendig.

Von diesen Rücksichten bewogen, beabsichtigten der Verfasser dieser Blätter und einer seiner Freunde, den denkenden Mitbürgern ihre Ansichten über verschiedene, des Landes, der Kirche, der Städte und Landgemeinen Verfassung, Verwaltung, Bedürfnisse und Desiderien betreffende Gegenstände, nach und nach zur Prüfung vorzulegen.

Der Verfasser gedachte das ganze Unternehmen mit einigen Bemerkungen über die Nothwendigkeit der Reformen überhaupt, bei dem jetzigen Stande unsrer

Verhältnisse, einzuleiten. Im Anfang dieses Monats kam ihm die Abhandlung des Herrn v. Strombeck über die Frage zu: Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt gegen den Staatszweck handelt? Diese Frage hat eben jetzt ein großes Interesse für uns, und verbindet sich bei den gegenwärtigen Verhältnissen wie von selbst mit der andern: ob nicht, und welche Reformen nothwendig sein möchten, um — die erstere für die Praxis hinfort überflüssig zu machen? Hr. v. Strombeck bezweckt Erörterung der von ihm aufgeworfenen Frage und Ausmittelung der Wahrheit. Dem Verfasser schien es, als wenn derselbe in mehr als Einem Punkt das Rechte nicht getroffen habe. So entschloß er sich, durch einige Bemerkungen die von Hr. v. Strombeck begonnene Erörterung jenes Capitels aus dem natürlichen Staatsrecht fortzusetzen, und die erstern mit denen in Verbindung zu setzen, die er über die erwähnte andre Frage vorzulegen gedachte. Der Beginn des erwähnten Unternehmens schien sich noch verzögern zu wollen, und der Verfasser hat sich nunmehr weiter führen lassen, als er ursprünglich beabsichtigte. Er legt deshalb diese Blätter, die, wenn sie überhaupt einiges Interesse erwecken, doch nur ein augenblickliches besitzen könnten, und deren Inhalt nicht speciell auf Braunschweigische Angelegenheiten sich bezieht, jetzt allein dem Publikum vor.

Und dieß ohne allen Anspruch, irgend etwas zu sagen, was zuvor nicht gedacht wäre. Er hofft vielmehr und ist überzeugt, recht Vielen Gedanken auszusprechen. Es kommt auch darauf hier nicht an, Neues zu sagen. Nur daran ist gelegen, daß das von Manchen unklar Gedachte zum deutlichen Bewußtsein komme,

daß die Meinung sich ausspreche, und dadurch läutere, bilde und stärke.

Es ist freilich bei uns bisher verhältnißmäßig noch immer zu viel geschrieben und zu wenig gethan. Allein dieß war größtentheils die Schuld unsrer Verhältnisse. Das Schreiben soll doch zum Thun führen, und muß schon so lange fortgesetzt werden, bis es dazu führt; und kürzlich ist so viel, so plötzlich und in solcher Weise vom Deutschen Volke an mehreren Orten gehandelt, daß wir billig über das Geschehene und ferner Vorzunehmende uns verständigen.

Muß doch überall das Wahre, mag es noch so alt und bekannt sein, so lange wiederholt werden, bis es anerkannt und ins Leben hinausgeführt ist. Wir, bei uns, müssen viel Richtiges und Gutes sagen und wiederholen und hören, was der Engländer z. B. nicht mehr hören mag, und wovon er spricht: *We take that for granted!*

Der Verfasser wünscht, daß es im Vaterlande besser werde, wie schon der Titel dieser Blätter zeigt. Es giebt Leute, welche sagen werden: er hätte, wie er hier und da thut, der Fehler der Vergangenheit, was zu nichts helfe und nur erbittre, nicht gedenken sollen! — Und der der Gegenwart wohl auch nicht? und das Unrecht hübsch säuberlich angreifen, damit es um so übermüthiger wird?!

Als die Vergangenheit Fehler beging, durfte und sollte Keiner ein Wort sagen — weil es erbittre und nichts helfen könne; denn was geschehe, geschehe nun einmal. Und nun möchten die erwähnten Leute gern, daß man wieder ehrerbietig schwiege und Alles zudeckte aus freien Stücken, damit die begangenen Fehler we-

der erkannt, noch bereut, noch verbessert und durch eine vernünftigeren, heilsameren und edleren Handlungsweise vertauscht werden. In der Erkenntniß und Rüge der Fehler der Vergangenheit sind die besten Lehren für Gegenwart und Zukunft, und die besten Bürgschaften für eine bessere Zeit. Sofern das der Fall ist, soll ihrer auch gedacht, und am wenigsten sollen sie bemäntelt werden. Wer aber, daß dieses geschehe, verlangt, und daß jenes, nicht leiden will, und nur erbittert und hartnäckig wird, von dem hofft auch nicht, daß er zum Rechten einlenken werde, Ihr mögt Euch benehmen, wie Ihr wollt: denn er will es nicht, und die ungebührliche Rüge wird ihm nur Vorwand des Nichtwollens. Freilich — Ungebührliches im rechten Sinn des Worts soll nichts geschehn.

Wissentlich hat der Verfasser kein hartes oder ungerechtes Urtheil gefällt, er hat manche nahe liegende, des Tadelns nur zu werthe Gegenstände entweder gar nicht berührt, oder viel zu gelinde gerügt, und ist sich auch bewußt, gern das Gute und Verdienstliche anzuerkennen, und sorgfältig dahin zu sehen, daß er auch im Urtheil kein Unrecht begehe. Sollt' es indeß geschehen sein, so werden, unter willkommener Berichtigung, diejenigen billig den größten Theil der Schuld auf sich nehmen, die es dahin gebracht haben, daß der Presszwang eingetreten ist, bei welchem, wo er stattfindet, Mißgriffe im Urtheil nicht immer vermeidlich sind, und der daran schuld ist — weil er den Tadel und die Klage hemmt — daß ein ehrliebender Mann sich oft versagen muß, das Rechte und Gute — weil das Lob als Schmeichelei erscheint, wo der Tadel nicht frei ist — wie er gern wollte, zu loben, und dann ungerecht zu

urtheilen scheint, und daß aller Glaube an anerkennende und lobende Urtheile über Regierungen, deren Geist und Maßregeln, über hohe Personen, Minister, Beamte &c. — welche Letztere die empfindlichsten von allen zu sein pflegen — wankend geworden und mit Mißtrauen versehen ist.

Uebrigens ist an der jüngsten Vergangenheit in der That nur zu viel zu tadeln, wie man sie ja — was sie im Ganzen war — an ihren Früchten erkennt. Die Wahrheit, weil sie den, den sie trifft, hart dünkt und beschwerlich fällt, und bei uns bisher nur zu sehr als Härte, Unbilligkeit oder Verbrechen gar behandelt oder angesehen wurde, ist darum nichts weniger als Unmilde oder Ungerechtigkeit. Wohl aber ist das schmeichelnde Lügen, das gleißnerische Loben und beflissene Gutheißn alles Unvernünftigen und Schlechten ein gar arges und grausames Unrecht, an den Völkern und selbst an den betrogenen Fürsten geübt.

An nichts ist, vorzugsweise in Zeiten und unter Verhältnissen, wie die unsern sind, — an nichts ist mehr gelegen, als an Wahrheit, guter, ehrlicher, reiner Wahrheit. Wohin das knechtische Schweigen und Verschweigen, das heuchlerische Bemänteln, das zum Ekel gewordene endlose unterthänige Preisen und Rühmen, und wohin jenes Leisetreten und Schüchternreden, jenes Umherumgehen, und Sagen und doch nicht Sagen, was bei uns anständiger Freimuth genannt und gern gestattet wird, indem man den Freimuth und den männlichen Anstand ungnädig vermerkt: — wohin das Alles geführt hat, liegt jetzt am Tage.

Der Verfasser meint die Grenzen des Freimuths, der dem Manne ziemt und sein Recht ist, an keinem

Ort überschritten zu haben. Aber am unwillkommensten wäre ihm, wenn man unsern anständigen Freimuth an ihm fände, oder gar lobte — was er jedoch nicht fürchtet — indem man etwa auch bei ihm hier und da ein gewisses Zurückhalten bemerken wollte, das aber, wenn es vorkäme, allein die nothwendige Rücksicht auf die Censur verschuldet haben würde.

Der Verfasser — wenn etwa Jemand meinte, er ließe hier und da Erbitterung blicken, und ihn damit entschuldigen wollte, daß er in Aufwallung dieses oder jenes etwas unüberlegt niedergeschrieben — verzichtet auf solche Güte. Wenn er, als Deutscher und Braunschweiger, auch noch jetzt ein wenig erbittert wäre, nachdem er es in der That mehrere Jahre lang — wie es sich gebührte — gewesen, so würde das natürlich genug sein. Aber eben, weil er mit seinen Mitbürgern das Empörende, Drückende und Schimpfliche eines unerträglichen Despotismus — ohne freilich die Ehre gehabt zu haben, für seine Person in irgend einer Weise zu den besonders Bedrückten oder Verfolgten zu gehören — jahrelang empfunden; so hat er auch, zumal in ländlicher Zurückgezogenheit, Zeit genug zum Nachdenken und zu Bildung einer unbefangenen Ueberzeugung gehabt, so daß seine Ansichten nicht von gestern her, und auf die neuesten Begebenheiten nur angewendet sind.

Möge das anspruchlos Gesagte unparteiisch erwogen, und, wo es richtig befunden wird, beherzigt werden!
Geschrieben am 23^{ten} Dec. 1830.

Der Verfasser.

Nicht ohne Grund sagte ein Englischer Staatsmann von dem Recht des Widerstandes gegen die oberste Staatsgewalt: daß zu wünschen wäre, die Fürsten erinnerten sich desselben beständig, und die Völker so selten als möglich; und nicht Wenige halten es für bedenklich, die Lehre von jenem Recht öffentlich zu erörtern, und dasselbe zu vertheidigen. Allein ist nicht zu allen Zeiten, und wird nicht immerfort der entgegengesetzten Verkündigung gestattet? Ist sie weniger der Mißdeutung und dem Mißbrauch ausgesetzt? Und wenn sie allein verkündigt werden durfte, hat man dadurch verhindern können, daß die Völker der erstern folgten? Was gemeinlich von gefährlichen Theorien geredet wird, ist Mißverständniß oder baarer Unverstand. Die revolutionärste Theorie wird keine Revolution hervorbringen, wo kein Revolutionsstoff, dessen Erzeugniß sie in der Regel erst ist, vorhanden; wo aber dieser angehäuft worden, wird man die Entzündung desselben durch Unterdrückung der revolutionären, oder gar der nur freisinnigen Lehre, auch nicht verhindern, viel eher fördern. Eine Theorie könnte nur gefährlich sein wegen des Irrthümlichen, oder des Wahren, das sie enthält, und Wahrheit kann immer nur dem Schlechten und Verwerflichen gefährlich sein. Das Schlechte aber wird nicht besser durch Unterdrückung des freien Erörterns; diese wiederum fördert eher die Verbreitung der gefährlichen Grundsätze, als daß sie dieselbe hemmt. Ist aber eine Theorie, des Irrthümlichen wegen, das sie enthält, gefährlich, so ist freie Erörterung das beste

oder das einzige Mittel zur Abwendung der Gefahr. Strengend welche Lehre fürchten, ist Beschränktheit oder Einge-
ständniß schlechter Regierung oder Verfassung, die vor allen
Dingen vorhanden sein muß, wenn eine Staats-Umwäl-
zung zu Stande kommen soll. Der Irrthum ist immer, die
Wahrheit dem Guten und Rechten nie gefährlich. Dar-
um werde sie stets in Freiheit ohne Furcht gesucht, und die
Feindschaft gegen freie Lehre dem bösen Gewissen über-
lassen.

Oder sind etwa die Völker so geneigt zu Rebellionen?
— Dieß anzunehmen, wäre ein so gefährlicher — denn er
würde zu einer falschen Behandlung der erstern führen —
als offener Irrthum; man werfe nur einen Blick auf
die Geschichte der Menschheit aller Zeiten, denke z. B.
an die Römer unter den Kaisern, an die Portugiesen und
andre Völker in unsern Tagen, und wird gestehen müssen,
daß es vielmehr fast unglaublich ist, was die Völker sich bieten
lassen. Sie sind geduldig, die Gewohnheit übt große Macht
über sie. Schon instinctmäßig verbindet sich die ganze
Masse des in der Gesellschaft vorhandenen Guten mit der
obersten Staatsgewalt, Schutz suchend und schützend, so lange
sie nur nicht gewaltsam zurückgestoßen wird; und selbst ein
großer Theil des in der Gesellschaft vorhandenen Schlechten,
die Feigheit, der Eigennuß, die Eitelkeit, die Dummheit,
muß der Tyrannei zum Schutz dienen, so daß dieselbe in
der Regel von dem tapfern Menschengeschlechte nicht übertroffen
zu fürchten hat. Keine größere Verkehrtheit, als da, wo
viel Freiheits-Liebe vorhanden, so viel Revolutions-Sucht,
oder so wenig Scheu¹⁾ vor gewaltsamen Umwälzungen vor-
auszusetzen. Vielmehr muß diese Scheu wohl sehr groß und
allgemein sein, neben der Liebe der echten Freiheit; denn
das mag den Freunden der letztern nicht entgehen, daß die

Völker mit den Despoten bald fertig werden könnten, wenn
nur eben so leicht mit der Anarchie und der Despotie, die
hintennach immer noch zu fürchten ist.

Wie übrigens nur ein Volk, vor dem man das Licht
versteckt, zu völliger Knechtschaft zu erniedrigen und in
solcher zu erhalten ist, so ist auch nur ein solches zu Re-
bellion zu verführen.

Nichts bezeichnet mehr den elenden Zustand der Völker
in der ersten Hälfte des 18ten Jahrhunderts, der Periode
des unerhört verderbten öffentlichen Rechtszustandes, und
die die französische Revolution gebär — als daß kaum noch
ein Nachhall freisinniger Lehre gehört und geduldet wurde,
und allein die Lehre vom unmittelbaren göttlichen Ursprung
der Fürsten-Gewalt und des passiven Gehorsams ertönte.
Welche Folgen hat es in unsern Tagen gehabt, daß ein,
von einigen Häuptern aufgestelltes²⁾, von servilen Schrift-
stellern und Höflingen, von gewaltigen Diplomaten und Mi-
nistern auf seine Spitze getriebenes Princip, in den letztern
Jahren allein herrschte, allein geduldet oder begünstigt! Zu
allen Zeiten ist der edleren Freiheit und dem wahren Recht
nichts günstiger gewesen, als freie Behandlung des Ver-
nunfts-Rechts und der Staats-Wissenschaften, und furcht-
lose Erörterung aller dahin einschlagenden Fragen. Des-
halb, und weil sie ein bisher verschrieenes System, zu wel-
chem man sich kaum noch schüchtern zu bekennen wagte, of-
fen bekennet, mögen wir die Erscheinung der in der Vor-
rede erwähnten Schrift, als eines der guten Zeichen be-
trachten, die auf eine bessere Zeit, einen andern Geist der
Regierungen hindeuten, der die Reformen hoffen läßt, die
so dringend nöthig sind, und — vielleicht allein uns bewah-
ren können vor dem größten Unglück.

Herr v. Strombeck hält sich an das System vom Ge-
sellschafts-Vertrage, jedoch so, daß es in seiner Schrift

¹⁾ Dieselbe ist am geringsten — in den Ländern des asiatischen Des-
potismus und Sklavenfinns.

²⁾ Vergl. v. Rottet, Allg. Gesch. Th. 9. S. 338.

nicht durchaus, wie es von Rousseau dargestellt, sondern von Andern modificirt, ich glaube aber nicht, vervollkommenet wurde, erscheint. Ohne etwa ein Anhänger der Haler'schen brutalen Weisheit zu sein, oder Kants unhaltbarer Theorie vom Staat, als einem Postulate der practischen Vernunft, beizupflichten, scheint es mir doch keineswegs so ausgemacht, daß, wie Herr v. Str. annimmt, der Staat nur dann als ein rechtlich begründetes Institut erscheine, wenn man ihn so betrachte, als sei er durch Vertrag entstanden, und daß es, wenn man das Gegentheil annehmen wollte, auf der einen Seite der Staatsgewalt, auf der andern den Unterthanen stets erlaubt sein müßte, die sie trennenden Grenzen zu überschreiten, die Gewalt, auf der einen Seite, bis ins Unendliche auszudehnen, oder, auf der andern, sich zu jeder Zeit dem Gehorsam zu entziehen. (S. 9.) Hier- nach soll also nicht bloß der Act der Vereinigung der Gesellschaft, als vertragsmäßig geschehen, sondern auch die Entstehung einer obersten Staatsgewalt, und die Unterwerfung der Gesellschaft unter dieselbe, als auf Vertrag begründet, beurtheilt werden müssen, damit es nicht stets erlaubt sei, von der einen wie von der andern Seite die trennenden Grenzen zu überschreiten.

Allein die rechtliche Natur der obersten Staatsgewalt steht auch fest, wenn man ihre Entstehung aus einer natürlichen und moralischen Verkettung der Umstände herleitet³⁾. Ihr steht dann ein moralisch begründeter Anspruch auf Gehorsam von Seiten der Staatsbürger zu, ohne daß daraus ein Recht für sie, dem Staatszwecke entgegenzuhandeln, oder eine Verpflichtung der Unterthanen zu passivem Gehorsame hervorginge. Denn ein solcher so wenig, der den

³⁾ Oder auch aus der Volkssouveränität, die man freilich keineswegs so verstehen darf, daß das Volk jeberzeit und nach Belieben seinen Regenten abzusetzen, oder gar, daß jeder Einzelne, wenn es ihm gefällt, den Gehorsam zu verweigern das Recht habe.

Menschen seiner sittlichen Würde beraubt und zum Thiere erniedrigt, als Tyrannei, die das Gewissen von der Macht trennt, und Menschen den Thieren gleich behandelt, findet in einer sittlichen Ordnung der Dinge Raum.

Doch es würde gar zu weit an diesem Orte führen, wenn dieß hier weiter erörtert werden sollte. — Ob nun aber der von Hrn. v. Str. eingeschlagene Weg zu dem von demselben erstrebten Ziele führe, kommt mir sehr zweifelhaft vor. Das letztere ist offenbar: einerseits das Recht, andererseits aber eben so sehr den Gehorsam der Staatsbürger zu sichern. Nur aus diesem Gesichtspunkte die Vertragslehre angesehen, wie wir sie von Hrn. v. Str. angewendet finden, — denn in andern Beziehungen würden sich noch viel mehrere Gegenbemerkungen aufdrängen — jetzt einige Zweifels-Gründe.

Das Resultat seiner Untersuchung drückt derselbe S. 36. (unter Hinzufügung einer Regel der Politik) so aus: »Ein Volk, dessen natürliche und bürgerliche Rechte, also auch dessen Staatsverfassung, der Fürst verletzt, hat, als äußerstes Mittel, das Recht, ihm den Gehorsam aufzukündigen, wodurch die oberste Staatsgewalt unmittelbar auf seinen rechtmäßigen Nachfolger übergeht.«

Will man zu diesem Resultat (hier ganz abzusehen von der letzten, den Nachfolger betreffenden Bestimmung) auf dem Wege, den Hr. v. Str. gewählt hat, gelangen, so stößt man auf ein böses Hinderniß, bevor man auch nur einen Schritt vorwärts thun kann. Denn nachdem zugegeben ist, daß, wo kein Vertrag, auch kein Recht stattfindet, ist es ganz unumgänglich, in jedem Falle, wo man von den Staatsbürgern überhaupt Gehorsam fordern, geschweige denn das Recht der Verweigerung desselben in angegebener Maasse beschränken will, den Vertrag nachzuweisen, oder doch die Fiction eines solchen zu rechtfertigen.

S. 13. lesen wir: »Im Anfange der Bildung der größern Vereine der Menschen gab es keine Oberherren. Diese können nur entstanden sein durch Gewalt oder durch

Vertrag(?). Im ersten Falle dauert die Gewalt noch fort, oder die Ueberwältigten haben eingewilligt, und ausdrücklich oder stillschweigend ist aus dem, was Gewalt begründete, ein Vertrag geworden. Dauert die Gewalt noch fort, hat der Unterjochte nie eingewilligt, (wie dieses z. B. hinsichtlich Griechenlands gegen die Türkische Herrschaft der Fall war): dann leidet es keinen Zweifel, daß der dauernde Zwang auch durch Gewalt jederzeit wieder aufgehoben werden dürfe. Sind aber aus der Gewalt Vertragsverhältnisse stillschweigend oder durch bestimmte Einwilligung hervorgegangen, dann muß die Oberherrschaft auch nach den Regeln des Vertrags beurtheilt werden.«

Der Verfasser ist also, wie wir sehen, auf das Hinderniß gestoßen; ist aber — darüber hinweggegangen. Denn die von ihm gar nicht berührte Schwierigkeit liegt darin, die Kriterien festzustellen, woran zu erkennen ist, ob man, wo keine ausdrückliche Einwilligung nachzuweisen, eine stillschweigende, und folglich das Vorhandensein eines Vertragsverhältnisses anzunehmen habe, oder ob die Gewalt noch fortbauert, besonders wenn die oberste Staatsgewalt erweislich durch Gewalt begründet ist. Beispiele erläutern eine Sache, aber die Sache muß zuvor ins gehörige Licht gestellt sein, und weil sie es hier nicht ist, kommen wir auch durch das angeführte Beispiel nicht weiter. Wäre das der Mainotten etwa gewählt, die fortwährend gegen die Pforte im Kriegestande gewesen sind, so würde sich zunächst weniger einwenden lassen; allein, was das von den Griechen hergenommene betrifft, so könnte gesagt werden, und ist gesagt: Wer sterben kann, kann nicht gezwungen werden. Die Griechen unterwarfen sich lieber der Türkischen Herrschaft, als daß sie ihr Leben für die Freiheit gewagt hätten. Demnach berechtigt diese Thatsache, stillschweigende Einwilligung von ihrer Seite anzunehmen, und war ein Vertragsverhältniß zwischen ihnen und ihrer Türkischen Oberherrschaft eingetreten, und ihr Aufstand unrechtmäßig, weil gegen ihre legitime Regierung. Wollte man

anders urtheilen, so würde offenbar die bestehende Ordnung der Dinge fast überall in Gefahr gerathen, überall die Rechts Herrschaft unsicher werden u. s. w.

Freilich kann hiergegen erwiedert werden^{*)}: Stillschweigende Einwilligung ist vernünftigerweise nur, aber dann allerdings anzunehmen, wenn die durch Gewalt begründeten Verhältnisse der Art sind, daß der unterdrückte Theil nicht als willenlos, und der nur einem fremden Willen zu gehorchen hat, behandelt wird, d. h. als ein Haufen von Sklaven dem Herrn, oder mehreren Herren gegenüber steht; in welchem Falle noch gar kein gesellschaftliches, sondern nur ein Dienstverhältniß stattfinden würde, da doch ein gesellschaftliches mit Recht gefordert werden darf, und da hier eben von der Annahme eines Gesellschafts-Vertrags ausgegangen wird; — oder aber, daß, Hinsichts des unterdrückten Theils, Verhältnismäßigkeit der Leistungen und Beiträge zu den Lasten der Gesellschaft, und der Theilnahme an den gesellschaftlichen Rechten und Genüssen besteht. Es würde — was ja viel schlimmer ist, als Unsicherheit oder selbst Umsturz der obersten Staatsgewalt, deren Dasein nur als Mittel zum Zweck, welcher dann selbst hinwegfiel, Werth hat, — es würde zur Vertilgung ganzer Völker führen, oder ganze Völker zu ewiger Knechtschaft von Rechtswegen verdammen, ja, die ganze Menschheit — denn jedes Volk mag leicht einmal von einem Feinde überwältigt werden — würde vertilgt werden, oder müßte in rechtmäßige Knechtschaft versinken, und in ewige, sofern kein Volk unrechtmäßig verfahren wollte — wenn jene Annahme statt haben sollte, je nachdem gewaltsam unterdrückte Völker einen durchaus ungleichen Kampf fort-

^{*)} Auch aus einem Grundsatz des Privatrechts möchte sich hier argumentiren lassen. Wer stillschweigende Einwilligung angenommen wissen will, müßte beweisen, daß der, der angeblich stillschweigend eingewilligt hat, auch im Stande gewesen sei, zu widersprechen.

setzten, oder das aufgelegte Joch, der Vertilgung vorzögen. Dieß aber könnten sie ja wohl, in Hoffnung, ihre Kräfte wiederzugewinnen, thun, und dabei sich stillschweigend vorbehalten, Gewalt dereinst mit Gewalt zu vertreiben, und zwar von Rechtswegen, da so wenig als Gewalt, lange Fortdauer derselben an sich selbst schon ein Recht begründen kann.

Recht gut! Aber wenn nun z. B. die Irländer diese Principien dankbar acceptirten, und sagten: Wir sind durch bloße Gewalt unterdrückt. Jene zur Annahme einer stillschweigenden Einwilligung vernünftigerweise allein berechtigenden Bedingungen sind bei uns nimmer eingetreten, also — —! ? Und weiter, was von den Irländern, müßte das nicht überhaupt von den in so vielen Ländern, in den Zeiten des Feudalsystems, niedergetretenen freien Colonen gelten? Ist da weniger Gewalt geübt, als von den Türken? War der Zustand des Griechen, der seine Kopfsteuer bezahlte, und dann dem Dränger ausweichen und Vermögen erwerben konnte, härter als der des hufeisigen Bauers, der seines Lebens und der Früchte seiner Arbeit nie froh werden mochte? Freilich, was dem Feudalwesen nachgesagt wird, soll heutzutage nichts sein, als Uebertreibung von nicht Sach- und Geschichtskundigen. Allein man kann es auch dokumentirt in tausend Schriften, bei Möser oder Eichhorn, oder in recht erbaulicher Zusammenstellung, z. B. bei Meyer (*Progrès etc. des institutions judiciaires*, Tom. I.) nachlesen, durch welche List- und Gewaltmittel die Freien in jener Zeit ihrer Freiheit beraubt wurden. Und was endlich die etwa urgirte Nichtvermischung der Türken und Griechen anbelangt, so haben die Herren sich doch bis auf die neuesten Zeiten nicht eben weniger schroff von den Knechten getrennt, und nicht minder streng auf die Reinheit des Bluts gehalten.

Oder: Bis auf die Zeiten — (man hat in dieser Weise argumentirt) bis auf die Zeiten der Französischen Herrschaft wurde eine der alten National-Freiheiten nach der andern,

der Rest derselben sogar durch das Machtwort eines Usurpators, der verschiedene Fürsten für souverain erklärte, und die wohlbegründeten verfassungsmäßigen Rechte der Unterthanen derselben eben dadurch vernichtete, unterdrückt. Der Wiener Congress endlich entschied einseitig, kein andres Recht als das der Macht besitzend, über die Schicksale der Völker, die ins Sachenrecht geworfen wurden, und über den Umfang der Rechte der regierenden Häuser, von deren Recht allein die Rede war. Wollte man hier der Macht auch das Recht zur Entscheidung — da eine solche nothwendig war, und auf andere Weise keine erfolgen konnte — zugestehn, so ist mit diesem Recht keine Willkühr zugestanden, sondern nichts mehr, als die Ausübung desselben in den, durch die Natur der Sache gebotenen Schranken, d. h. ein dem Interesse, nicht allein der Macht, sondern aller Betheiligten, gleich angemessener Gebrauch des Rechts. Allein ist nun bei solcher Lage der Dinge, bei vielfachen Reclamationen und Protestationen von Einzelnen und Ständen, bei der nachfolgenden allgemeinen Unzufriedenheit der Nation, eine Einwilligung irgend welcher Art gedenkbar? Und wenn nicht, dauert nun auch noch immerfort die Gewalt fort? Oder ist es ein Andres, Christliche und Türkische Gewalt? Und wird mit Nein geantwortet, wo sind die wesentlichen Unterschiede, auf die doch allein eine Grenz-Bestimmung gegründet werden könnte? —

Dieß Alles würde leicht auf eine Art noch weiter ausgeführt werden können, daß die Verlegenheit derer, die von der Annahme der Nothwendigkeit eines Vertrags zwischen Regenten und Unterthanen ausgehen, noch augenscheinlicher hervortreten möchte, sobald es auf Anwendung der Theorie auf vorhandene, nachweislich ohne Vertrag zwischen Regenten und Volk gewordene Verhältnisse der Regierenden und Regierten ankommt. — Wenn dem aber auch nicht so wäre, dieß erste Hinderniß ist gar noch nicht das letzte. Denn gesetzt auch, es wäre wirklich überwunden, so möchte man doch auf dem Wege, auf welchem es sich dem Fortsbreiten

entgegenstellt, ohne Willkür schwerlich sehr weit, und insbesondere zu der gewünschten Bestimmung kommen können, daß das Recht der Gehorsamsverweigerung erst als alleräußerstes Mittel eintrete, d. h. wenn (der Staatszweck) die Herrschaft des Rechts und die gemeine Wohlfahrt schon gänzlich zerstört, oder in gewisse Gefahr der Zerstörung gebracht ist.

Denn einmal ist — worauf ja die ganze Deduction ruht — bei gegenseitigen Verträgen die Verpflichtung eines jeden Theils auf die Erfüllung der Schuldigkeit des andern bedingt. Bricht der Eine den Vertrag, so entbindet er dadurch den Mitcontrahenten, sofern dieser ihn nicht durch rechtlichen Zwang zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten anhalten kann, von dessen Verpflichtungen. Nach dem hier anzunehmenden Verträge ist aber die oberste Staatsgewalt offenbar schuldig, immer und in jedem Falle, dem Staatszweck gemäß zu handeln. In jedem Falle wo sie demselben wissentlich zuwider handelt — d. h. nicht etwa bloß durch einen aus Irrthum entstandenen Fehlgriß, den sie auf geschehene Erinnerung wieder gut macht; oder aber, wenn sie unfähig würde, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, — in solchem Falle ist Vertrags-Bruch von ihrer Seite, oder Nichterfüllung der Vertrags-Bedingungen, und also Entbindung der Staatsbürger von der Verpflichtung zum Gehorsam.

Will man dieß aber nicht, sondern das Recht der Gehorsams-Verweigerung auf die angegebene Weise beschränken, so muß man eine Bedingung in den Vertrag hineindenken, vermöge welcher die Staatsbürger verpflichtet sind, ein Handeln der obersten Staatsgewalt gegen den Staatszweck im angegebenen äußersten Grade, d. h. tausendfachen Vertragsbruch, bis zu jenem äußersten Grade zu dulden. Dieses aber ist, bei einem Verträge der auf Gegenseitigkeit ruht, in der That wiederum nichts Anderes, als die Clausel in den Vertrag hineindenken, daß die oberste Staatsgewalt das Recht habe, bis zu jenem Punkt dem Staats-

zweck entgegen zu handeln, oder aber, was dasselbe ist, nur die Verbindlichkeit, die Herrschaft des Rechts und die gemeine Wohlfahrt nicht gänzlich zu zerstören. Denn eine Vertrags-Bedingung, die man unerfüllt lassen darf, ohne den andern Theil von seinen Verpflichtungen zu entbinden, oder ohne daß derselbe die Erfüllung erzwingen dürfte, ist gar keine. So aber wird der Vertrag in sich selbst vernichtet. Daß es unklug, verderblich, verbrecherisch sein würde, wenn man anders als im höchsten Nothfall den Gehorsam verweigern wollte, — gleichviel, ob als von Rechts wegen, oder nicht, — kann jene widernatürliche Verrenkung des anzunehmenden Vertrags (daß ich so sage) nicht rechtfertigen, und schwerlich die darin liegende Willkür entfernen, daß man das Recht der Gehorsams-Verweigerung deshalb auf den äußersten Fall beschränkt, weil der Gebrauch sonst gefährlich oder leichtsinnig wäre u. s. w. Denn einmal folgt aus der Schädlichkeit oder selbst Unsittlichkeit einer Handlung nicht schlechthin die Unrechtmäßigkeit derselben, und es hieße Rechts- und Sittenlehre vermengen, und alle Begriffe verwirren, wenn nie ein Recht statuiert werden sollte, wo der Gebrauch des Rechts unsittlich sein würde. Sodann könnte auch gesagt werden: Wenn das Bedürfnis der Ruhe und Ordnung jene Beschränkung erheischt, so fordert das Interesse der Freiheit, daß sie verworfen werde. Denn wenn es allgemein angenommen wäre, daß ein Recht des Widerstandes erst in jenem äußersten Falle eintrete, — welche Versuchung zur Despotie würde hierin liegen! die nur von einem Beweggrunde zu der heillosen Klugheit begleitet wäre, jenen äußersten Fall zu meiden. Ja, hierdurch würde selbst die Leistung des Gehorsams unsicher werden, denn williger Gehorsam wird nur geleistet, wo Freiheit ist, um der Freiheit willen, als welche von der obersten Staatsgewalt eben geschützt werden soll.

So wie diejenigen, denen Hr. v. Str. gefolgt ist, verfahren, heißt in der That, den Knoten durchhauen, aber

nicht lösen. Sie bereiten den Rousseau für das Volk zu, ungefähr wie man die verführerischen Classifier in usum Delphini zurichtete, wobei allerdings die gute Absicht, aber schwerlich noch mehr zu loben ist. Sie nehmen die gute Gesinnung zu Hülfe, um ihr philosophisches System unschädlich zu machen, und das macht ihnen als Menschen alle Ehre, ihr Verfahren aber nicht consequenter, und ihre Theorie nicht haltbarer.

Zu dem Allen zeigt sich noch eine andere Schwierigkeit. Wollte man sich auch vorläufig jene Beschränkung des in Rede stehenden Rechts als statthaft gefallen lassen, so muß doch diese Theorie, die unendlich wichtige Bestimmung der Grenze, wo der Gehorsam Pflicht zu sein aufhört, lediglich der individuellen Beurtheilung eines jeden Einzelnen, ohne irgend genügende Leitung des Urtheils, überlassen. Daher erklärt es sich auch leicht, daß nicht bloß die Anhänger der Vertragslehre in ihren Aussagen über die Bedingungen, unter welchen der Widerstand als rechtmäßig erscheine, theils unter einander differiren, theils mit sich selbst oft nicht einmal einig zu sein scheinen. Dieß ist auch bei Hrn. v. Str. der Fall. Nach seiner Darstellung berechtigt Zerstörung der Rechts-Herrschaft durch die oberste Staatsgewalt zur Gehorsams-Verweigerung, und ist es offenbar, daß Hr. v. Str. die Frage: »Auch dann, wenn etwa die oberste Staatsgewalt bloß schwach und verleitet, oder wenn sie z. B. toll geworden ist?« unbedingt bejahen würde. Desungeachtet heißt es S. 27: »Soll mit Recht, dieß heißt hier, was in der Praxis nützlich ist, *salus populi suprema lex*« (wodurch das Folgende schon geradezu aufgehoben wird) »von dem Volke der Gehorsam dem Fürsten aufgekündigt werden dürfen, so muß von diesem bößlich ein solcher Zustand herbeigeführt sein, daß zu befürchten steht, die öffentliche Sicherheit, Recht und Gerechtigkeit gehen ganz und gar unter.« Sollte dieß aber richtig sein, dann müßte eine neue, und man sieht leicht, welche? Clausel in den Vertrag hineingedacht werden, die Staatsbürger müßten die Zerstörung

der gemeinen Wohlfahrt geschehen lassen, wenn der Fürst, ein gutmüthiger Mann^{*)}, in den Händen schlechter oder unfähiger Männer wäre, und dem wahnsinnigen Tyrannen passiven Gehorsam leisten, den Hr. v. Str. selbst verwirft. Ueberdas wird abermals Ungewißheit herbeigeführt, indem nun an der, gewiß nicht immer ganz leichten, Ausmittlung gelegen ist, ob das: Bößlich! anzunehmen sei oder nicht?

Hr. v. Str. fügt dem so eben Angeführten noch hinzu: »wobei denn freilich nicht so lange zu warten ist, bis die Kräfte dem Volke verloren gegangen, die Widerstand möglich machen.« Das ist gut gemeint mit dem Volke. Allein es wird durch diesen Zusatz, was recht bestimmt sein sollte, nun erst recht unbestimmt, ja so gut wie unbestimmbar. Denn wie, wenn z. B. die Erleuchtetsten und Edelsten der Römer unter den guten Kaisern — durch hehre Erinnerungen, und das glänzende Glend der Gegenwart, durch Rom ohne Freiheit, stets erhoben und gebeugt, nicht beglückt, und nur gequält — etwa so gesagt hätten: »Alles unser Glück ist nur ein Sklavenglück, und wir können nicht umhin, Einherrschaft ohne Mittelmacht selbst an Titus und Antonin abscheulich zu finden, weil Domitian und Commodus nachfolgen können. Mag Titus und Antonin regieren, die eigentliche Lebenskraft der Nation erschlappt und schwindet mehr und mehr; wir werden langsam hinsterben, wir werden so wenig der einheimischen Tyrannei uns erwehren können, wenn plötzlich Domitian oder Commodus den Thron besteigt, als der Unterjochung durch die Barbaren, wenn nicht durch Beschränkung der Macht, durch angemessene Institutionen selbstständiges Leben, Freiheitsgefühl der Würde und Kraft im Volk wiedererweckt, oder der Rest davon unterhalten und genährt wird. Titus und Antonin mögen das erwägen, und zeigen, daß sie nicht doch

^{*)} Und sonach wäre man neuerdings in Braunschweig zwar rechtlich, in Dresden aber verbrecherisch zu Werke gegangen.

am Ende die Macht und den Machtgenuß mehr lieben, als unser Glück! Ist das aber der Fall, oder fehlt es ihnen an der rechten Einsicht, gleichviel! — sie können nicht fordern, daß wir so lange warten, bis wir durch ihre Güte Alles verloren haben, was uns noch retten kann, u. s. w.

Will man daher nicht zugestehn, daß es unmöglich, so kann man wenigstens nicht läugnen, daß es noch Niemand gelungen sei, für den Fall, in welchem nach der Theorie, welcher Hr. v. Str. folgt, das Recht der Gehorsamsverweigerung eintreten soll, so bestimmte Kriterien anzugeben, daß man ein Rechtsverhältniß darauf begründen könnte; und bis dieß gelingt, muß man, wenn jene Theorie nicht aufgegeben werden soll, sofern man consequent und ohne unphilosophische Willkühr verfahren will, dabei stehen bleiben, daß jeder durch gütliche Mittel nicht abwendbare, flagranten Vertragsbruch von Seiten der obersten Staatsgewalt, entweder die Kraft des Vertrags überhaupt aufhebe, oder die Staatsbürger wenigstens berechtere, die Erfüllung der Bedingungen desselben zu erzwingen. Die Schuld des daraus entstehenden Unheils fällt dann natürlich auf die oberste Staatsgewalt: und ist es leichtsinnig und verabscheuungswürdig, die Revolution zu beginnen, so ist es wenigstens noch leichtsinniger und verabscheuungswürdiger, sie zu veranlassen. — Dieß freilich steht immer fest, man mag über die Gehorsams-Verweigerung aus dem Standpunkte des Rechts statuiren wie man will, obgleich zu wenig daran gedacht und erinnert wird.

Sonach hat Hr. v. Str., wie es mir scheint, sein Ziel nicht erreicht, und die von ihm adoptirte Theorie, da sie Principien zugestehet, welche zu bedenklichen Folgerungen führen, und da die Vorkehrungen, durch welche sie die letzteren abwehren will, offenbar zu schwach sind, um ihrem Zwecke zu entsprechen, gehört zu denen, die Hr. v. Str. eben hat vermeiden wollen, den sie dictis gefährlichen. In-

deß bin ich gänzlich davon entfernt, Hrn. v. Str., den auch kein Mensch für einen Revolutionär halten wird, hiermit den allermindesten Vorwurf machen zu wollen. Denn was mich betrifft, so würde ich z. B. nicht anstehen, dem Türkischen Sultan selbst zu rathen, daß er seinen Muselmännern wenn sie anfangen zu raisonniren, vollkommene Freiheit der Untersuchungen, und also alle mögliche gefährliche Theorien gestatten möge, vorausgesetzt, daß ich ihn bewegen könnte, gerecht und vernünftig zu regieren, statt sultanisch, in welchem Falle ihm ohne Zweifel keine Theorie schaden würde. Dagegen möchte er freilich seine Herrschaft viel mehr gefährden wenn er fortführe, sultanisch zu regieren, und mit den Theorien Krieg anfinge, wodurch er seine Unterthanen am allerwenigsten hindern dürfte, auf gefährliche Gedanken zu gerathen. Ja, er möchte Rousseau selbst, wenn dieser noch lebte, obgleich derselbe schon eine schöne Monarchie durch sein Buch umgestürzt haben soll, zum Bassa von ein paar Rosschweifen machen, bloß unter der Weisung, nicht nach seinem Contrat social, den er fortsetzen oder commentiren möchte, so viel er wollte, zu gouverniren, sondern nach den Landes-Ordnungen und Gesetzen. —

Uebrigens aber giebt es ein Mittel, ohne die philosophische Consequenz zu beeinträchtigen, die Vertrags-Theorie so unschädlich zu machen, als ihre Anhänger sie durch Inconsequenz zu machen sich bemühen. Man darf nämlich nur in jedem Falle, wo sie im Leben und für dasselbe, wo sie practische Bedeutung erhalten soll, die Rechtslehre mit Moral, Politik und Religion in Verbindung setzen, statt daß man sie für sich allein die Aufgabe lösen lassen will; wie denn Recht, Moral, Politik und Religion überhaupt in ihren letzten Gründen genau zusammenhängen, und im Leben gleichfalls nicht so vereinzelt dastehen, als es oft der Fall zu sein scheint. Auch in der Wissenschaft — obgleich da eine jede dieser Disciplinen abgesondert behandelt werden kann und muß — wird man doch keine wahrhaft

verstehen, und überall einseitig bleiben, wenn man sie trennt, als wenn gar keine Wechselbeziehung unter ihnen stattfände, oder die letztere unbeachtet läßt.

So sage denn ehrlich, wer von der Annahme eines Vertrags zwischen der obersten Staatsgewalt und dem Volk ausgeht: Das Recht des letztern zum Widerstande tritt bei jeder durch gültliche Mittel unabwendbaren Handlung jener gegen den Staatszweck ein. Er füge aber dann hinzu: Denke nicht, sogleich dein Recht gebrauchen zu dürfen. Denn indem die Rechtslehre dir dasselbe zuspricht, tritt zugleich, da es nicht bloß der Theorie gilt, die Sittenlehre auf, und spricht: Du sollst dein Recht nicht gebrauchen: denn du sollst wahrscheinliche Revolutionsgräuel, oder die du wenigstens nicht abwenden kannst, vermeiden; du sollst die Herrschaft des Rechts wollen, die du freilich wiederherzustellen trachtest, aber noch mehr, und vielleicht durchaus zerstören würdest, wenn du es gebrauchen wolltest, außer im Fall der äußersten Noth, der Verzweiflung; — die Religionslehre tritt zugleich auf und spricht: Ehre Gottes Ordnung in der Obrigkeit (die hier freilich nach ihrem, in der Erscheinung immer nur mehr oder weniger zu realisirenden Ideal aufgefaßt ist, wonach sie, als Gottes Stellvertreterin auf Erden, sein ewiges Weltgesetz: Gerechtigkeit! immer mehr zu entwickeln, dasteht⁷⁾); die Obrigkeit hat das Schwert zum Schutz dem Guten, und zum Schrecken dem Bösen. Weicht sie ab von ihrer Bestimmung und Pflicht, so bleibe doch unterthan aller Obrigkeit, die Gewalt über dich hat, es wäre denn, daß der Gehorsam mit einem göttlichen (sittlichen, was dasselbe ist) Gebote stritte.

⁷⁾ Es ist die empörendste Anmaßung und der höchste Unsinn der Tyrannei und der Servilität, wenn eine vorhandene ungerechte und schändliche Regierung für Gottes Stellvertreterin gelten will oder soll. Auch ist durch jene religiöse Forderung den Fragen des philosophischen Rechts, ob die Fürstengewalt aus Gott sei, oder aus der Volkssouverainität herühre u. s. w., durchaus nichts präjudicirt.

Dann freilich mußt du Gott mehr gehorchen, als den Menschen⁷⁾.

⁷⁾ Vielfach hat man die Lehre des Christenthums vom Gehorsam gegen die Obrigkeit, trotz jener klaren Beschränkung desselben, mißverstanden, und schändlich haben eigensüchtige Machthaber und knechtisch gesinnte Diener der Religion dieselbe gemißbraucht, passiven Gehorsam im Namen des Christenthums zu predigen und predigen zu lassen. Das ist, was demselben die Gemüther vieler, und zwar der Besten, vielleicht am meisten entfremdet und die meiste Feindschaft ihm erweckt hat. Das wollten manche Obrigkeiten gern, daß die Diener des Christenthums das Volk auf dem Wege der Gesellichkeit durch die Motive der Religion erhielten; aber das mögen sie nicht leiden, — zum Zeichen, daß ihr Christenthum und ihre Sorge um die Kirche nichts ist als Heuchelei! — daß dieselben auch ihnen ins Gewissen reden, und sie hinweisen auf das, was die Religion von ihnen verlangt, sie gleicherweise auffordernd, sich Gottes Gebot zu unterwerfen, mit gebührender Ehrfurcht gegen die Obrigkeit, die Gottes Ordnung darstellt, den Freimuth verbindend, der nur die Lüge, nicht aber Menschen fürchtet und nach dem Ansehen der Menschen nicht fragt, wo es der Pflichterfüllung gilt. Das Werk der Ungerechtigkeit, das die Gewalt gegründet, die Polizei fortführt, das soll die Religion vollenden. Aber das ist nichts. Stellt die Obrigkeit sich selbst außer dem Gesetz, und verlangt nur von Andern Unterwerfung unter dasselbe; verschließt sie sich der Wahrheit und will deren Stimme nicht einmal dulden, sondern auch sie, die Freiesten aller Freien, sich und ihren selbstsüchtigen Zwecken dienstbar machen; — so vernichtet sie durch solchen Frevel bis auf die letzte Spur die Gerechtigkeit der Ansprüche, die sie erhebt, und die nur noch als schamlose Anmaßungen erscheinen, oder als Zumuthungen, welche jederzeit mit so viel Würde als Entschiedenheit zurückgewiesen werden sollen. Das Evangelium soll dienen, die Menschheit zu erheben, nicht aber niederzutreten; zum Heil ihr, aber nicht zum Verderben; zur Erlösung der Elenden und Unterdrückten, nicht zu einer neuen Kette in den Händen des Uebermuths. Vertilgt das Christenthum, wenn Ihr Willkühr üben wollt. Wollt oder könnt Ihr das nicht, so ordnet Eure Gesetze und Euer Regiment seinen Gesetzen unter, — also, daß seine Diener allerdings nicht andre Gewalt haben als durch die Wahrheit, aber auch ihr nur dienen dürfen, — oder es wird Eure Gesetze und Ordnungen, sammt Eurer Macht durch seine stille Gewalt zu Schanden machen. Die Religion ist die innigste Freundin der bürgerlichen Freiheit, denn ihre Grundlehren (von der Gerechtigkeit, der Liebe, der Gleichheit der Menschen vor Gott, der Unterwerfung der rohen Naturtriebe unter die

Daß dieser Weg einzuschlagen sei, schienen die auch zu fühlen, die Rousseau und seinem System folgen, und dessen Irrthümer und Gefahren vermeiden wollen. So hat Hr. v. Str. die Politik ausdrücklich herbeigezogen, und das sittliche Motiv zu benutzen gestrebt, freilich nur, um eine unhaltbare Beschränkung des gefährlichen Widerstands-Rechts, nicht von der rechten Seite her, plausibel zu machen.

Sehen wir die Sache so an, dann bietet sich auch eine

Herrschaft der Vernunft u. s. w.) sind eben die, vor denen mehr und mehr alle Despotie fallen muß. Sie will und fördert geistige und sittliche Bildung, die feste Grundlage der Freiheit, die alle Tyrannei untergräbt. Sie will und will gefördert wissen im Namen Gottes Friede auf Erden, dem aber natürlich der Kampf gegen die friedestörende Unvernunft und rohe Gewalt und Leidenschaft vorausgehen muß, der Kampf, zu dem sie verpflichtet, die eine Unversöhnlichkeit fordernd gegen Unwahrheit und Unrecht, der Kampf, zu welchem sie die rechten Mittel zugleich anweist und darbietet, die Waffen des Lichts, der Kampf, mit welchem sie eintrat in die Welt, und zu welchem, im Verbande der Kirche, die Gleich-, Frei- und Edel-Gesinnten an den größten und edelsten Streiter in diesem einzig heiligen Kriege eng sich anschließen sollen, mit ihm theilend den festen Glauben an eine sittliche Weltordnung und ein ewiges Leben, der zu freudiger Siegeshoffnung begeistert, und jenes als Gewinn-Achten des irdischen Schadens und des Todes selbst für eine gute Sache, hervorbringt, in welcher allein die nöthigen Opfer für die Freiheit gebracht werden; dagegen die Freiheit nicht erobert, sondern die Knechtschaft ertragen wird, wo eine egoistische Klugheitslehre, eine bloße Glückseligkeits-Moral die Religion aus den Herzen verdrängt hat. Keine größere Sünde gegen den heiligen Geist des Christenthums kann es geben, als aus demselben eine Anstalt zur Förderung elender oder schändlicher Staatszwecke, oder passiven Gehorsams zu machen, den weder der erhabene Stifter desselben, noch seine unmittelbaren Jünger geleistet haben. Denn es gerathen diejenigen nicht in Gefahr, am wenigsten des Todes, die ihn leisten. Passiver Gehorsam ist unsittlich, und schon deshalb irreligiös, ist Blödsinn oder Niederträchtigkeit; raisonnirende Niederträchtigkeit, wenn er sich auf Gründe stützen will, und ihn in ein System bringen, heißt, die Menschheit nach Principien verrathen und verkaufen, aber nicht Liebe (es ist gleißende Grausamkeit), nicht Frieden (es ist Krieg gegen das Wohl der Menschheit, und muß Streit gebären), am wenigsten Christenthum predigen, sondern den schändlichsten Götzendienst.

großartige, dem unter der Tyrannei Leidenden beruhigende, sein durch die Schmach der Unterdrückung verletztes Gefühl besänftigende, und wenn irgend etwas, den Despoten tief beschämende, mit der Menschheit aber aussöhnende, Ansicht dar: die Ansicht, daß es — da Jeder im Volke immer das Recht hat, und das ganze Volk immer im Recht und im Besitz der Macht zugleich ist, nach jedem Unrecht der willkürlich gehandhabten Staatsgewalt, derselben den Gehorsam aufzukündigen, und jeden von ihr geübten Frevel zu züchtigen — daß es Großmuth ist, die die Rache zurückhält, und daß in dem langen Dulden des Elends, des Unrechts und des Schimpfs nicht etwa bloß Schwäche, Feigheit, Knechtsinn, sondern überall, wo dieser nicht in wegwerfender That offenbar am Tage ist, allein oder doch zugleich, und so lange Tugend zu erblicken sei, bis es durch Uebermaß in Niederträchtigkeit übergeht; — und wohl hohe Tugend! Denn welche wäre größer als die, um seinerseits das Recht und gemeine Wohl nicht in Gefahr zu bringen, der Tyrannei zu schonen, die kein Recht achtet und sich selbst nur liebt; das mächtige Andringen der Freiheits-Liebe und des Hasses der Tyrannei zu besiegen, und das edelste aller Güter zu entbehren, um dem Räuber den Raub nicht durch blutkostende Mittel zu entreißen?

Man könnte übrigens sagen, daß ja doch auch Moral, Religion und Politik nicht im Stande wären, genaue Bestimmungen über das Eintreten des äußersten Falles zu geben. Allerdings, nein! und um so weniger, da es von der ganzen geistigen Beschaffenheit der Völker abhängt, ob sie die Despotie früher oder später unerträglich finden? Alle Schulweisheit wird hier einen Streitpunkt ungelöst lassen, der nur von echter Klugheit, Gerechtigkeit und Mäßigung der Regenten und Völker zu lösen ist. Allein, was rechtliche Bestimmungen unbestimmt lassen, fällt, der Willkühr, was Pflichtgebote, dem Gewissen anheim. Es ist ein ganz Andres, ob im schlimmen Fall die Entscheidung bloß auf das Resultat einer Rechtsfrage, und damit

bloß auf das eben in diesem Falle schwerlich freie und ungetrübte Verstandes-Urtheil, gestellt, oder ob man zugleich an Religion, Moral und Politik gemiesen wird. Wird nur die Sittenlehre herbeigezogen, so ist das schon unendlich viel, denn es wird dann das Gewissen zu der Urtheilskraft neben den Richterstuhl gestellt, und seinerseits das Rechte weisen, wenn diese es nicht findet.

Mag man indeß über das Widerstands-Recht denken wie man will; es ist die Thatfache nicht abzuläugnen, daß überall, wo die oberste Staatsgewalt dem Staatszwecke entgegenhandelt, je nach Umständen früher oder später, Revolutionen eintreten werden, wenn die Theorie sie auch unbedingt für unerlaubt erklärte.

Dasselbe wird aber geschehen, wenn die Verfassung, (worunter hier der ganze Inbegriff der organischen und statutarischen Geseze nebst der verfassungsmäßigen Verwaltung verstanden werden soll) mit dem Zustande der Gesellschaft (denselben im weitesten Sinne genommen, und auf das Materielle und Intellectuelle bezogen, nach Interessen, Sitten, Denkart, Culturstufe) unverträglich ist, und dem Volke unvollkommen, nach ihrem Ursprung oder ihrem unveränderten Fortbestehen unrechtmäßig, vor allen Dingen, wenn sie ihm unerträglich erscheint, und zwar — außerdem dadurch, daß etwa die oberste Staatsgewalt in Recht und Verfassung irgend eingriffe, und gleichviel, ob die letztere etwa aufgedrungen, oder aus Gründen der Unweisheit ihrer Urheber, schon von ihrer Begründung an, dem Zustande des Volks nicht angemessen gewesen, oder in Disharmonie mit demselben getreten wäre — durch Mißbrauch, oder durch Veränderung eben im Zustande des Volks, oder was sonst für Ursachen obwalten.

Hr. v. Str. hat diesen höchst wichtigen Punkt gar nicht berührt, doch aber etwas, und in solcher Hinstellung gesagt, daß derselbe den weniger Aufmerksamen oder Kundigen aus den Augen gerückt wird, oder zugleich, so daß

eine Täuschung darüber veranlaßt werden könnte, als erledigt erscheinen möchte.

§. 51 lesen wir: »Die Frage: Sind die Staatsbürger, nach den Grundsätzen des allgemeinen (natürlichen) Staatsrechts berechtigt, die Verbesserung einer (der Theorie nach) fehlerhaften Staatsverfassung nöthigenfalls mit Gewalt, d. i. durch Versagung des Gehorsams, zu fordern? — ist unbedingt zu verneinen, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes (Herrschaft des Rechts) nicht entgegenhandelt. Zuvörderst ist hier zu bemerken, daß es annoch sehr problematisch ist, und, der Natur der Sache nach, wohl ewig bleiben wird, wie in einem gegebenen Falle — denn nur von diesem kann hier die Rede sein, da die Verschiedenheit der Völker und Länder verschiedene Staatsverfassungen erfordert — eine Verfassung beschaffen sein müßte, um eine vollkommene genannt werden zu können^{*)}. Wollte man also den Bürgern das Recht einräumen, gegen angeblich unvollkommene Staatsverfassungen aus dem Grunde ihrer Unvollkommenheit anzukämpfen, (nämlich, wie sich von selbst versteht, durch illegale Mittel, — durch freimüthiges Wort sehen wir Hr. v. Str. selbst gegen Verfassungs-Mängel ankämpfen), so würde, bei der Verschiedenheit der menschlichen Meinungen^{*)},

^{*)} Ueberhaupt ist eine vollkommene Staatsverfassung in dieser Welt ein Unding. Indeß will auch in der That Niemand, der gesunden Menschenverstand besitzt, und hat kein Volk je etwas Andres gewollt, als — die aber nur der Unvernünftige oder Uebelgesinnte nicht wollen oder gar hindern wollen kann — Annäherung zur Vollkommenheit, worunter, in dieser Beziehung den Ausdruck gebraucht, nichts weiter verstanden werden kann und wird, als der erreichbare Grad von Zweckmäßigkeit. Eben deshalb erscheint aber auch der Gemeinpruch, den man häufig hört, wo von gewünschten Verfassungs-Verbesserungen die Rede ist, daß nichts in der Welt vollkommen sei, als bequeme, jedoch nichtsagende Abfertigung oder Ausflucht.

^{*)} Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß davon hier gar nicht die Rede sein kann, ob Einzelne im Volk, sondern nur davon, ob ein

der Staat nicht ein festes, sondern ein jeden Augenblick dem Umsturz ausgesetztes Gebäude darstellen. Also schon der Zweck des Staats (dauerhaftes Glück der Bürger) schließt die Bejahung der aufgeworfenen Frage aus.«

Aber wie, wenn nun die Verfassung eben der Erreichung des Staatszwecks hinderlich ist, oder das Glück der Bürger gar unmöglich macht? Hr. v. Str. hat sehr klug seine erläuternden Beispiele gewählt. »Ist der Fürst einer absoluten Monarchie gleichsam ein redendes gerechtes Gesetz, dann erfüllt er Alles, was ihm nach dem Grundvertrage zu erfüllen obliegt, und die höchste Ungerechtigkeit, ja die höchste Unpolitik wäre es, einen solchen Zustand erschüttern zu wollen.« — Aber wenn nun das zu erfüllende Gesetz unpaßlich, unheilsam, verderblich, ungerecht ist?

»Benutzt ein absoluter Monarch sein, allerdings exorbitantes Recht, lediglich dazu, seine Unterthanen glücklich und zufrieden zu machen, gewährt und schützt er ihnen jede Freiheit, welche die edele Natur des Menschen verlangt, blühen unter seinem wohlthätigen Scepter Künste und Wissenschaften, ist er, mit einem Worte, ein Friedrich Wilhelm der Dritte: was für ein Recht könnte dann der Staatsbürger haben, eine Verfassung, die ihm mangelhaft erscheint, anzugreifen?«

Vortrefflich! — Aber man trenne nun einmahl von diesem Beispiel die Beziehung auf den preussischen Staat unter dessen jetziger Regierung, und suche dasselbe bloß im Allgemeinen zu fassen. Dann entstehen sogleich Schwierigkeiten durch die Relativität der Begriffe, namentlich des Begriffs von Volksglück. Hr. v. Str. sagt ja selbst, daß die Verschiedenheit der Völker verschiedene Staatsverfassungen erfordere. Das kann doch nichts Andres heißen, als:

Volk, oder dessen Majorität Verbesserungen der Verfassung zu erzwingen berechtigt sei? Da hin, dies zu wollen wird aber die Meinung der Majorität nicht leicht gehen, und ist die Meinung dieser in dieser Beziehung auch durchaus nicht so veränderlich, daß sie alle Tage wechselte.

angemessene, je nach der Eigenthümlichkeit eines jeden Volks. Und wie nun, wenn ein Regent sein Volk durch Befolgung des Systems von der väterlichen Gewalt der Regenten glücklich und zufrieden zu machen strebt, und zwar gegen den Willen des Volks, als welches nicht väterlich despotisirt sein mag, sondern Freiheit und Recht wünscht? Oder wie, wenn die absolute Monarchie dem Zustande eines Volks durchaus unangemessen ist? Und ist dieß der Fall, kann dann ein durchaus verfassungsmäßiges Regiment als genügend zur Erreichung des Staatszweckes erscheinen? Die Chinesen würden nicht glücklich sein können, wenn sie die eigenthümliche Culturstufe der gebildeten Europäischen Völker erreichten, ohne daß ihre Verfassung wesentlich verändert würde, selbst unter Kaisern, die ihr verfassungsmäßiges Recht nur benutzten, die Unterthanen, versteht sich auf chinesisch, glücklich und zufrieden zu machen, u. s. w. So wie die republikanischen Griechen und Römer waren, in der Zeit der Blüthe des republikanischen Sinns, konnten sie sich nicht dauerhaft glücklich fühlen unter einem Tyrannen (Einherrscher). Eben so wenig würden die Nordamerikaner selbst unter dem vollkommensten absoluten Monarchen sich glücklich fühlen. Dieß kann auch nicht anders sein. Zur Zufriedenheit eines Volks, das die Republik oder die constitutionelle Monarchie gewohnt, oder dem sie durch seine vorangeschrittene Denkart und Bildung zum Bedürfniß geworden ist, gehört nothwendig jenes kräftige Selbstgefühl, das nur aus dem Bewußtsein des sichern, auf genügenden Garantien ruhenden, nicht aber von der Gnade und zeitweiligen Gestattung abhängigen, Genusses von Recht und Freiheit hervorgehen kann, das Recht der Concurrenz durch seine selbstgewählten Vertreter bei der Gesetzgebung und Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, die Freiheit der Gedanken-Äußerung durch Wort und Schrift, und es fragt sich, ob die edele Natur des Menschen nicht namentlich diese Freiheit verlangt?

Mag es nun schlechthin unpolitisch und unbedingt un-

rechtmäßig sein — was hier zu erörtern außer meinem Zwecke liegt — wenn ein solches Volk, nöthigenfalls durch Gewalt, eine seinem Zustande angemessene Verfassung herbeiführen wollte; — wo einmahl die unumschränkte Monarchie (und es gilt dieß von jeder andern Verfassung) dem Volkszustande durchaus unangemessen ist, da ist eine Revolution innerhalb der Grenzen der Möglichkeit oder der Wahrscheinlichkeit, und sie wird eintreten, wo jenes Mißverhältniß dem Volke unerträglich geworden, mag der Monarch der vollkommenste sein; denn was dem Volke fehlt, kann er ihm eben nicht geben, so lange seine Herrschaft unumschränkt bleibt.

Allerdings wird es nicht leicht so kommen. Aber dagegen kommt auch nicht leicht der angenommene Fall genau so, und ohne besondere, die Krise herbeiführende Umstände vor. Denn entweder folgt in einer absoluten Monarchie auf einen ausgezeichnet weisen und guten ein weniger weiser und guter Monarch. Dann können wenige und geringe Eingriffe in das Recht, oder bloße Mißgriffe, die bei einer andern Verfassung den Staat kaum auf der Oberfläche bewegt haben würden, eine tiefgreifende Umwälzung herbeiführen, und diese hat dann ihren Hauptgrund in jenem Mißverhältniß. Oder es sind, was häufig der Fall ist, positive Einsetzungen und Gerechtsame vorhanden, die dem guten Willen des Monarchen, der einredendes gerechtes Gesetz ist, und dem Glück der Bürger unübersteigliche Schranken in den Weg stellen. Man kann auch sagen, daß, wo Revolutionen durch Eingriffe der obersten Staatsgewalt in das Recht veranlaßt werden, die Ursache derselben in der Unverträglichkeit einer tyrannischen Regierung mit dem Zustande des Volks liege. Die Völker, welche die unvollkommne Staatsverfassung des Sultanismus ertragen, lassen sich auch den Sultanismus der Regierung gefallen. So aber werden auch Völker, je weniger sie den letztern sich gefallen lassen, um so weniger Verfassungen ertragen, je mehr dieselben der reinen Willkürherrschaft sich annähern. — Es

täusche uns nur der Umstand nicht, daß in der Regel Eingriffe der obersten Staatsgewalt in das Recht die nächstliegenden Veranlassungen der Revolutionen sind. Auch müssen wir uns hüten, daraus zu viel zu folgern, daß der Fall nicht leicht denkbar sei, daß ein Volk, um zu politischen Institutionen und Rechten zu gelangen, die absolute Monarchie, sofern der Monarch, gut und weise, besonders für eine gute Justiz und Verwaltung sorgt, angreifen werde¹⁰⁾. Dies ist allerdings nicht ohne Wahrheit, aber nur deshalb, weil — oder nur dann, wenn die Völker, die noch keine politische Rechte besaßen, den Werth derselben nicht kennen, ihre Ausübung wohl gar als eine Last ansehen, sich nur um ihre nächsten Interessen, ihr Haus, ihre bürgerlichen Geschäfte kümmern, und den öffentlichen Angelegenheiten nur eine untergeordnete Aufmerksamkeit schenken. Allein ebendeshalb gestaltet sich die Sache schon anders, wenn, gleichviel wodurch, in der absoluten Monarchie ein reges Interesse für dieselben unter den Bürgern erwacht, besonders wenn sie mit republikanischen oder constitutionell-monarchischen Staaten in naher Berührung ist. Sodann wird es in absoluten Monarchien, trotz den Bemühungen des Monarchen in Justiz und Verwaltung, mit Einem Worte, in allem dem, was das bürgerliche Wohlbefinden begründet, an gar mancherlei fehlen,

¹⁰⁾ Indes ist dergleichen in der Geschichte keineswegs ohne Beispiel. Es könnte hier denen, welche politische Institutionen nicht lieben, oder gering achten, oder fürchten, und mit dem oben angegebenen Grunde oder Vorwande zu verhindern suchen, schon die französische Revolution entgegengehalten werden, die ja aus dem Bestreben, den Staat nach Theorien neu zu gestalten, hauptsächlich hervorgegangen sein soll. Die Nordamerikaner wagten offenbar den Unabhängigkeits-Kampf in der Verfolgung eines ganz abstracten Grundsatzes; denn »Niemand wird im Ernst behaupten wollen, daß die von England aufgelegten Zaren drückend waren.« Rühre und geregelte Discussionen unter den schlichten Bürgern, über Rechte und Grundsätze, gingen den heftigen Kämpfen vorher.

weil in ihnen mehr oder weniger die Oeffentlichkeit mangelt, und so viele, und zwar gerade die edelsten Kräfte des Volks unbenutzt und unentwickelt bleiben müssen; worüber nur das leicht täuscht, daß in absoluten Monarchien die Klage immer mehr oder weniger verstummt, und das Lob desto lauter ist.

So möchte selbst bei Friedrichs des Großen mit Recht gerühmter seltener Sorgfalt für gute Justiz und Verwaltung, Manches besser gewesen sein, wenn dem König tüchtige Volksvertreter zur Seite gestanden hätten. Das aber, daß das Volk unter seiner Regierung sich glücklich fühlte, erklärt sich daraus, daß damals das Bedürfnis politischer Institutionen und Rechte im Volke noch nicht erwacht war, und lag zum großen Theil an Umständen, die nicht oft zusammentreffen. Des Königs Genie und Glück umstrahlte auch das Volk mit seinem Glanz; Verwaltung und Gerechtigkeitspflege war damals in sehr vielen Ländern im elendesten Zustande, und fast überall war unumschränkte, wenigstens nicht durch Lebenskräftige Institutionen beschränkte Monarchie. Ist aber ein unumschränkt monarchisch regierter Staat mit republikanischen oder constitutionellen in naher Berührung, dann können Vergleichen nicht ausbleiben, und es tritt das sehr reelle Bedürfnis ein, hinsichtlich des bürgerlichen Wohlbefindens, der materiellen wie moralischen Kraft, in einem gewissen Gleichmaß mit den Nachbarvölkern zu bleiben. — Ist das bürgerliche Wohlbefinden in constitutionellen Staaten besser besorgt und begründet als in einem mit demselben in Berührung stehenden unumschränkt monarchisch regierten Staate, so ist in einem solchen eine vergleichungsweise gute Justiz und Verwaltung nöthig, die aber in der Regel unmöglich ist, eben weil in der unumschränkten Monarchie wichtige Mittel, um dazu zu gelangen, abgehen, Mittel, die durch den reinsten Willen des weisesten Monarchen nicht zu ersetzen sind. Mag dann in solchem Staat nicht die Entbehrung politischer Rechte Volksbewegungen veranlas-

sen, sondern das, was in Justiz und Verwaltung mangelt; das Volk wird nach Verbesserung dieser streben, und in diesem Streben das Bedürfnis jener, und endlich sie selbst finden¹¹⁾. Die Beispiele von unumschränkten Monarchen, die eben durch eine gute Justiz und Verwaltung das Volk zufrieden und glücklich machten, und von Völkern, die unter unumschränkten Monarchen glücklicher und zufriedener lebten, als andere in Republiken und beschränkten Monarchien, in denen Justiz und Verwaltung desto elender war, verlieren daher — gegen das Gesagte angeführt — mehr und mehr an Gewicht, wenn in einem Staatensystem, dergleichen Europa darstellt, die Verfassung der absoluten Monarchie in immer mehreren Ländern durch republikanische oder constitutionell-monarchische Institutionen verdrängt wird, diese aber, immer mehr zu Wahrheiten geworden, immer mehr ihren Zweck erfüllen, Bürgschaften gegen Despotism, und für gute Verwaltung und Justiz zu sein.

Die Natur der Sache ist hier in der That leicht zu durchschauen, und in ihr liegt es offenbar, daß die Verfassung dem Zustande der Gesellschaft angemessen sein muß, wenn die letztere dauerhaft glücklich sein soll. Ist sie dieses nicht, so wird in ihr ein Streben stattfinden, eine ihrem Zustande angemessene Verfassung herbeizuführen. Je mehr die Verfassung dem Glück des Volks hinderlich ist, desto mehr, wenn Verbesserungen derselben auf gesetzlichem Wege nicht zu erlangen sind, wird jenes Streben zur Gewalt-

¹¹⁾ Wenn Constitutionen nichts, oder so wenig bedeuten, wie Manche behaupten, und nur an einer guten Regierung gelegen ist, — wie ist es denn nun damit, daß in mehreren Ländern, deren Regenten offenbar vom reinsten und besten Willen beseelt sind, nicht bloß Unruhen gewesen, sondern sehr starke, von den Regierungen selbst thatsächlich eingestandene Gründe der Unzufriedenheit? Es ist das Bemühen vergeblich, der Einsicht noch länger den Weg zu versperren, daß allein im gesicherten öffentlichen Recht wirksame Garantie ist für das Privatrecht.

keit hinneigen, daß der Regel nach unwiderstehlich sein wird, weil es — so gewiß von jedem Mißbehagen der Wunsch seines Aufhörens unzertrennlich ist, und so gewiß so verschiedne Elemente in demselben Körper unverträglich sind — mit Naturnothwendigkeit vor sich geht, und die in der Natur der Dinge liegende Macht größer als jede andre ist. Allerdings kann eine mit dem Zustande eines Volks unverträgliche Verfassung lange aufrecht erhalten, oder ein Volk kann auch, so zu sagen, zurückgezwängt werden in den Zustand, der mit der bestehenden Verfassung übereinstimmt. Doch dieß beweiset nichts gegen das eben Gesagte, das durch hundert und wieder hundert geschichtliche Thatfachen bestätigt wird.

Werfen wir nur einen flüchtigen Blick auf die neuern und neuesten Zeiten! Die größte und folgenreichste aller politischen Revolutionen, die Französische von 1789, wurde keineswegs durch, und am wenigsten durch bössliche Eingriffe des Regenten in Recht und Verfassung veranlaßt. Findet man doch das Benehmen der Parthei, welche damals in Frankreich herrschte, eben deshalb so verabscheuungswerth, weil sie an dem so vortrefflichen Könige sich vergriff, — oder das des Französischen Volks überhaupt so unrechtfertig, weil es sich gegen den so gutmeinenden König auflehnte. Das heillose Verderbniß der Verfassung, in welcher alles das wurzelte, was dem Volke bei dessen vorangeschrittener Intelligenz unerträglich geworden, war der Hauptgrund dieser Revolution. Selbst durch Reformen, d. h. Verbesserungen auf gesetzlichem Wege, durch eigene Beschränkung der Macht, wozu der König schritt, und wozu manche sonst vortreffliche Regenten sich überhaupt nicht einmal entschließen können, wendete er die Revolution nicht ab, sei es, daß so durchgreifende Reformen, als zu dem Ende nöthig gewesen sein würden, nicht mehr möglich waren, seitdem zu viele und zu mächtige Interessen und Vorurtheile sich mit den alten, auf gesetzlichem Wege zum Theil schwerlich jetzt noch verbesserungsfähigen, po-

litischen Einrichtungen Frankreichs verknüpft hatten, oder daß der König zu sehr geneigt war, von den letztern zu viele aufrecht zu erhalten, oder daß er den Umfang der nothwendig gewordenen Reformen nicht erkannte, oder nicht Geschick genug besaß, sie durchzuführen.

Blicken wir auf Irland, oder auf England selbst, wo die Unzufriedenheit, die neuerdings in Volksbewegungen ausbrach, wiederum keineswegs dadurch veranlaßt wurde, daß die oberste Staatsgewalt in Geseze und Verfassung eingegriffen hätte, sondern dadurch, daß sie seit gar zu langer Zeit nichts that, als — gesetz- und verfassungsmäßig zu regieren, d. h. daß sie zu den nothwendig gewordenen Verbesserungen der Verfassung nicht schritt, deren Fortbestehen mit allen ihren Gebrechen der benachtheiligten Mehrheit des Volks längst unrechtmäßig und — unerträglich zu erscheinen angefangen hatte. Seit Montesquieu schrieb, hat sich vieles geändert, und wenn man demselben, ohne dieß zu erwägen, nicht blind nachurtheilt, sich nicht blenden läßt durch Burke's und Anderer brillante Sophistereien, und bedenkt, was in Europa und England seit 1790 anders geworden, so wird man sich kaum darüber täuschen können, daß England einer abermaligen, jedoch einen ganz andern, und zwar furchtbarern Charakter tragenden Revolution, als die von 1688 war, unaufhaltsam entgegenschreitet, wenn seine ganze Verfassung nicht bald sehr wesentlicher Reformen unterworfen wird. Man scheint jetzt mit Ernst darauf zu denken, nachdem Vorurtheil und Eigennuß denselben sich nur zu lange widersezt hat, weshalb zu bezweifeln sein möchte, daß es irgend einem Ministerium jetzt noch möglich sei, so durchgreifende Reformen auszuführen, als nöthig zu sein scheinen, jenes Land vor einer Revolution zu sichern¹²⁾. Freilich ist, wie Hr. v. Str. bemerkt (S. 46),

¹²⁾ Das hier Gesagte macht indeß keinen größern Anspruch auf Zuverlässigkeit, als alle politische Prophezeiungen ansprechen dürfen, d. h. sehr wenig; obgleich übrigens in Fällen, wie dieser ist, das Urtheil auf

die Englische Volksvertretung mehr ständisch als repräsentativ. Allein — hinc illae lacrymae ¹³⁾! Daß durch die

ziemlich sichere Prämissen gestützt werden mag. Bei dem Allen ist zu bemerken, daß in politischen Institutionen, vergleichen die Engländer besitzen, eine wunderbare antirevolutionäre, erhaltende Kraft liegt, von der noch viel zu hoffen ist; wie denn dreist behauptet werden kann, daß der Thron und die Ruhe in England ihre Erhaltung bis jetzt der Englischen Freiheit verdanken, und so auch nur in demselben Grade bedroht werden, als der Anspruch auf Freiheit und gleiches Recht, bei immer mehr sich verändernder Denkart und neu entstandenen, oder alten und jetzt mehr empfundenen Bedürfnissen, immer klarer, gerechter und dringender wird.

¹³⁾ Hr. v. Str. sagt am a. D. »Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß ein Land, welches gewöhnliche deutsche Landstände hat, eine geringere Garantie der öffentlichen Freiheit und Gesetzmäßigkeit habe, als ein sogenannter constitutioneller Staat: vorausgesetzt, daß den Ständen nicht die wesentlichsten Gerechtsame genommen, daß sie unabhängig und patriotisch sind, und daß sie sich erforderlichen Falls selbst zusammenberufen können.« — Allein das wirkliche Ein- und Zusammentreffen dieser Voraussetzungen ist auch in der Regel schwerlich zu erwarten. Uebrigens will Hr. v. Str. den gewöhnlichen deutschen Landständen ganz gewiß das Wort nicht reden, und meint vielmehr solche ständische Vertretungen, die der Idee einer echten Volksvertretung gemäß schon modificirt sind, also eigentlich nicht gewöhnliche deutsche Landstände. Denn das überlebte Institut der gewöhnlichen, das Theorie und Erfahrung gleich sehr gegen sich hat, und dessen Mangelhaftigkeit ja schon durch die Verbesserungen, die man dabei überall nöthig gefunden, anerkannt ist, wird Niemand mehr vertheidigen wollen, außer etwa gewöhnliche deutsche Landstände selbst, was auch ihrer Geschichte und ihrem Wesen ganz angemessen ist, welches in Vertretung von Freiheiten und Privilegien, nicht aber der Freiheit und des Rechts; des eignen zum guten Theil mehr als des Gesamt-Interesses; in geheimer, nicht controlirter Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten, bei der Mehrzahl der — zum Theil von der Regierung ernannten und abhängigen — Stände; in Erblichkeit des Vertretungsrechts, und also natürlicherweise in Kastengeist und Engherzigkeit, besteht. Was in England die Mangelhaftigkeit der sogenannten Volksvertretung — bei der indeß doch kein Stand durchaus nicht vertreten ist, wie bei uns der der Bauern — wenigstens zum Theil wieder gut macht, fällt in Deutschland hinweg. Sind gewöhn-

Gemeinen, die zum Theil auf eine wahrhaft absurde, und selbst scandalöse Art ins Unterhaus gelangen, die Gesamt-

liche deutsche Landstände, was sie sein sollen, Vertreter des Gesamt-Interesses, so ist das eine reine Zufälligkeit, die den Personen Ehre macht, das Institut aber nicht zu Ehren bringen kann, denn auf Ausnahmen darf man bei Einsetzung oder Beurtheilung politischer Einrichtungen nicht rechnen. Die Angemessenheit, und folglich der Werth der Feudalstände war an die Fortdauer des Feudalsystems, aus dem sie entsprangen, und des dadurch bedingten, jetzt gänzlich veränderten Zustandes des Volks geknüpft. Wer für verschiedene Völker — also doch gewiß auch für dieselben, wenn ihr ganzes Sein wesentlich ein anderes geworden ist — verschiedene Verfassungen fordert, kann das Institut der Feudalstände für unsere Zeit nicht angemessen finden. Die Geschichte lehrt, daß sie bis auf die Zeit ihrer, durch den Französischen Eroberer oder dessen Geheiß, erfolgten Auflösung, mit immer zunehmender Schwäche für die Erhaltung der alten Freiheiten kämpften, und oft genug nur dann mit Heldenmuth, wenn Motive eignen besondern Vortheils mitwirkten und ihren Patriotismus zweideutig machten, dagegen die schreiendste Noth des Landes manchmal nur bei ihnen keine Ehre und Fürsprecher fand (das Land Hildesheim z. B. weiß davon nachzusagen); und daß ihr großes Geschäft, je mehr sie ausarteten, darin bestand, die Staatslasten von sich ab auf Andere zu wälzen, und ihre Steuerfreiheit, welche sie größtentheils durch Anmaßung und Unrecht erworben hatten, oder fortwährend besaßen, weil dieselbe in Gegenleistungen, welche nach und nach aufgehört hatten, bedingt war, sich zu erhalten; was so wenig patriotisch war, als heilsam für Land und Volk, das an vielen Orten noch jetzt unter den Segnungen seufzt, die ihm durch die Stände zu Theil wurden, und woher es kam, daß die ständische Verfassung in den meisten Ländern — zum deutlichen Zeichen ihrer Ueberlebtheit — dem Volke bekanntlich absolut gleichgültig, ja daß man hier und da dem ständischen Wesen durchaus gram geworden war, und unumschränkte Fürsten wünschte. Gewöhnliche deutsche Landstände sind gut für die Bevorrechteten — das ist ganz richtig; aber in demselben Maße nicht gut für die eben so sehr Benachtheiligten. Das liegt eben so nahe, und wird man sich vom Gegentheil nicht mehr überreden lassen. — Ich behaupte nicht, daß in jedem Falle das ständische Institut, zumal wenn es von seinen größten Gebrechen schon gereinigt ist, durch eine reine repräsentative Verfassung ersetzt, statt vervollkommenet werden müsse. Indes kann auch nicht verkannt werden, daß es eine solche nie ersetzen kann, und wenn — da ein Federstrich die Natur der Dinge nicht zu ändern vermag — noch so bestimmt auf dem Papier steht, daß jedes Mitglied

Interessen der Nation nicht vertreten werden, darüber ist selbst in England, dem Lande, wo man dem Hergebrachten eigensinniger als irgendwo anhängt, jetzt nur noch Eine Stimme bei Allen, — mit Ausnahme bloß eines Theils der Bevorzugten, deren Urtheil jedoch, weil offenbar aus

die Interessen Aller zu vertreten habe — wodurch unmittelbar anerkannt wird, daß die ständische Vertretung etwas sein soll, was sie nicht ist. Es fragt sich noch dazu, ob man damit auf dem rechten Wege sei? — In allen, wie man sagt, zeitgemäß verbesserten ständischen Verfassungen findet sich z. B. das an gewissen Personen oder auf Grundbesitz haftende Recht, Andere zu vertreten, d. h. Organ des Willens Anderer zu sein, der dem Berechtigten durchaus unbekannt sein kann, und es häufig ist, dazu auch wohl seinem eignen Interesse direct entgegen. Wir sehen über diese Widersinnigkeit leichter hinweg, weil unser Europäisches Auge an diese und tausend andere Widersinnigkeiten gewöhnt ist, weshalb jedoch der Nachtheil derselben nicht wegfällt. Sie entstand, indem man alte Formen mit neuen Bedürfnissen und Ideen zu amalgamiren trachtete, von jenen nicht ablassen wollte, und den Ansprüchen dieser nicht ausweichen konnte. Das heißt: weil die Umstände nicht erlaubten, oder der Wille nicht gut, oder die Einsicht nicht groß genug war, der Vernunft ganz zu folgen, und wenigstens aufzugeben, was durchaus verdorben und erstorben war, oder dem Verschiedenen durch neue Stellung wieder Angemessenheit zu geben; so erklärte man sich vornehm gegen neumodische Verfassungen, die für die Völker, welche darunter leben sollten, nicht passen würden, — d. h. ungefähr so viel als: die für dieselben recht gut passen, aber manchen Leuten un bequem sein würden! und traf ein bequemes und wohlfeiles Abkommen, und nannte das: mit weiser Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse verfahren. Dies ist auch gut und nöthig. Aber in unserer an Phrasen überreichen und sprachverwirrenden Zeit muß man immer erst nachforschen, ob in solchen Fällen in der angeblichen Weisheit, wie häufig vorkommt, nicht eben so große Thorheit sei, als in der Sucht, Verfassungen allein aus philosophischen Abstractionen zu construiren. — Uebrigens werde bemerkt, daß hier bei dem, über die gewöhnlichen Deutschen Landstände Gesagten, an die Wirksamkeit unserer Landstände in den letzten Jahren, die unter ganz besondern Umständen Statt hatte, überall nicht gedacht ist. Dem Verdienste seine Krone! Indes wird erst die nächste Zukunft ganz enthüllen, was die Verfassung ist, und ob die Stände ihre Zeit verstehen.

unreinen Motiven hervorgehend, nicht in Betracht kommen kann — ja, in den allgemeinen Ruf nach Parlaments-Reform stimmen die Unbefangenen und Wohlgesinnten unter den bei Erhaltung des bestehenden Interessirten selbst mit ein. Die Freiheitsliebe, der common spirit der Engländer, die Pressfreiheit, die Habeas-Corpus-Acte, der geringe Militärbestand, das Institut der Geschwornen, die freie Municipal-Verfassung, — das ist's, was in England Recht und Freiheit, soviel davon neben den Vorrechten und Freiheiten der Aristokratie vorhanden ist und sein kann, schützt, — die Freiheit, welche durch die, den Ministern dienstbaren Parlamente, mit deren Reform es indeß auch noch nicht gethan ist, oft schwer bedrängt wurde.

So sind gleichfalls die neuesten Vorgänge in Sachsen keineswegs durch das Eintreten des Falles veranlaßt, in welchem, nach Hrn. v. Str., Gehorsamsverweigerung rechtmäßig ist. Hätte die öffentliche Meinung in der dortigen sogenannten Volksvertretung ein Organ gefunden, und hätten die dortigen gewöhnlichen deutschen, steif sinnigen Landstände die Intelligenz der Zeit, das Recht und Interesse der Gesamtheit vertreten, statt daß in ihrer Versammlung nur die Ideen der Vergangenheit, die Vorurtheile im Lande, und die historischen Rechte einer Kaste repräsentirt wurden¹⁴⁾; so hätte der Grund des Uebels wohl mögen entfernt, und die Selbsthülfe des Volks vermieden werden, deren Richtung durchaus gegen verfassungsmäßige und beim Alten gelassene Gebrechen war. Die Regierung hatte das Rechte zu thun versäumt.

Blicken wir ferner auf die Vorgänge in Belgien, die gleichfalls in Unangemessenheit der Verfassung — denn die Belgier waren nun einmal eben Belgier, und glaubten ihre Interessen, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, hintange-

¹⁴⁾ Gegen deren Verblendung oder Eignisucht die liberale Minorität nicht durchzubringen vermochte, die in Sachsen zumeist, wegen besonderer Umstände, aus dem größeren Theile der Adligen bestand.

seht — ihren wahren Grund haben. Dieß kann am wenigsten geläugnet werden, wenn es richtig ist, daß, wie Hr. v. Str. meint, den Monarchen kein Tadel trifft (auch nicht der der Verblendung über die Belgier und die Lage der Dinge?) und daß der »Fehler darin liegt, daß zwei, in Sitten und Religion gänzlich verschiedenartige Völker gewaltsam verbunden wurden. Das Unnatürliche rächt sich früh oder spät.« — Freilich! Und mag nur noch manch Unnatürliches, das Alles die Weisheit geordnet haben sollte, womit gewaltig vornehm gethan wurde gegen die abenteuerlichen und unpractischen Ansprüche und Ideen der Zeit, bei Zeiten besser geordnet werden, damit nicht einmal plötzlich die Rache komme, und die Werke der Weisheit sammt den klugen Baumeistern erfasse.

Was ist überhaupt die vorwaltende Ursache der in der neuesten Zeit in Deutschland, der Schweiz u. s. w. Statt gehabten und noch stattfindenden Bewegungen? Offenbar Uebel, die ihre nähern oder entfernteren Gründe in Verfassungs-Mängeln haben. Fast überall wollte und will man nicht andere Regierungen, sondern andere, oder doch wesentlich abgeänderte Verfassungen, und gegen deren Gebrechen, oder den aus diesen hervorgehenden Druck, also gegen die Regierungen nur, sofern sie redende Gesetze gewesen waren, aber dieselben zu bessern unterlassen hatten, richteten sich die meisten Empörungen. Diese Erscheinung erklärt sich auch natürlich genug. Der Zustand der Völker hat sich wesentlich geändert; nicht aber ist es mit den alten Einrichtungen in demselben Maaße anders geworden. Die Ansprüche der neuen Zeit sind zum großen Theil noch unerledigt, und sie muß — denn so liegt es in der Natur der Sache — zur Erledigung derselben gelangen, sei es, daß man ihr freiwillig ihr Recht gewährt, oder durch Rechtsverweigerung die Gewalt hervorruft. Denn das Unnatürliche rächt sich früh oder spät! —

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort;

Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte,
Und rücken saßt von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage;
Weh' dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider nie die Frage.

Da liegt's! und mag, was der Dichter von Gesezen sagt, vor Allen auf die den öffentlichen Rechtszustand ordnenden hier bezogen werden. Die Versäumnis — aus Unweisheit, Trägheit, oder Gewalt- und Habsucht entspringend — die Verfassungen der Völker bessern Einsichten und den Veränderungen im Zustande der Gesellschaft, in Folge deren eben Vernunft und Wohlthat der Geseze und Einrichtungen Unsinn und Plage wird, diesen Veränderungen gemäß allmählig fortzubilden — *le progrès dans le repos!* — jene Versäumnis ist der eigentliche tiefe Grund der meisten Revolutionen¹⁵⁾, auch da, wo die letztern zunächst durch Eingriffe in die Verfassungen von Seiten der obersten Staatsgewalt veranlaßt werden. Denn dergleichen Eingriffe, besonders wiederholte, setzen in der Regel Mängel in den Verfassungen voraus. Daher ist eine Verfassung um so schlechter, je weniger Fortbildungs-Fähigkeit sie besitzt, oder je unvollkommener das für den Ausdruck des Gesammtwillens angeordnete Organ ist. Daher sind alle Ansich-

¹⁵⁾ Weil sie ein Misverhältniß der Verfassung und des Zustandes der Völker, d. h. eine Krankheit der innern Lebenstheile der Gesellschaft hervorbringt. Es versteht sich von selbst, daß, was von jener Versäumnis, von der Reaction in noch größerem Maaße gilt. Sie und die Tyrannei bewirken in der Regel den Ausbruch des Uebels, das jene begründet, indem sie es verschlimmern. Wenn die bessern Regenten sich jene Versäumnis nicht zu Schulden kommen ließen, so würden Reaction und Tyrannei immer erschwert, oft unmöglich sein. — Das ist übrigens ganz richtig, daß jene Versäumnis nicht immer zu Revolutionen führt. Allein wo das nicht geschieht, da bewirkt sie Lähmung und endlich Erstödtung alles edleren Lebens, was nicht besser, oder wohl noch schlimmer ist.

ten und Bestrebungen, die der Fortbildung der Verfassungen hinderlich sind, eben so verderblich, als diejenigen, wodurch die letztern fortwährend unsicher nach ihrem Bestande gemacht werden würden.

Zu den Ansichten jener Art gehört eine von Hrn. v. Str. — im Ueberschen der Gefährlichkeit derselben, und offenbar in gutem Glauben, daß sie die Ruhe und das Glück der Völker fördere — aufgestellte.

Es soll nämlich auch die Verfassung, als auf einem Vertrage beruhend, gedacht werden.

Freilich läßt sich dieß in einer Weise — was jedoch von Hrn. v. Str. nicht geschehen ist — verstehen und erklären, daß man wohl zufrieden damit sein könnte.

Zunächst ist hier zu bemerken, daß man nicht so mit der Theorie des natürlichen Staatsrechts über die Geschichte wegfahren kann, als wenn sie gar nicht vorhanden wäre. Immer würde man nur sagen können, daß die Verfassungen als aus einem Vertrage entstanden, betrachtet werden müßten, sofern sie in bestimmten Fällen nicht auf eine Weise rechtlich entstanden sind, welche die Annahme der Entstehung aus Vertrag ausschließt. Sind dergleichen Fälle vorhanden, so kann die Vertrags-Theorie schon nicht die alleinrichtige sein wollen. Man darf ja aber nur den vierten Theil des von Hrn. v. Str. selbst citirten Werks von Pölik, (die Staatswissenschaften im Lichte unsrer Zeit) aufschlagen, um unter den dort aufgeführten schriftlichen Verfassungs-Urkunden solche zu bemerken, welche Ausflüsse entweder der Regenten- oder Volks-Souveränität, und also nicht Ergebnisse eines Vertrags sind. Andere Verfassungen freilich erscheinen als Grundverträge zwischen Fürsten und Ständen, sind der Geschichte nach durch Gewalt begründet, oder haben ihre jetzige Gestalt durch Gewalt oder Mißbrauch erhalten; bei Andern endlich ist die Entstehung nicht ausgemacht. Einen Vertrag fingiren, ist eine von den Arten, dem Rechtsbedürfniß abzuhelpen, welches aber

da gar nicht Statt findet, wo eine Verfassung irgendwie, und ohne Vertrag, rechtmäßig entstanden ist.

Bei jeder durch Gewalt, oder auf unbekannte Weise entstandenen Verfassung ist, wenn sie als das Ergebnis eines Vertrags beurtheilt werden soll, daran gelegen, daß die stillschweigende Einwilligung des Volks, wo es an der ausdrücklichen fehlt, angenommen werden kann, die aber ohne Willkühr nicht anzunehmen ist, wenn dasselbe durch den zu präsumirenden Vertrag in unverhältnißmäßigen Nachtheil gestellt worden wäre. Ich beziehe mich hier auf schon oben Gesagtes, und bemerke nur noch dieß: In ganz Europa ist die National-Freiheit das Alte, und die unumschränkte Monarchie das Neue. Durch ausdrückliche Einwilligung ist jene bekanntlich nicht aufgegeben. Will man nun das rechtliche Bestehen dieser, und zwar so, deduciren, daß man davon ausgeht, die Verfassung müsse als das Ergebnis eines Vertrags betrachtet werden, so möchte man schwerlich überall zum Ziele gelangen. Denn die Rechtfertigung der Annahme einer stillschweigenden Einwilligung, um die man nicht hinweg kann, von Seiten des einen der contrahirenden Theile, kann doch, hier und da in gegebenen Fällen, nicht so ganz leicht erscheinen.

Was die Verfassungen betrifft, welche als Grundverträge zwischen Fürsten und Ständen erscheinen, so ist wohl zu unterscheiden zwischen der, durch Fürsten und Stände hervorgebrachten Verfassung, und der Entstehung des ständischen Instituts selbst. Soll die letztere als das Ergebnis eines Vertrags angesehen werden dürfen, so muß ausdrückliche, und, wenn diese nicht nachzuweisen ist, stillschweigende Einwilligung des Volks angenommen werden können. Die Einwilligung würde aber jedenfalls nur unter gewissen Voraussetzungen anzunehmen sein; unter der zunächst, daß die Stände in ihrer Entstehung wirkliche Organe des Nationalwillens waren — denn sonst wäre es undenkbar, daß die Nation denselben das

Recht eingeräumt hätte, tief in ihre Rechte und Schicksale eingreifende Grundverträge mit den Fürsten abzuschließen.

Ist man mit jener Voraussetzung auf dem Reinen, so ist man doch noch keineswegs am Ziel. In der Folge der Zeiten änderte sich der Zustand der Gesellschaft gänzlich. Die früher im Schutze standen, und als Hörige oder Hinterlassenen keiner Vertretung auf Landtagen bedurften, oder fähig waren, traten aus dem Schutze heraus, erwarben selbst Grundbesitz, wurden freie Leute, wurden Staatsbürger, bedurften der Vertretung, und wurden der Verfassung gemäß nicht vertreten. Es entstand oder bildete sich der dritte Stand immer mehr heraus, und wenn vordem die Nation vorzugsweise in den ersten Ständen gewesen war, so ist sie jetzt zumeist im dritten Stande, während in der Vertretung wenigstens keine verhältnismäßige Aenderung vorgenommen wurde. Mit dieser gänzlichen Veränderung des gesellschaftlichen Zustandes mußte auch der Vertrag, der dem ständischen Institut seine Entstehung gegeben haben soll, von selbst seine Gültigkeit verlieren, weil er mit demselben seine ganze Basis verloren hatte. Die Gesellschaft, die ihn geschlossen, war nicht mehr, eine neue war an ihre Stelle getreten, wenn auch untermischt noch mit Elementen der vorigen. Die Voraussetzung, daß die Stände wirkliche Organe des Gesamtwillens wären, hatte nicht mehr Statt. Soll nun das rechtliche Fortbestehen des ständischen Instituts, und die rechtliche Natur der von den Ständen auf dem Wege des Vertrags mit den Fürsten hervorgebrachten Verfassung, oder der Veränderung in derselben, aus der Vertragstheorie deducirt werden, so muß man nothwendig eine abermalige stillschweigende Einwilligung annehmen, vermöge welcher die Nation das Fortbestehen des ständischen Instituts auch nach geändertem gesellschaftlichen Zustande ratificirt hat. Diese Einwilligung wäre jedoch immer nur als unter der Bedingung geschehen anzunehmen, daß die Stände, auch als unvollkommene Organe des Gesamtwillens, fortwährend das Gesamtin-

teresse der Nation wahrzunehmen hätten, und nach bestem Wissen und Können wahrnehmen würden. Oder aber, man müßte den ursprünglichen Vertrag, der das ständische Institut ins Leben rief, sich so denken, daß die Stände sogleich mit ihren Befugnissen die Verbindlichkeit übernehmen müssen, das Beste der Nation, unter allen Veränderungen, die der gesellschaftliche Zustand erleiden möchte, wahrzunehmen, natürlich in casum casus auch gegen ihre eigenen besondern Interessen, wenn dieselben durch dergleichen Veränderungen mit denen des Volks in Conflict gerathen würden.

Man sieht hieraus, welche Schwierigkeiten auf diesem Wege liegen. Denn soll angenommen werden, daß die Verfassung das Ergebniß eines Vertrags sei, so ist diese Annahme nicht anders, als ungefähr in der angegebenen, wenigstens etwas mühseligen Weise, und doch schwerlich mit Glück, zu rechtfertigen. Wollte man aber von jenen Voraussetzungen und Bedingungen nichts wissen, so würden offenbar Fürsten und Stände durch den das ständische Institut begründenden Vertrag — der ihnen doch vernünftigerweise nur Rechte für das Volk, nicht zum Nachtheil desselben geben kann, wenn er als gültig erscheinen soll — zu Herren der Nation gemacht, möchten derselben von Rechtswegen sich gegenüber stellen, und über deren Schicksale in ihrem besondern Interesse nach Gutdünken entscheiden. Wo aber solche Willkühr beginnt, da hört alles Recht auf. »Unmöglich«, sagt Hr. v. Str. selbst, S. 29, »wird man annehmen können, daß das Volk jemals, stillschweigend oder ausdrücklich, darein gewilligt habe, die Repräsentanten zu unumschränkten Herren über sein Schicksal zu machen.« Dabei ist nur zu erinnern, daß das »unumschränkten« ohne Noth zwischengeschoben ist, denn die Annahme wäre ohne Unsinn doch unmöglich, und der Unsinn bloß noch größer, sich vorzustellen, die Nation hätte ihre Vertreter nicht bloß zu ihren Herren, sondern zu unumschränkten Herren gemacht. Man kann über-

haupt nicht einwilligen, irgend jemand zu seinem unumschränkten Herrn zu machen, wenn man kein Mohr, oder kein Botokude, kein geborner Knecht, oder kein Hund ist.

Aus dem jetzt weiter zu Bemerkenden wird hervorgehn, daß es nicht wenig unheilsam und gefährlich erscheinen müsse, den Grundsatz, zumal so ganz im Allgemeinen, und ohne die nöthigen Einschränkungen und Erklärungen, aufzustellen, daß der Staat mit seiner Verfassung das Ergebniß eines Vertrages sei.

»Es ist — ich bediene mich hier der Worte Rottecks, (Lehrbuch des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften Bd. 1. S. 285.) — von höchst wichtig verschiedener Rechtswirkung, ob man die Verfassung der Gesellschaft von einem Vertrag oder von einem Gesetz ableite. Im ersten Falle wird die Verfassung gleich fest begründet, als die Gesellschaft selbst sein. Zur Abänderung auch des kleinsten Punktes sind alsdann unanimia nothwendig, d. h. in einer zahlreichen Gesellschaft ist die rechtliche Abänderung fast unmöglich. Denn ein Vertrag kann ohne Einwilligung Aller, die ihn geschlossen, nicht aufgelöst, ein Vertragsrecht keinem Mitgliede, auch durch die entschiedenste Stimmenmehrheit nicht, entzogen werden. Und wenn neun und neunzig Hunderttheile der Gesellschaft unzufrieden mit einer bestehenden Verfassung, und aus Erfahrung überzeugt von ihren Mängeln wären; dennoch würde der Widerspruch des Hundertsten hinreichen, jedes Vorhaben der Verbesserung zu vereiteln. Ruht dagegen die Verfassung bloß auf einem Gesetz¹⁶⁾, so wird sie sich zwar gegen jeden Privatwillen in Geltung behaupten, aber von jenem der Gesamtheit, also auch der Majorität, fortwährend abhängig sein.«

Müßten wir nun annehmen, daß die Verfassung das

Ergebniß eines Vertrages sei, dann stände jede, auch die unvollkommenste Staatsverfassung, rechtlich so fest, daß sie ewig fortbauern müßte, wenn immerfort in dieselbe weder willkürlich — und bößlich, und in so enormem Grade, daß das Recht der Gehorsamsverweigerung einträte — eingegriffen, noch von allen Theilen in ihre Abänderung eingewilligt würde. Das Erstere ist nicht zu wünschen. Und doch könnte es bei so bewandten Dingen leicht Fälle geben — gewiß schon ein deutliches Zeichen, daß es mit jener Annahme nicht zum Besten stehe! — wo man es wünschen müßte. Denn das Andere ist nicht, oder doch nur als Ausnahme, zu erwarten, weil mit dem Fortbestehen jeder Verfassung — was hier noch viel mehr ist als: Rechte — Interessen und Vorurtheile sich verknüpfen.

Die einmal bestehende absolute Monarchie steht für immer fest, wenn immerfort nur einigermaßen gesetzmäßig regierende Monarchen auf einander folgen, und wenn immerfort die eine Person des Monarchen ganz allein den Wünschen der Gesamtheit sich entgegenstellt, daß Beschränkung der Macht, oder andere Veränderungen in den bestehenden politischen Einrichtungen eintreten möchten, die jedenfalls sehr wünschenswerth sein, und, trotz dem besten Regiment, wie Niemand wird läugnen wollen, unter gewissen Umständen nothwendig werden können, wenn der Zweck des Staats erreicht werden soll. Es giebt Verfassungen, welche sich schlechterdings nur mit dem Kindheitszustande der Gesellschaft vertragen, z. B. die Theokratie oder das Priesterregiment. Es giebt und gab andere, die offenbar nicht bloß das dauerhafte Glück der Bürger zerstörten, sondern den Staat in Gefahr des Untergangs brachten, z. B. die sogenannte Republik Polen. Ruht nun die Verfassung auf Vertrag, und mangelt es an der nöthigen und gutwilligen Zustimmung zur Reform, so darf nicht geschehen, was zum Glück der Bürger nothwendig ist, und selbst die Rettung des Staats, wenn sein Dasein auf dem Spiele steht, durch gewaltsame Verbesserung der Verfassung,

¹⁶⁾ D. h. einem Beschlusse des schon durch den Vereinigungs-Vertrag mit einem natürlichen Organ versehenen Gesamtwillens.

ist Verbrechen — am Ende wohl gar noch Leichtsinns und Unpolitik — und darf also nicht vorgenommen werden.

Nach den gewöhnlichen Deutschen ständischen Verfassungen besitzt ein Theil der Landstände Privilegien, Immunitäten u. s. w., oder wenigstens das Vorrecht¹⁷⁾, seine Mitbürger zu vertreten. Mag immerhin Entscheidung nach Stimmenmehrheit eingeführt sein. Wie dann, wenn Veränderungen in der Verfassung oder Gesetzgebung augenfällig nothwendig, und von allen Einsichtsvollen gefordert werden, unter Hinweisung auf die traurige Erfahrung; — und die Mehrheit der Stände, d. h. eine unendlich geringe Minorität der Staatsbürger, die in solchem Falle nicht als repräsentirend, sondern als Parthei erscheint, weist, aus Selbstsucht oder Verblendung, die Forderungen der weit überwiegenden Majorität und der Nothwendigkeit starrsinnig zurück? vornehm redend (wie gewöhnlich) gegen unausführbare Theorien und thörichte Projectenmacherei, bellamirend gegen Neuerungsucht, und sich berufend auf — die Erfahrung! und immer im Munde: das alte Bewährte! Ist jene Annahme richtig, so muß das Volk die Leiden und Gefahren von Rechtswegen und unabänderlich ertragen, die ihm durch seine angeblichen Vertreter entstehen,

¹⁷⁾ Ich will mich mit dem Obigen keineswegs gegen alle politische Bevorrechte erklären haben, die nach Umständen nützlich und nothwendig sein können. So kann es nützlich oder nothwendig sein, erbliche Pairs zu schaffen oder beizubehalten; wobei sich wohl von selbst versteht, daß in kleinen Staaten zwei Kammern so wenig nöthig als nützlich sind; schon deshalb, weil hier keine die Bestimmung oder Natur der Pairskammer in großen Staaten haben kann oder darf. Es ist bei dem oben Gesagten an den, z. B. bei dem Institut der gewöhnlichen Deutschen Landstände vorkommenden Fall gedacht, daß das Vorrecht der Vertretung in der Weise bei einem einzelnen Stande wäre, daß er per majora die Entscheidung beherrscht, ohne daß — worauf Alles ankommt — bei ihm die Majorität der Intelligenz und des Gemeingeistes ist.

welche nicht einwilligen, daß seiner Noth abgeholfen, oder nicht erlauben, daß der Staat gerettet werde.

Man will doch nicht etwa sagen, daß ein solcher Fall nicht leicht denkbar sei? Gewiß, er wird um so seltener eintreten, je mehr — aber um so häufiger, je weniger die Stände wirkliche Organe des Gesamtwillens sind, was in der Ständerversammlung gerade unter solchen Umständen durchgängig nur die Minorität sein wird. Dieß liegt in der Natur der Sache, und man müßte die Menschen gleich sehr als die Geschichte idealisiren, wenn man in der Regel etwas Anderes erwarten wollte, als Widerseßlichkeit der Bevorrechteten gegen neue, vernunftrechtlich und durch dringendes Bedürfnis noch so wohl begründete Ansprüche; wie denn niemals oder nur mit sehr seltenen Ausnahmen von Corporationen Reformen ausgehen. Daher eben sind ja die Völker fast immer, oder doch sehr oft nur durch Gewalt zum Recht gelangt, Frankreich, England u. s. w. — und andere werden, allem Anschein nach, dazu auch nicht anders gelangen.

Es heißt freilich: *Quilibet praesumitur bonus!* Allein das wird gleich anders, sobald jemand in der bürgerlichen Gesellschaft Vorrechte bekommt oder besitzt. Dann muß es heißen: *Praesumatur malus!* d. h. unpatriotisch, wenn er wählen muß zwischen jenen und dem Patriotismus. Es gehört ein offenbar ungewöhnlicher Grad von Geistesunabhängigkeit und Selbstverläugnung dazu, auf hergebrachte Vorrechte zum allgemeinen Besten freiwillig zu verzichten. Die ganze Geschichte der 50 letzten Jahre, von Joseph II. bis auf unsere Tage, läßt sich auf einen Kampf der Privilegirten für historisches Recht oder gemeinschädlichen Besitz, und der Völker für die Herbeiführung eines, den gemeinen Bedürfnissen und Interessen gemäßen, mit jenem Besitz unverträglichen Rechtszustandes zurückführen. Nur Ausnahmen sind es, wo die Ersten ungenöthigt, zumal ohne vollwichtige Entschädigung, selbst die übelbegründeten und abenteuerlichsten Vorrechte aufgaben, und in

die dringendsten Reformen der politischen Institutionen, wenn ihre Sonder-Interessen in Gefahr geriethen, einwilligten. Wir haben hiervon in unserem, an Ungleichheit noch sehr reichen, Vaterlande ein recht eclatantes Beispiel ganz vor Kurzem gehabt. Ein gefährlicher Volksaufstand gehörte dazu, den Dresdener und Leipziger (volksrepräsentirenden!) Stadtrath zu veranlassen, auf das Recht, d. h. Unrecht zu verzichten, ihren Committenten über die Verwendung des Geldes derselben keine Rechnung ablegen zu dürfen! — Leider nicht unerhört, sondern charakteristisch!

Ein in der Weltgeschichte einziges Beispiel von großmüthiger Aufopferung gaben die privilegierten Stände in Frankreich, in der berühmten vierten Augustnacht; jedoch nicht rechtzeitig, um die Revolution zu verhüten, sondern erst, als es zu spät war, und erst, als der Geist einer außergewöhnlich großen Zeit sie angeweht, eine große Stunde und ein gewaltiges Verhängniß sie fortriß, welche Zeit und Stunde nicht gewesen wäre, wenn nicht vorher ein Uebermaaß von Elend aus ihren Privilegien, und ihrem durch dasselbe nicht bewegten Eigensinn und Unpatriotismus hervorging, und die Revolution erzeugte.

Jene Ansicht der Entstehung der Verfassungen erscheint deshalb zwar als recht gut für die Bevorrechteten, aber als grundverderblich für die Völker, als unheilswanger für die Menschheit, weil sie, in praktischer Geltung, ein Radical-Hinderniß der Fortbildung der Verfassungen ist.

Hätten mehrere bis auf die neuesten Zeiten bestandene Verfassungen nicht an sehr wesentlichen Gebrechen gelitten, so hätten sie einen großen Theil der geschehenen Handlungen gegen den Staatszweck oder gegen das bestehende Recht, von Seiten der obersten Staatsgewalt in mehreren Ländern, und einen großen Theil der dadurch veranlaßten, so wie diejenigen revolutionären Bewegungen verhindern müssen, welche da Statt fanden, wo keine Eingriffe in das Recht, oder nur geringe Verletzungen gegen dasselbe vorgekommen sind. So möchte Carl X. wohl noch auf seinem Throne

sitzen, wäre das im 14ten Artikel der octroyirten Charte befindliche Gebrechen derselben nicht gewesen. Und wenn nun offenbar der Grund der meisten Volksbewegungen, die wir erlebt, wie anderwärts, so in unserem Vaterlande, in Gebrechen der Verfassungen (des Deutschen Bundes und der einzelnen Länder) zu suchen ist, und dieselben demnach nicht etwa nur an einigen theoretischen Unvollkommenheiten, die zur Noth ertragen, oder auch noch in Zweifel gezogen werden könnten, sondern an Grund- und Hauptmängeln leiden — so bedürfen wir wesentlicher Verfassungs-Reformen. Und da dem so ist, so könnte jene Ansicht insbesondere bei uns, zu dieser Zeit, als practisch nachtheilig erscheinen, indem sie dem gewöhnlichen Trogen auf den Besitz, der übermüthigen Widerseßlichkeit solcher, bei dem unveränderten Fortbestehen der vorhandenen politischen Institutionen, Betheiligten gegen Verfassungs-Verbesserungen, Vorschub thut, die — weit davon entfernt, den edleren Ideen der Zeit und den Interessen der Menschheit zugewendet zu sein, wie der Verfasser des Entwurfs eines unblutigen Strafgesetzbuchs — ohnehin nur zu geneigt sind, den allerdings vielfach thatsächlich bestehenden Zustand als rechtlich in Theorie und Praxis aufzunehmen, nach welchem, vermöge unvollkommener oder verdorbener Repräsentation, Fürsten und Stände wirklich Herren der Schicksale der Völker sind, und nicht als Vertreter, sondern als Herren derselben zu verfahren, d. h. sich von ihrem Willen und Interesse, nicht von dem der Völker leiten zu lassen. Wir haben aber erfahren, zu welchen Folgen solcher Frevel führt, und die Ohnmacht solcher Herrschaft erkannt! —

Wir wollen jetzt zusehen, wie wohl oder übel die in Frage stehende Ansicht sich theoretisch rechtfertigen läßt.

Hr. v. Str. sagt: Auch die strengste Theorie führt zu einem gleichen Resultate (daß kein Recht sei, Verfassungs-Reformen durch Gewalt herbeizuführen). Wie oben gezeigt worden, ist anzunehmen, daß der Staatsverband und seine

bestehende Verfassung das Ergebnis eines ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrages sei, welcher auf ewige Zeiten¹⁹⁾ seiner Natur nach geschlossen worden.« (S. 52.)

Qui bene distinguit, bene docet! Wo ist denn gezeigt, was da gezeigt sein soll? In der ganzen Schrift findet sich nichts, was auch nur von fern die Stelle eines Beweises für diesen Satz vertreten könnte. Hat der Verfasser bewiesen, daß die Gesellschaft, daß die Einsetzung einer obersten Staatsgewalt auf einem Vertrage ruhe, so ist damit noch nicht einmal gesagt, daß es sich mit der Verfassung ebenso verhalte. Besteht man auch zu, daß die Gesellschaft als auf einem Vertrage beruhend, gedacht werden müsse, weil man sich sonst kein rechtliches Vereinigen und Bestehen derselben denken könne; so fällt der Grund des Müßens, was die Verfassung betrifft, schon gänzlich hinweg. Aber die Annahme, daß sie auf Vertrag ruhe, erscheint auch als unnatürlich, und kaum möchte sie statthaben können, — wenigstens nicht ohne mehrfache nähere Bestimmungen.

Die Gesellschaft, welche die Verfassung durch Vertrag gründet, kann nicht als über Irrthum erhaben gedacht werden, kann — auch vorausgesetzt, daß ihr Wille ganz ungehemmt ist, — nicht bloß eine theoretisch fehlerhafte, sondern eine praktisch schädliche Verfassung belieben, dergleichen ja mehreren Verfassungen der neuern Zeit nachgesagt wurde. Aber wäre das auch nicht; so ist doch gewiß, sie kann nicht bewirken, daß der gesellschaftliche Zustand immer derselbe bleibe, ja, er kann nicht derselbe bleiben, und ist es bei keinem Volke geblieben, selbst bei den Chinesen nicht. Sie kann weder eine absolut vollkommene, d. h. auf alle Zu-

¹⁹⁾ Hier ist von vorn herein zu bemerken, daß diese Formel, wie wenn sie bei milden Stiftungen gebraucht wird, nichts Anderes bedeuten kann, als: So lange das vertrags- oder stiftungsmäßig entstandene Institut u. s. w. nützlich befunden wird, oder: So lange der dabei beabsichtigte Zweck erreicht werden kann.

stände passende, sondern auch nicht einmal eine solche Verfassung gründen, die allen ihren künftigen Zuständen angemessen wäre, schon weil sie diese letztern nicht vorausszusehen vermag. Sie kann also überhaupt eine gute Verfassung nur für die Dauer des Zustandes gründen, der im Zeitpunkt der Gründung derselben stattfand, weil der Werth jeder Verfassung eben von ihrer Angemessenheit zum gesellschaftlichen Zustande schlechthin abhängig ist.

Nun ist es unheilfam für die Gesellschaft, kann sie sogar in die Gefahr des Untergangs bringen, wenn ihre Verfassung ungeändert fortbesteht, indem dieselbe für ihren Zustand und ihre Verhältnisse nicht mehr paßt. Die rechtliche Abänderung derselben wird aber jedenfalls sehr erschwert, ja sie kann dadurch geradezu unmöglich gemacht werden, daß die Verfassung auf einen Vertrag begründet wird, der, indem er die letztere rechtlich nicht fester stellt, als sie durch jede andere rechtliche Entstehung wird, ein fruchtbarer Erzeuger von Unzufriedenheit, Gährung und Gewalt werden muß.

Ein solcher Vertrag der Gründer einer Verfassung verlegt demnach das Gesamt-Interesse der Gesellschaft in der Zukunft, sogar so, daß er indirect den Untergang der Gesellschaft herbeiführen kann. Die wirkliche Schließung und die Annahme eines solchen, sind also gleich verderblich für die letztere, gleich widernatürlich. Und wie möchte man das Recht zur Schließung eines für alle Zeiten verbindlichen Vertrags dieser Art erweisen können, — ein Recht der Vorwelt zu einem Act, wodurch sie der ganzen Nachwelt in alle Ewigkeit, gegen deren bessere Einsicht, Erfahrung, gerechte Wünsche, gegen ihren allgemeinen Willen, widervernünftige und verderbliche Einrichtungen als Gesetze aufbürden, ihrer Einsicht vorgreifen, am Glück sie hindern dürfte? — ein Recht zu eventueller Begründung ihres eigenen Verderbens in der Folge der Zeiten?

Wie läßt sich das weiter vereinigen mit den von Hrn. v. Str. selbst ausgesprochenen Grundsätzen, daß der Zweck

des Staats dauerndes Glück der Bürger, daß *salus publica*, was in der Praxis nützlich, das höchste Gesetz sei? Die Verfassung so wenig, als die oberste Staatsgewalt, ist an sich selbst Zweck, sondern nur Mittel, den Zweck des Staats zu erreichen. Wie könnte einem Vertrage über ein anzuordnendes Mittel zum Zweck länger rechtliche Gültigkeit beizubringen, als dasselbe dem Zwecke angemessen ist, und sogar für den Fall, daß es die Erreichung des letztern unmöglich macht?

Es gehört hierher, wenn ein Schriftsteller sagt: „Die Behauptung, die Art des Ursprungs eines Staats, und die früheste oder frühere Bestimmung der Gewalten, ihrer Rechte und Pflichten, beschränke ihn in der spätern Anordnung derselben, ist eben so vernünftig und wahr, als es die Meinung wäre, daß die ersten Versuche der Kriegswissenschaft und Wasserbaukunst die Vorschriften derselben auch später bestimmen müßten. Diese Wissenschaften und Künste haben, wie alle Kunst und Wissenschaft, ihre Geschichte, aber nicht, wie die Rechts- und Staatswissenschaft sie, nach der Meinung einer starken Parthei, haben soll, um die Nothwendigkeit eines unverrückten Stillstehens derselben darzuthun, sondern um ihre allmähliche Entwicklung und ihr Fortschreiten nachzuweisen und zu erklären. Eines folgt aus dem Andern, das Nächste aus dem Nahen, das Ferne aus dem Fernern, und nichts steht vereinzelt und abgerissen in der Natur, sondern hängt, wie in einer Kette, Ring an Ring, und das Kind muß so gewiß seine Eltern haben, wie jede Wirkung ihre Ursache; aber diese sind nicht jene.“

Endlich kann man sich die bürgerliche Gesellschaft nicht anders denken, denn als eine moralische Person. Sonst wäre sie immer nur ein durch einen Herrn zusammengehaltener Haufen von Sklaven. Eine moralische Person ist aber ohne eigenen Willen nicht denkbar, und wiederum ist ein Wille, der sich nicht äußern darf, oder dessen Äußerungen unkräftig sind, ein Unding. Ruht nun die Verfassung auf Vertrag, so kann, je nach fehlerhafter Beschaffenheit

derselben, wie wir gesehen haben, der Wille der Gesellschaft — der Gesamtwille — nicht bloß gelähmt, sondern durchaus unkräftig in seinen Äußerungen gemacht werden. Wie könnte nun rechtliche Gültigkeit für einen Vertrag angesprochen werden, der die Gesellschaft willenlos, d. h. zu einem Sklavenhaufen machte? Und wie ließe sich die Annahme, daß die Verfassung auf einem Vertrage ruhe, rechtfertigen, wenn ein solcher Vertrag jene Wirkung auch nur haben kann?

Zuletzt ist noch zu bemerken, daß kein zum Nachtheil natürlicher, unveräußerlicher Rechte (z. B. des Gewissensrechts) geschlossener Vertrag rechtliche Gültigkeit haben kann. Doch aber bestehen und bestanden Verfassungen, gemäß denen dergleichen Rechte lädirt wurden. Bei der Annahme, daß die Verfassung das Ergebnis eines Vertrags sei, entstehen, wo das der Fall ist, neue, unter Umständen fast unauflösbare Schwierigkeiten, die sich aber von selbst auflösen, wenn die Verfassung als das Ergebnis eines Gesetzes gilt.

Möchte man indeß die Richtigkeit jener erstern Annahme auch zugestehen, so folgt dennoch aus den eigenen Principien des Hrn. v. Str. ebensowohl das Recht der Staatsbürger, Verbesserung einer fehlerhaften Verfassung mit Gewalt herbeizuführen, als das zugestandene, einer tyrannischen Regierung den Gehorsam zu verweigern. Denn kann durch das Fortbestehen einer schlechten Verfassung der äußerste Nothfall so gut herbeigeführt werden, als dadurch, daß die oberste Staatsgewalt in die Verfassung eingreift; und ist in diesem Falle Gehorsamsverweigerung rechtmäßig, weil *salus publica* das höchste Gesetz, oder gerechtfertigt durch das eintretende Recht der Nothwehr; so muß sie auch im erstern Falle rechtmäßig sein, da nicht abzusehen ist, weshalb diese Grundsätze dann keine Anwendung leiden sollten. Beide — aus welchen nebenher Hr. v. Str. das Recht der Selbsthülfe herleitet, indem er es zunächst auf Vertragsbruch basirt — finden Anwen-

dung, gleichviel ob ein Vertrag vorhanden und gebrochen ist oder nicht, indem sie hierauf keine nothwendige Beziehung haben.

Ferner! — Hrn. v. Str.'s. Deduction ruht auf dem Schlusse: Die oberste Staatsgewalt ist verpflichtet, dem Staatszweck gemäß ihr Amt zu verwalten; erfüllt sie ihre Pflicht nicht, so hört auch die Verbindlichkeit der Staatsbürger zum Gehorsam auf. — Darauf aber kann nichts ankommen, ob die oberste Staatsgewalt begehungs- oder unterlassungsweise gegen den Vertrag fehlt. Hiernach fragt sich nur noch, erfordert der Staatszweck Verbesserung der Verfassung, wenn sie schlecht — nicht etwa bloß theoretisch unvollkommen, sondern practisch verderblich, der Erfahrung nach, fehlerhaft ist? Und wenn dieß nicht geläugnet werden kann: handelt die oberste Staatsgewalt bloß dann vertragswidrig, wenn sie (direct) gegen den Staatszweck, in die Verfassung und das Recht eingreifend, handelt, und nicht auch, wenn sie versäumt, demselben gemäß zu handeln, indem sie eine schlechte Verfassung unverbessert läßt? Und in wiefern soll oder darf sie Verfassung und Gesetzgebung abändern? —

Zweck des Staats soll sein: die Herrschaft des Rechts. Unmöglich können wir aber hierbei allein an das, aus den positiven — organischen und statutarischen — Gesetzen herfließende öffentliche und Privatrecht denken. Denn wie, (ich muß hier ein oben schon Angeedeutetes wieder aufnehmen) wenn das Recht — Unrecht ist? In der That, wir brauchen Utopien — denn was will man selbst von Utopien mehr als Gerechtigkeit? — nicht weit zu suchen, wenn die Herrschaft des Rechts da überall wäre, wo positive Gesetze sind und gehandhabt werden.

Alein es liegt leider eine, wenn auch stark ausgedrückte Wahrheit in jenem, sich übrigens besonders auf den öffentlichen Rechtszustand beziehenden ¹⁹⁾, Aussprüche des

¹⁹⁾ Denn Seume sagt bald darauf, Stoff gebend, mancherlei zu er-

Spaziergängers nach Syrakus: »Wenn du Gerechtigkeit in Gesetzen suchst, irrest du sehr; die Gesetze sollen erst aus der Gerechtigkeit hervorgehn, sind aber oft der Gegensatz derselben. Du kannst hier, wie in manchem unserer Institute, schließen: je mehr Gesetze, desto weniger Gerechtigkeit.« — Das ist auch sehr natürlich. Denn, fährt jener fort, dazu, daß es mit der öffentlichen Gerechtigkeit sich bessert, ist »die Erziehung des Menschengeschlechts noch zu wenig gemacht, und diejenigen, die sie machen sollen, haben zu viel Interesse, sie nicht, oder sie verkehrt zu machen.« — Es ist mit mancher Generation — und jede hat Gesetze erzeugt — im Ganzen denn doch ungefähr so gewesen, daß sie, wie Schöler in einer Stunde des Unmuths einmal von der sagte, der er oft genug vergebens ihren Unsinn und ihre Erbärmlichkeit nachgewiesen, und Vernunft und Gerechtigkeit gepredigt hatte; — daß sie, sage ich, »en gros aus Tyrannen und Räubern, und Feigen und Dummköpfen« bestand.

Wer zählt die Menge empörend ungerechter und verderblicher Gesetze, die irgend wann oder wo, oft Jahrhunderte lang gegolten haben? Es fehlt viel, daß Beispielsammlungen, wie wir eine solche z. B. in Filangieri's System der Gesetzgebung finden, vollständig wären. Die meisten Rechtsgelehrten werden es selbst nicht läugnen, daß »in der Jurisprudenz gar viel Jurisimprudenz« sei, wie ein geistvoller Schriftsteller ²⁰⁾ etwas kurz und frei den Cicero de Legib. übersehte, Lib. I, Cap. 15. und Lib. II, Cap. 4.

Man ist freilich bald fertig, wenn man, wie der Egoismus mancher Privilegirten, die Beschränktheit verküchterter Gesetz nicht Rechts-Gelehrter, die Brutalität mancher Her-

wägen im Herzen: »Mit unserer bürgerlichen Gerechtigkeit geht es noch so ziemlich, denn die Gewalthaber begreifen wohl, daß ohne diese durchaus nichts bestehen kann« u. s. w. Spazierg. n. Syr. S. 46.

²⁰⁾ Jean Paul.

ren von der Gewalt, und die Beflissenheit ihrer Wohlbienner, das Recht, sammt seinem Grund und Wesen, nur in den positiven Gesetzen, statt in der Vernunft und sittlichen Natur des Menschen sucht, und darüber hinaus nichts als Chimäre erblickt. Allein diese crude, in der Theorie einseitige²¹⁾ und abgeschmackte, in der Praxis consequent durchgeführte, verabscheuungswürdige Materialität ist hier von selbst beseitigt, da es sich um ein Capitel aus dem natürlichen Staatsrecht handelt. Wir müssen also davon ausgehen, daß das Recht den positiven Gesetzen vorhergehe, und in dem bestehe, „was der Mensch nach sittlichen Zwecken überhaupt in der Außenwelt, und gegenüber von andern thun darf“ (Weber), und daß es, in und mit dem menschlichen Dasein selbst vorhanden, durch die Gesetze, die der Prätor schafft, so wenig aufgehoben als abgeändert werden könne. Nun muß der Mensch den gesellschaftlichen Zustand wollen, weil in demselben allein, schon weil außer ihm kein Rechtsschutz gedenkbar, die Möglichkeit vorhanden ist, sittliche Zwecke — was er, seiner Natur gemäß darf und soll — in der Coexistenz mit Andern zu verfolgen.

Die Gesellschaft kann aber ohne positive Gesetze nicht bestehen. Das Vernunftgesetz schließt alle organische Gesetze aus. Die Verschiedenheit, mit welcher die einzelnen, unter gemeinschaftlichem Gesetz leben wollenden Individuen, so wie die mit Handhabung desselben Beauftragten das Vernunftgesetz, je nach unvollkommenen Einsichten, Leidenschaften, Interessen u. s. w. unausbleiblich auslegen wür-

²¹⁾ Les êtres particuliers intelligens peuvent avoir des lois qu'ils ont faites: mais ils en ont aussi qu'ils n'ont pas faites. Avant qu'il y eût des êtres intelligens, ils étaient possibles; ils avaient donc des rapports possibles, et par conséquent des lois possibles. Avant qu'il y eût des lois faites, il y avait des rapports de justice possibles. Dire qu'il n'y a rien de juste ni d'injuste, que ce qu'ordonnent ou défendent les lois positives; c'est dire qu'avant qu'on eût tracé de cercle, tous les rayons n'étaient pas égaux. Montesq. Espr. d. L. Tom. 1. Liv. 1. Ch. 1.

den; diese Verschiedenheit — also die nothwendige Rechtssicherheit — macht unumgänglich, daß die Gesellschaft durch Uebereinkommen, oder durch ein mit der nöthigen Bevollmächtigung versehenes Organ ihres Willens erkläre: was sie für Recht erkennt, was als Recht gelten, und nöthigenfalls durch Zwang geschützt werden soll: so daß die positiven Gesetze nicht mehr noch weniger als der Ausdruck jenes Willens sind, und daß das aus denselben herfließende positive Recht, nur wenn es dem Rechten, dem Vernunftrecht, angemessen, materiales, außerdem aber bloß formales Recht ist. Dieses aber kann sein, und ist oft genug nur ein mehr oder weniger roher und fehlerhafter, dem Urbild nachgezeichneter Umriss, oder auch ein wahres Zerr- und Spottbild desselben, mit welchem dann, hier die Willkürherrschaft, dort eine verkehrte und verderbliche Rechtsverwaltung, um so grausamer schaltet.

Die Gesellschaft muß nothwendig wollen, daß das wahre Recht gelte, denn sie ist eine Gemeinschaft von vernünftigen Wesen, und offenbar unvernünftig würde es sein, dieß nicht zu wollen. Es ist ja Zweck der Vereinigung in den Staatsverband, Schutz gegen Gewalt für das Recht — also für kein Recht, was erst nachher willkürlich gemacht werden soll, sondern schon da war, das natürliche — zu finden, und das Verfolgen der sittlichen Zwecke, wozu den Menschen seine Natur beruft, möglich zu machen. Dieß aber wird dadurch, daß ein mehr oder weniger dem Vernunftgesetz widersprechendes Recht in der Gesellschaft gilt, mehr oder weniger unmöglich. Und so ist es fortwährend mit der Gesellschaft, daß sie die Herrschaft des Vernunftrechts wollen muß. Denn die sittliche Nothwendigkeit, in einen Staatsverband einzutreten, und dem positiven Gesetz sich zu unterwerfen, und späterhin, in jenem und in Unterwerfung unter das letztere zu verbleiben, würde nicht vorhanden sein, wenn das positive Gesetz nicht als dem der Vernunft untergeordnet erschiene.

Hat sich daher Unrecht eingeschlichen, oder ist Rech-

tes in Unrechtes verkehrt, oder erscheint das geltende Recht, in Folge besserer Einsicht, der Gesellschaft nicht mehr als das Rechte, so muß sie Herstellung der Herrschaft des wahren Rechts wollen, und darf dieselbe von Rechtswegen fordern. Und zwar zunächst von der obersten Staats-Gewalt. Denn es hat dieselbe den hohen Beruf und die heilige Pflicht, fortwährend Sorge zu tragen, daß das geltende Recht in Achtung bleibe, und weiter, nicht in Unrecht übergehe; ist es darein übergegangen, daß das Unrecht entfernt werde, und wenn auch keines von beidem der Fall ist, daß das geltende Recht dem Rechten, besserer Erkenntniß desselben und den vorkommenden Veränderungen in dem Zustande und den Verhältnissen der Gesellschaft gemäß, in ruhiger Fortbildung immer näher komme. In solcher Weise hat sie den Beruf, Schützerin des Rechts zu sein, — das Recht zu stärken und das Unrecht zu kränken! wie weiland unsere Kaiser schwören mußten. Denn in ihre Hände sind die Mittel dazu gelegt, (die gesetzgebende Gewalt u. s. w.), so oder anders beschränkt und der Weise der Ausübung nach geregelt; und zwar ihr eben deshalb und unter der Bedingung übertragen, daß sie dieselben dem Staatszwecke nicht bloß nicht zuwider, sondern zur Erreichung desselben gebrauche, übertragen von der Gesellschaft, der sie ursprünglich gehören, und von der sie nur herfließen können²²⁾, damit nicht jeder Einzelne sofort den Gehorsam aufkündige, und damit das Volk nicht zur Selbsthilfe greife, wenn das, was als Recht gilt, als Unrecht erkannt wird.

²²⁾ Oder auch, wer lieber will, ex Deo. Doch ist das in dieser Beziehung gleichgültig. Von Gott kann die oberste Staatsgewalt ebenfalls, und noch mehr, nur Macht zum Guten haben, und keine willkürliche. Sie muß daher um so gewissenhafter gebraucht werden. Geschieht das nicht, so müssen die Unterthanen, nach der herkömmlichen Auslegung, bulden und schweigen. Allein Gott verurtheilt dann die ungöttliche Tyrannei und läßt die Execution durch das Volk vollstrecken, wie z. B. bei der gottentsehrungnen Majestät der Stuarts und Bourbons.

Sonach versäumt die oberste Staatsgewalt ihre Pflicht, und handelt negativ gegen den Staatszweck — und es tritt das Recht der Gehorsams-Verweigerung ein — wenn sie nicht in angegebener Weise, die organischen und statutarischen Gesetze und in Folge davon, die auf denselben ruhenden Institutionen nöthigenfalls verbessernd, für Herrschaft des Rechts Sorge trägt. Das geht gar nicht an, die oberste Staatsgewalt nur als Schützerin des einmal geltenden Rechts, und als Erhalterin des bestehenden Zustandes zu betrachten, oder die Formel: Herrschaft des Rechts! wenn der Staatszweck damit bezeichnet werden soll, in einem andern Sinne als dem eben entwickelten zu nehmen, in welchem Falle allein die Verbindlichkeit der obersten Staatsgewalt zu den nöthigen Verfassungsreformen nicht Statt haben möchte. Denn die Gesellschaft kann gar nicht wollen, daß das einmal für Recht Erklärte immerfort als Recht gelte, und daß der ursprüngliche Verfassungs-Zustand immerfort bestehe. Sodann aber würde auch der obersten Staatsgewalt, weil der letztere nicht immerfort bestehen kann, eine unerfüllbare Verbindlichkeit auferlegt werden.

Das kann und darf allerdings im Allgemeinen von der obersten Staatsgewalt nicht gefordert werden, daß sie in Berechtigungen und Institutionen, die bloß ihrem Schutz anvertraut sind, gewaltsam eingreife, um nothwendige Verbesserungen der Verfassung zu bewirken, oder daß sie, wenn ihre Wirksamkeit in dieser Beziehung an Einwilligung der Stände z. B. gebunden ist, ohne dieselben jene Verbesserungen durchsetze; denn dies wäre Unrecht. Sie ist daher unschuldig, wenn unverändertes Fortbestehen der Verfassung, welche sie nicht verbessern durfte, zu Erzwingung der nöthigen Reformen durch die Staatsbürger führt. Aber deshalb kann das Recht hierzu, im äußersten Nothfall, nicht hinwegfallen; denn die Basis desselben bleibt das Nichterreichtwerden des Staatszwecks, und das Nichterfülltwerden der Pflicht, zu Erreichung desselben die

dazu übertragenen Befugnisse und Gewalt zu gebrauchen. Gleichgültig ist es in dieser Beziehung, daß diese Verbindlichkeit an mehrere Stellen vertheilt ist, und an welcher Stelle sie unerfüllt geblieben.

Hier kommt dann die Frage in Betracht, wie der Conflict zu lösen sei, welcher der obersten Staatsgewalt entsteht, wenn sie auf der einen Seite bestehendes Recht schützen, und, indem dasselbe in gemeinschädliches Unrecht übergegangen, beseitigen soll? — oder: ob und in wiefern es ihr erlaubt sei, in bestehendes Recht und Verfassung aus dem Grundsatz *salus publica suprema lex!* einzugreifen, wenn das Wohl des Staats Aenderung derselben, wozu die Einwilligung der Berechtigten oder der Stände, die offenbar nicht das Organ des Gemeinwillens sind ²⁵⁾, nicht zu erlangen war, unumgänglich erfordert?

Ludwig XVI. und Joseph II. waren beide in der Lage, die so entstehende Aufgabe lösen zu sollen oder zu wollen, und hatten beide aus verschiedenen Gründen schlechtes Glück. Aus jenem Grundsatz nimmt die Tyrannei gewöhnlich ihre Vorwände her, und ist derselbe in alten und neuen Zeiten schändlich gemißbraucht. Indes möchte die Frage, ob dergleichen Revolutionen von oben herunter, oder die Revolutionen von unten hinauf, für Freiheit, Recht und Menschenwohl mehr zu fürchten sind? leicht verschiedener Entscheidung unterliegen. Nur so viel ist gewiß, daß die Menschen, wenn sie klüger und besser sein wollten, die Entscheidung sehr leicht sammt der Frage überflüssig machen könnten, — durch weise Verfassungen und ruhiges Fortbilden derselben, wodurch die Nothwendigkeit, oder der Vorwand der nothwendigen Anwendung beider Heilmittel eines krankhaften Zustandes hinwegfallen würde.

Es ist übrigens die schwerste Aufgabe der obersten Staatsgewalt — um so schwerer, je unvollkommener die

Verfassung — und die, auch bei gutmeinenden Regenten, der Versuchung zum Mißbrauch am meisten ausgesetzt, im angegebenen Sinn Schützerin des Rechts zu sein; — aber auch die schönste. Wird dieselbe wohl von ihr gelöst, dann wird sie mit Freuden als Gottes Stellvertreterin auf Erden von den Freunden der Freiheit und des Rechts anerkannt werden, und mit solcher Liebe und Hingebung sind alle Guten ihr zugewendet, daß sie, wie Sparta keiner Mauern — keines Preß- und andern Zwangs — bedarf. Und das ist wohl ein gutes Theil mehr werth, als wenn Höflinge und Hofpublicisten oder bezahlte Zeitungsschreiber die Lehre vom göttlichen Ursprunge der Fürstengewalt verkünden, oder das monarchische Princip dahin fluchwürdigerweise verdrehen, daß jegliche Schranke der Willkühr die Majestät verlege, und daß es ein Deckmantel jeder Ungebühr wird.

Zu dem Resultat, daß Versäumniß der nothwendigen Verfassungsreformen, eben sowohl als ein positives Handeln der obersten Staatsgewalt gegen den Staatszweck, nach den von Hrn. v. Str. aufgestellten Principien, die Staatsbürger zur Gehorsams-Verweigerung berechtere — zu diesem Resultat wird man immer gelangen, wenn man auch den Staatszweck allein in Herrschaft des Rechts (die jedoch nur der nächste Zweck des Staats ist) setzt; sofern man nur den Begriff des Rechts nicht, einseitig, bloß empirisch aufsaßt, und überhaupt nicht den Staat — theoretisch falsch und aller Geschichte und Erfahrung zuwider — als eine todte Maschinerie, sondern als ein Organisch-Lebendiges betrachtet. Man wird um so gewisser zu jenem Resultat gelangen, wenn man, wie jetzt die meisten Staatslehrer thun, den Zweck des Staats nicht bloß, was gleichfalls einseitig ist, in Rechtsschutz — denn ein Rechtszustand ist erst ein Theil des ganzen Zweckes der Menschheit — sondern in vollständige Erreichung des letztern setzt, der das ganze geistige und physische Wohl der Staatsbürger umfaßt. Denn es ist dann ganz offenbar, daß die oberste Staats-

²⁵⁾ Denn sonst wäre der Fall undenkbar.

gewalt dem Zweck des Staats, und also ihrer Pflicht, entgegenhandelt, wenn sie es versäumt, eine dem Wohl der Gesellschaft hinderliche Verfassung zu verbessern. Hr. v. Str. bezeichnet ja selbst den Zweck des Staats auch durch: dauerhaftes Glück der Bürger! Es wird aber Niemand abläugnen, wenn, wie es oft der Fall gewesen, und hier und da noch der Fall ist, der Verfassung nach, Einigen fast alle Vortheile, und Andern fast allein die Lasten des gesellschaftlichen Lebens zugetheilt sind, und wenn die oberste Staatsgewalt solcher Verfassung gemäß regiert, — daß dann zwar dauerhaftes Glück Einiger befördert, aber auch, mit Ausnahme Weniger, dauerhaftes Unglück der Gesamtheit, von der hier nur die Rede sein kann, bewirkt, und folglich der Zweck des Staats gerade umgekehrt wird.

Genug hierüber! Bleibe von jetzt an die Frage: was Rechts sei, wenn die oberste Staatsgewalt tyrannisch in das Recht eingreift, oder wenn die nöthigen Verfassungsreformen versäumt werden? zur Seite liegen, und bloß die Thatsache vor Augen, daß beides zu Revolutionen führt.

Jeder ist überzeugt, daß eine Revolution »der Tod alles Rechts«, die Entfesselung und Anreizung der wildesten Leidenschaften, die Aufregung der ganzen Masse von Schlechtigkeit und roher, durch Vernunft nicht gebändigter Kräfte, die überall in der Gesellschaft sich befinden, ein Zustand voller Gräuel, ein sehr prekäres Rettungsmittel, — daß eine Revolution, von allen Uebeln, welche die Gesellschaft treffen können, das größte sei. Menschen- und Bürgerpflicht, die Stimme der Liebe und die der Klugheit, Humanität und Patriotismus, Hoffnung und Furcht, — Alles vereinigt sich hier in der Forderung, daß, zunächst von den Regenten und Vertretern der Völker, jedes Mittel aufgeboten, jede Kraft in Bewegung gesetzt, jedes Opfer gebracht werde, um Alles zu thun, was geschehen kann, die Schrecken der Revolution, und die langen Leiden, welche einer jeden vorhergehen, zu verhüten, deren höchstes Maas die Revolution erst herbeiführt, die nur zu selten in

Anschlag gebracht, nur zu wenig beherzigt werden, die oft bei weitem schlimmer sind, als das Böse, welches aus der endlichen Revolution entsteht.

Keine geheime Polizei, kein Presszwang, keine Suspension der persönlichen Freiheit, keine Sperre gegen das Ausland, keine Maaßregel des Schreckens ist nöthig, um die Ruhe des Staats, den Frieden der Bürger und das Ansehen der Autoritäten zu erhalten. Nicht Gewalt und Willkür: »Freiheit und Recht, und nur Recht und Freiheit machen Revolutionen unmöglich«²⁴⁾. So lange sind die Völker verdammt, von Zeit zu Zeit zu dem furchtbaren, die, welche es gebrauchen, oft selbst verderbenden Rettungsmittel der Revolutionen zu greifen, als in ihnen nicht genug der in ihren Schicksalen allein seligmachenden Vernunft und Gerechtigkeit vorhanden, oder als die Macht ihrer Feinde zu groß, oder ihr Verhängniß zu böse ist, um solche Verfassungen zu erwirken, zu bewahren und, als Mittel zum Zweck, weise zu benutzen²⁵⁾, welche die Macht der obersten Staatsgewalt zum Bösesthum möglichst beschränken, das Spiel des Zufalls, welches bald von guten, bald von schlechten Regenten das Volksglück abhängig macht, ausschließen, und das ruhige Fortschreiten zur vervollkommnung, oder das nöthig gewordene rechtzeitige Abändern begünstigen.

Das aber, daß bei Versäumniß der da, wo ein Mißverhältniß zwischen den Institutionen und dem Zustande der Völker eingetreten, nothwendigen Reformen, meisthin ungezählte Leiden der zu fürchtenden Revolution vorangehen: das sollen die bedenken, die, so lange nur nicht Hannibal ante portas ist, sich der Trägheit und Sorglosigkeit überlassen, kein Opfer bringen mögen, und, schon im Gedränge, genug ge-

²⁴⁾ Rotteck, Allg. Gesch. Th. 9. S. 698.

²⁵⁾ Denn sonst ist freilich mit Constitutionen so wenig, als überall mit bloßen Formen geholfen.

than zu haben meinen, wenn sie nur gegen das Alleräußerste vorgehen durch »Concessionen«, oder gar nur durch trohige Vereitung der Waffengewalt, zum Schutz des Bösen und zur Erdrückung der krampfhaften Regungen der Verzweiflung; oder die die Furcht und den Abscheu vor den Gräueln der Revolution nur benutzen, das Verlangen der Völker und deren Freunde nach Reformen zu vereiteln, und ihr — der schlimmsten Feinde des Menschengeschlechts! — schändliches Bemühen, die Leiden der Völker zu verlängern, mit einem scheinbaren Vorwande zu bemänteln.

Wenn eine Revolution, oder die Besorgniß einer solchen eintritt, weil der Regent in Recht und Gerechtigkeit eingriff, so handelt es sich zunächst darum, daß derselbe in die Schranken seiner Pflicht zurückgewiesen, oder entfernt werde. Allein in der Regel thun sich in solchen Fällen Mängel der Verfassung kund, welche nicht Mittel genug darbietet, das Ausschreiten der obersten Staatsgewalt aus den Schranken ihrer Befugnisse zu verhüten, oder wenigstens zu erschweren, und Schutz gegen Willkühr zu finden. So ist es in dem uns zunächst liegenden Falle, und ganz natürlich ist Hr. v. Str., über das Recht redend zu dem, was geschehen, auf Bedürfniß, Wunsch und Vorschlag von Reformen geleitet, welche zu bewirken geeignet wären, daß die Veranlassung zu dergleichen Ereignissen nicht wiederkehre.

Daß nach der Verfassung unsers und manches andern Deutschen Landes, wie nach der des Deutschen Staatenbundes, die Rechte der Staatsbürger weder genügend festgestellt, noch gesichert, daß Abweichungen der obersten Staatsgewalt von ihren Pflichten nur zu leicht möglich sind, zum Theil, weil keine Stelle vorhanden, wo in vielen Fällen die Unterthanen nur klagen, in andern genügenden und prompten Rechtsbeistand finden, oder in jedem schlimmen Fall Abhülfe auf dem Wege hoher Vermittelung erwarten könnten²⁶⁾: — daß

²⁶⁾ Dies möchte Manchem, nach den neuesten Vorgängen, fast para-

also durchgreifende Reformen in der Verfassung unsers Landes, so wie in der des Deutschen Staatenbundes drin-

der scheinen, und Hr. v. Str. sagt: » — Wie ließe es sich denken, daß Könige, sie, die auf den Höhen der Menschheit stehen, für Ehre weniger empfänglich sein sollten (als selbst der ehrliebende Bürger, der in seinem Kreise den Verleger heiliger Pflichten nicht duldet)? — Es scheint an Verbrechen zu grenzen, einen solchen Gedanken auch nur in sich aufkommen zu lassen.« (S. 37.) Allein das scheint doch nun, so gut die Absicht dabei sein mag, stark an das Hyperbolische zu grenzen, und enthält einen, für die Fürsten (wie Alles was denselben schmeichelt) und für die Völker unheilvollen Irrthum, der nicht augenscheinlicher sein könnte. Sind denn Könige nicht oft selbst — Tyrannen? Oder wer ist es sonst? Oder ist es weniger unwürdig und ungeheures Unrecht, Tyrannie zu üben, als einen Tyrannen in Schutz zu nehmen? Des vertriebenen Bätischer Bischofs, Franz Constantin, Wiedereinsetzung sprach ein Reichskammergerichts-Schluß aus, und — er wurde vollzogen, obgleich der Stand Preußen, dem mit andern die Execution übertragen war — hohe Ehre davon tragend! — nichts damit zu schaffen haben mochte, die Ungerechtigkeit gegen das Volk von Bättich erkennend. Da ist freilich nicht von Vermittelung die Rede; aber die Geschichte lehrt dafür auch, daß vermittelnde Mächte selten uneigennützig sind. Und wie, wenn mehrere und mächtige Regenten selbst Tyrannen, oder wenigstens der Freiheit abhold sind? Da möchte schwerlich Rücksicht auf Ehre u. dgl. genommen werden, wenn einmal irgend Einer derselben die gemeinschaftlichen Principien ein wenig übertriebe. Und ist denn die Geschichte der neuesten Zeit schon vergessen? Liegt es nicht nahe genug, an die lange laut proclamirte Legitimität des Türkischen Sultans, und den ihm, und Don Miguel, und Ferdinand von Spanien gegen seine, sammt ihrer Constitution gesetzlich anerkannten Cortes gewordenen Schutz und Beistand zu gedenken, nachdem letztere Spanien gerettet, und sämtliche unterjochte Fürsten in Europa befreit hatten? Fingen in Deutschland an mehr als einem Orte die Unbilben erst an, als denselben ein Ende gemacht wurde, nicht durch Hohe, sondern durch die allerhöchste Vermittelung und das Volk? — Wie viel Einfluß auf jetzt erfolgende Entscheidungen der Mächte die Zeitumstände haben, läßt sich gar nicht berechnen, vergleichen sind aber keineswegs auch nur alle Jahrzehende zu erwarten. Es ist nicht ohne Wichtigkeit, dieß wohl zu erwägen, damit man nicht der Nothwendigkeit der Garantien vergeße, und in einem falschen Vertrauen, das höchstens gutmüthige Einfalt ist, ein Phantom umfange, und vielleicht zu spät mit Schrecken aus dem Traum erwache, was in der Geschichte schon vorgekommen ist, und zwar eben in

gend nöthig sind, dieß bedarf keines weitern Beweises, es kann hinfort nicht mehr geläugnet werden.

Nun aber ist zu bedenken, daß die Gefahr der Revolution viel gewisser, wenn auch oft weniger nahe liegend, daß die der letztern vorangehenden Leiden des Volks viel größer zu sein pflegen, daß weise Vorkehrungen also noch nöthiger sind, wenn jene Gefahr und Leiden von einer mit dem Zustande der Gesellschaft im Mißverhältniß stehenden Verfassung, als wenn sie von einem tyrannischen Regiment herrühren. Denn es mag leicht sein, daß ein solches einige Klassen, nur einen geringen Theil der Gesellschaft bedrückt; — eine verdorbene Verfassung macht die Mehrheit des Volks elend. Bei einer tyrannischen Regierung giebt die Hoffnung des Wechsels derselben noch Trost; ungleich trostloser ist der Zustand, wenn eine schlechte Verfassung drückt. Eine tyrannische Regierung kann mindestens unschwerer als eine verdorbene Verfassung, — eine solche oft kaum beseitigt werden.

Endlich ist in einem Falle die Revolution: Erschütterung der Gesellschaft in ihren Grundfesten, ja Auflösung derselben; im andern: nur Krieg mit dem Regenten und seiner immer nur — denn sonst wäre die Revolution unmöglich — verhältnißmäßig schwachen Partei, Wechsel des Throns oder der Dynastie, wodurch die Gesellschaft freilich immer bewegt, doch in der Regel nicht so tief erschüttert wird.

Nichts Gefährlicheres für Fürsten und Völker läßt sich denken, als daß ein Mißverhältniß der angegebenen Art

der unsern. Die Politik steht nur gar zu oft über den persönlichen Gesinnungen der Fürsten, und hat sehr oft denselben geboten, sich mit dem »ungeheuren Unrecht« zu beladen, einen Tyrannen in Schutz zu nehmen; wobei es übrigens in der Sache gleichgültig ist, ob zum Schmerz der auf den Höhen der Menschheit Stehenden, oder nicht. Das versteht sich: kein ungerechtes Mißtrauen! Aber es bekommt eben Grund, wenn die Garantien verweigert werden.

vorhanden, und mehr oder weniger unerkannt oder unbeachtet ist. Den traurigen Beweis hat die neueste Zeit geliefert. Werfen wir daher, schon hingeleitet auf das Vorhandensein von Gebrechen in unsrer Verfassung, einen vergleichenden Blick auf die letztere und den Zustand unsers Volks. Nur habe man hier vorzüglich Nachsicht mit dem Schriftsteller, der unter bewandten Verhältnissen schreibt, und — wobei auch schon Mißgriffe vorkommen können — sich selbst censiren muß, bevor seine Schrift censirt wird; der dabei stehen bleiben muß, von dem ihm vorschwebenden Bilde einen rohen und allgemeinen Umriss zu entwerfen, welcher, mit den speciellen Zügen, des Colorits und des eigentlich Charakteristischen entbehrt, wodurch erst rechtes Interesse geweckt werden kann, und woran Jeder mit Bestimmtheit gleich erkennen mag, ob der Zeichner getroffen habe, oder nicht? Doch ist das wenigstens ein Trost für einen ehrlichen Mann, »der das Herz, wie es sich gebührt, auf der linken Seite trägt, auf der liberalen«²⁷⁾: es denkt doch Jeder was er will, denkt sich doch, zumal wenn er zu lesen versteht, »was zwischen die Linien geschrieben ist«²⁸⁾, das Nöthige hinzu, in der Gedankenfreiheit, die man Niemand nehmen kann, und großmüthig genug ist, Jedermann zu gestatten.

Daß unter dreißig Regierungen nicht alle zu jeder Zeit in derselben rechten oder edeln Richtung des Strebens begriffen sein können, nicht alle dieselbe Energie und dieselben Mittel des Fortschreitens besitzen; daß einzelne Gebrechen oder Mißgriffe unvermeidlich sind, was ein umsichtiges Urtheil zu berücksichtigen hat, versteht sich von selbst. Daß Preiswürdiges von mehreren Regierungen geschieht, daß bei uns Vieles gut, und besser ist, als bei andern, wegen ihrer politischen Institutionen glücklich geachteten Völkern, soll

²⁷⁾ H. Heine.

²⁸⁾ Correspond. de Grimm et Diderot etc.

mit dem zu Sagenden nicht geläugnet werden, was sich auch am meisten auf die kleineren Staaten bezieht. Das ist nur, daß durch die Stellung, worein die Regierungen gerathen sind, der weiseste und beste Wille derselben mehr oder weniger unkräftig, und ihr Streben für Volksglück erfolglos wird. Jene Stellung aber ist nicht eine absolut nothwendige, und durch die Macht der Verhältnisse nicht in der Art geboten, daß der Wille sie nicht abändern und verbessern könnte.

Man würde die Deutsche Nation sehr mit Unrecht eine kriegerische nennen, wenn man das damit meinte, daß sie den Krieg um seiner selbst willen liebt, oder eroberungsfüchtig wäre. Ihrer Lage und ihrem Charakter gemäß liebt sie den Frieden, und bedarf eines dauerhaften Friedenszustandes. Doch aber liebt sie den ersten nicht mehr, als die National-Freiheit und Ehre; — sie hat den Beweis in einer Schlachtenkette neuerdings geliefert, die von ihren östlichsten Grenzen bis auf die Höhen des Montmartre reicht! — auch ist sie keineswegs so geduldig und gutmüthig, um im Falle des Kriegs nicht zu verlangen, daß ihr nicht vor allen andern angesonnen werde, die Kosten mit ihrem Gut und Blut zu zahlen, und um es nicht unmüthig zu empfinden, wenn es so kommen sollte.

Allein eine elendere Bürgschaft für einen dauerhaften Friedenszustand kann wohl keine Nation haben, als eben die unsere. Im Mittelpunkt eines Staatensystems, zerstückelt unter dreißig und einige Herrschaften, von denen noch obenein fünf zu den Europäischen Mächten gehören, muß Deutschland in jeden Europäischen Krieg fast nothwendig verwickelt werden²⁹⁾. Die Nationalkraft aber vermag sich nimmer zu entwickeln, und ein kräftiger Nationalgeist muß nothwendig mangeln. Bei dem an sich, wie die Dinge

stehen, unheilbaren Schaden, sind auch nicht einmahl diejenigen nachhelfenden Vorkehrungen getroffen, zu denen sich wohl Rath finden ließe. Die aus der Zerstückelung hervorgehende Schwäche ladet zum Angriff ein, oder nimmt wenigstens alle einer großen Nation, als solcher, gebührende Achtung hinweg. Ja, es ist wohl gar — bei, aus so widernatürlichen Umständen entspringenden Verhältnissen — zu fürchten, daß abermals bei einem Kriege Deutsche Völkerschaften feindlich gegen einander stehen, wenn auch freilich nicht, so lange der Deutsche Bund besteht, und ohne zu glauben, daß die Bundesfürsten etwas Anderes wollten, als die Aufrechthaltung desselben.

Bei so bewandten Dingen muß es schwer genug sein, die Nationalfreiheit, die Integrität des Vaterlandes, und zwar ohne unverhältnißmäßige Anstrengungen, zu bewahren. Kaum kann es anders kommen, als wiederum so, wie es, mit wenigen Ausnahmen, schon seit Jahrhunderten gewesen, daß Deutschland der Schauplatz von Kriegen wird, welche vielleicht um Interessen geführt werden, die dem Deutschen Volke fremder sind, als allen übrigen Völkern in Europa; und daß es ohne Gewinn, höchstens ohne Befürzung — und wohl ohne viel Ehre — aus dem Kriege, nachdem es die schwerste Last desselben getragen, hervorgeht, durch die Waffenruhe zu einem langen Nachleiden verdammt ist, und nur der Ruhe der Erschöpfung genießt.

Ein Geschichtschreiber des Niederländischen Freiheitskrieges sagt: daß das Volk des Niederlandes, dessen Heimath nicht bloß von der Natur so sehr vernachlässigt sei, sondern das selbst um den Boden, auf dem es wohne, ewig mit den Wogen des Meeres zu kämpfen habe, gleichsam zur Entschädigung frei sein müsse. Indes fand das Niederland schon Ersatz im Handel und dem daraus hervorgehenden Reichthum. Das Deutsche, — dieses (wie Moser³⁰⁾ sich ausdrückt) große, und gleichwohl verachtete, in

²⁹⁾ Wie leicht Verwickelungen, und am Ende auch wohl Kriegen möglich sind, sehen wir z. B. aus den jetzigen Begebnissen in Luxemburg.

³⁰⁾ Vom Deutschen Nationalgeist.

der Möglichkeit glückliche, in der That aber sehr bedauernswürdige Volk, — das Deutsche Volk, in Ansehung jener seiner kläglichen Verhältnisse, die wohl noch schlimmer sind als ein ewiges Kämpfen mit den Wogen des Meers, wäre gewiß einer Entschädigung nicht minder bedürftig und werth. Aber auch — um an diesem Orte nur davon zu reden — des von der Natur reichgesegneten Landes, mit dem es Gott, wie mit Joseph, gut meinte, aber — die Verhältnisse waren böse! — des gesegneten Landes Industrie und Handel, mit wie endlosen und widernatürlichen Hindernissen und Beschwerden haben beide zu kämpfen!

Mitten im Frieden setzt Deutschland eine andere Art von Krieg durch Zollsperrn und Mauthlinien auf eigenem Territorio fort. Der Feind ist die Nation selbst, und der allein mögliche und wirkliche Gewinn besteht darin, daß die Kämpfer sich gegenseitig zu Grunde richten. Die Nation kann unmöglich zum Wohlstande gelangen. Der beste Wille der weisesten Regierungen wird unkräftig, indem er an der Macht dieser Verhältnisse scheitert. Es ist dahin gekommen, daß vielleicht der größte Theil des Volks nicht sowohl, scheint es, arbeitet um zu leben, sondern leben muß, um zu arbeiten. Der freie und frohe Lebensgenuß bleibt verkümmert. Der Verkehr liegt danieder, oder schleppt sich in mühseligen Künsten mühselig hin. Der so wichtige Stand des Landmanns, in mehr als Einem Lande, schreiet der gänzlichen Verarmung mit schreckbar schnellen Schritten entgegen, oder ist bei diesem traurigen, landverwüsten Ziele schon angelangt. Die so herrlichen Fortschritte, die in neuern Zeiten in der Kunst der Staats-Oekonomie und in der Finanzwissenschaft gemacht sind, wollen den Staatsbürgern gar nicht zu gut kommen. Denn mit jenem Fortschreiten sind gleichmäßig, nicht doch! in größerem Verhältniß, die Forderungen von Seiten des Staats an dieselben gesteigert, so daß die Finanzkunst sich darauf reducirt, zu entdecken, wo, ohne die Quelle gänzlich versiegen

zu machen, noch etwas zu nehmen, und durchaus nicht mehr zu nehmen, als vorhanden ist.

Dazu kommt, daß hier und da üble Verwendung und Verschwendung, oder ungleiche und unweise Steuervertheilung die Last noch mehr vergrößert³¹⁾, als die obwaltenden Verhältnisse an sich unabwendlich machen würden, indem — dieß vor Allem namhaft zu machen — an mehreren Orten das Grundeigenthum noch immer über alle Gebühr, wider alles vernünftige Recht und die Natur der Sache, mit alten und neuen Feudal- und staatsbürgerlichen Lasten zugleich belastet ist und bleibt; zum Troß gleichsam den bessern Einsichten in das, was gerecht und nützlich zugleich, zu denen

³¹⁾ Der Arme, der nur nicht von Almosen lebt, der nichts besitzt, als Kinder, die er dem Staat erziehen soll; die arme kinderlose Witwe selbst, die Ehemann oder Sohn dem Staat schon geopfert hat in seinen Schlachten, die kaum, und nicht einmal immer, den Hunger abwehrt, durch übergebährliche Arbeit, und vielleicht, wenn die Gemeinde, die auch oft über Gebühr ohnehin beschwert ist, nicht zutrifft — denn gar nicht immer ist Hülfe beim Staat — in Krankheit und Alter verderben muß: — wofür zahlen sie noch directe Steuern zu denen, die sie zugleich mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen bezahlen, und wofür leisten sie obenein Frohndienste? Für die Luft, die sie athmen? — Sie hat nur einmal der Unsinn des (Römischen Kaiser-) Despotismus befeuert. Oder für Anstalten, deren Segnungen für sie nicht da sind? — Oder für den Schutz der Ehre? — Welche Erniedrigungen müssen sie sich nicht gefallen lassen! Für den Schutz des nackten Lebens? — Das ist schon hinlänglich durch die Armuth geschützt, dem Armen oft nichts werth, oder eine schon drückende Bürde. — Ist das gleiche und gerechte Steuervertheilung, wenn ein Theil der Gesellschaftsglieder an den nöthigsten Lebensbedürfnissen entbehren muß, um die Abgaben zahlen zu können; während wir, die wir im Wohlstande leben, und der Vortheile des gesellschaftlichen Zustandes genießen, zu gleichem Zweck nur auf einige Lebensgenüsse mehr oder weniger verzichten? — Wie viel ähnliche Fragen wären hier noch aufzuwerfen, und liegen Jedem so nahe, der das Leben und Leiden der Menschen, besonders der niedern Klassen, anders als aus Büchern und von Hörensagen kennt, und kein Herz von — bloßem Leder hat!

man seit langer Zeit gelangt ist, und die längst nur noch von blindem Vorurtheil, von baarem Eigennutz, der nicht einmal immer seinen eignen Vortheil versteht, bekämpft, oder durch allerhand Sophismen von verkappter Raubsucht verdunkelt werden.

Glücklicherweise wird noch für gute Schulen, und somit für Nachhülfe in der Sittlichkeit gesorgt; denn die Verarmung und die Mauthlinien machen dieß sehr nöthig. Das aber kann freilich nicht verhindert werden, daß die Zahl der Proletarier immer mehr zunimmt, was für den Staat eben nicht heilsam noch ungefährlich ist. In der Zeit der Staatskrisen erhält keine der Menschenklassen, die sonst unbemerkt blieben und dann ihre Rolle spielen, mehr Bedeutung im schlimmen Sinn, als die der Verarmten, der ihren Vermögensumständen nach Heruntergekommenen oder dem Ruin Nahegebrachten.

Es ist wohl zu bedenken, daß heutzutage — ganz anders wie in den Staaten des Alterthums — die ganze Kraft der Nationen in ihrem aus Ackerbau, Industrie und Handel hervorgehenden Wohlstande liegt, oder doch durch denselben bedingt ist. Wenn ein Volk, wie die Spartaner, mit eisernem Gelde oder ganz ohne Geld blühen konnte, so würde so wenig das unsere als irgend ein anderes in Europa sich ohne Geld auch nur erhalten können unter den übrigen, und wenn es immerhin Sparta's Verfassung und Tugend hätte. »Selbst die Regierungen«, sagt Weizel irgendwo: »können des Fleißes und des Wohlstandes ihrer Völker nicht entbehren. Ihre eigenen Bedürfnisse nöthigen sie, die Mittel, dieselben zu befriedigen, durch den blühenden Ackerbau, Gewerbe, Industrie und Handel zu erhalten und zu vermehren. Die Freiheit aber nur (seht er hinzu) ist sinnreich, thätig und ersinderisch, die Sklaverei dagegen stumpfsinnig und träg.«

Man möchte schwerlich läugnen können, daß in den angegebenen Beziehungen ein bedeutendes Mißverhältniß zwischen dem Zustande und den Bedürfnissen der Gesell-

schaft, und andererseits der bestehenden Ordnung der Dinge, unter uns Statt finde.

Man stelle ferner mit derselben die vorangeschrittene Bildung unsers Volks — den Ausdruck im weitern Sinn genommen — zusammen; vergleiche mit derselben die Regierung und Verwaltung, Gesetze⁵²⁾ und Institutionen. — Zunächst werde hier bemerkt, daß repräsentative oder ständische Verfassungen noch nicht einmal in allen Deutschen Ländern in Wirksamkeit, in andern keineswegs auch nur in soweit sind, was sie sein sollten, daß man mit einiger Zuverlässigkeit annehmen könnte, sie wären mehr als bloße Spielwerke in der Hand des Fürsten, oder der Nutzen, den sie schaffen, überwöge die Kosten, die sie verursachen, z. B. in dem Falle, wo sie überjährte Ideen gegen die der Zeit, Einzel-Interessen gegen die der Gesamtheit in Schutz nehmen, dem Wohlwollen und der Weisheit der Regierungen selten entgegenkommen, aber desto öfter, und zwar eben auf den Punkten, wo Heilung und Abhülfe am nöthigsten wären, im Wege stehen.

Zu keiner Zeit ist mit Verfassungen oder vielmehr Constitutionsformen so viel Abgötterei und Spielerei, so viel Heuchelei und Betrügerei getrieben, als zu der unsern, von der ersten französischen Verfassung an⁵³⁾. Davor hat in

⁵²⁾ Da es mit dem Zustande des Privatrechts, nach den verschiedenen Ländern, so verschieden steht, so werde hier nur im Vorbeigehen bemerkt, daß auch dieser, obgleich verhältnißmäßig besser, an großen Gebrechen, und namentlich an solchen leidet, die schon durch Oeffentlichkeit oder freie Presse bald verschwinden müßten. Mit Recht wird an vielen Orten über den schändlichen Sportulir-Unfug geklagt. Auch im Lande Braunschweig — durch Tüchtigkeit und Redlichkeit seiner Beamten ausgezeichnet — wurde unter der vorigen Regierung an einem Orte sehr laute Klage darüber erhoben. — Da in mehreren Ländern Justiz und Verwaltung noch nicht getrennt sind, so läßt sich von selbst erwarten, was hier und da vorgeht. — Die Presse fehlt, die Licht bedeutet!

⁵³⁾ Daher bei Manchen, daß sie so geringen oder gar keinen Werth auf Constitutionen legen. Aber auch damit wird es anders, und die

unserem Vaterlande freilich der Deutsche Ernst und die Deutsche Redlichkeit, deren wir uns rühmen, bewahrt. Aber wer will läugnen, daß man hier und da über das, was hätte werden sollen, geirrt, oder in der Wahl der Mittel sich vergriffen habe? Zudem sind auch die bessern Verfassungen der kleinern Staaten — in größern gewährt eine stärkere öffentliche Meinung wenigstens einige Garantie — durch nichts gegen willkürliche Eingriffe geschützt, es müßte denn sein, daß sie unter die Garantie des Bundes gestellt wären. Doch aber hat die Erfahrung (die man abzuwarten angewiesen wurde) satzsam gelehrt, daß der früh erhobene (mit Uebermuth als Narrheit, Vorwitz, oder gar als Verbrechen behandelte) Tadel der theoretischen Mängel der Bundesverfassung, nicht ganz ungegründet war.

Selbst die Verfassungen der süddeutschen constitutionellen Staaten haben noch nicht zu jener lebendigen Wirksamkeit gelangen können, ohne welche der Werth jeder Constitution problematisch bleibt. Auch sie ermangeln noch der, gegen willkürliche Eingriffe oder künstliche Machinationen der Minister, nothwendigen Garantien, vor allen der der freien Presse, zugleich des eigentlichen Lebenselements freier Verfassungen. Es ist recht schön, wenn ein hochsinniger Deutscher König sagte, daß Er die Opposition in seinem Lande sei. Aber es scheint darin ein schlimmes Zeugniß für die Verfassung und das constitutionelle Leben im Lande zu liegen.

Hier — in Städte- und Provinz-Verfassungen — ein Fundament ohne Gebäude; dort ein Gebäude ohne Fun-

dament. Deshalb hier keine politische, dort keine bürgerliche Freiheit, — oder nur als Gestattung der Gnade. Deshalb hier Ministerdespotie oder Eingriffe der obersten Staatsgewalt in das Recht, dort Despotismus der Bürgermeister, Bauermeister oder Beamten, oder Gerechtigkeit und Lichtigkeit derselben, aber auf dem Zufall ihrer Persönlichkeit ruhend. Deshalb wird überall regiert und viel regiert — hier und da auch geherrscht — in Staat und Kirche: und nicht zu häufig erblickt man schwache Aeußerungen selbstständigen Lebens der Völker. Die sehr lebhaften Aeußerungen desselben, die von den Lektoren an einigen Orten in der neuesten Zeit ausgegangen, beweisen, daß das Volk der Lebenskraft keineswegs entbehrt, und des selbstständigen öffentlichen Lebens bedarf. Denn der Zuchtruthe und den Kinderschuhlen ist es offenbar entwachsen. Jene Kraft, bei dem Willen sie zu gebrauchen, ist zu groß, um durch Gewalt, wozu wenig Weisheit gehört, wenn man die Gewalt besitzt, gebändigt werden zu können. Es bleibt also nichts übrig, als — woran es fehlt — zugleich Freiheit und Regel für dieselbe zu geben, und sich zu begnügen, sie zu leiten, was freilich mehr Geschick erfordert, und Selbstbeherrschung, d. i. Enthaltung von der Willkühr; — also weniger Gewalt, aber dafür mehr Kraft.

Es ist anerkannt, daß das Deutsche Volk keinem andern nachsteht, hinsichts der Intelligenz; daß bei keinem andern die Lektore so sehr alle Volksklassen durchdrungen; daß es nichts weniger, als ein unbesonnenes, rechtverachtendes, gewissenloses, wankelmüthiges, zum Aufruhr geneigtes Volk ist. Und dieses Volk — das hier allgemein zu Sagende paßt freilich hier oder dort nur mehr oder weniger, und ausnahmsweise irgendwo vielleicht gar nicht — dieses Volk wird immerfort als ein unmündiges gegängelt, wird mehr oder weniger fern gehalten vom Einfluß auf die Anordnung oder Verwaltung seiner wichtigsten Angelegenheiten, gelangt nicht einmal an allen Orten zur Kenntniß der Resultate des Staatshaushalts, die als Geheimniß behandelt werden; das

heilige Recht der freien Gedankenäußerung ist ihm entzogen, und der Zwang wird oft genug durch eine, noch mehr als sie eben sein soll, engherzige Censur vergrößert, — ein Institut, von welchem — gewiß zum bösen Zeichen für dasselbe! — die Willkühr gar nicht getrennt werden kann. — Und das Alles, indem andere, viel weniger vorangeschrittene Völker, die bürgerlichen und politischen Rechte, die es entbehrt, besitzen und üben; ohne Gefahr, vielmehr zum Segen der Gesellschaft; ohne Gefahr, vielmehr zur Sicherung des Throns, vorausgesetzt, daß der Inhaber desselben nicht zum Meineidigen und Verräther an Recht und Freiheit wird. Dann aber schützt ihn auch nicht die unumschränkt gehandhabte oberste Staatsgewalt!

Daß das Deutsche Volk nicht reif sei für bürgerliche, politische und Pressfreiheit, ist offenbar nur ein Vorwand, um die Rechtsverweigerung zu beschönigen, und zwar ein höchst elender. Ein Volk, wie das Deutsche, soll nicht reif sein für — einen Rechtszustand! Denn wer verlangt gefesselte Freiheit? Recht wird gefordert, nichts weiter. Wo aber das Recht nicht herrscht, herrscht die Willkühr. Das scheint klar genug zu sein. Nun drehe man den Satz nur einmal um. Er lautet dann: für das Deutsche Volk ist die Willkühr-, und nur die Willkührherrschaft angemessen! — und der Unsinn desselben liegt noch mehr am Tage. Das Deutsche Volk soll nicht reif sein zu einer stufenweisen Emancipation! Denn das ist am Ende die Meinung, oder darauf reducirt sich das Gerede. Wer verlangt alle mögliche Freiheit auf einmal?

Jeder Vernünftige wird im Allgemeinen vollkommen damit übereinstimmen, wenn Hr. v. Str. bemerkt: daß ein wohlwollender Monarch mit großer Umsicht und Weisheit eine Charte zu geben haben würde. »Ist die Zeit dazu geeignet? Ist das Volk dazu reif? — Vorzüglich: Würde eine solche Handlung den Wünschen des Volks gemäß sein? Denn ist dieses nicht der Fall, so ist es auch nicht dazu reif. Nicht plötzlich auch darf der Uebergang sein aus der

Species servitutis zu einer vollkommenen Repräsentativ-Verfassung. Vorbereitungen sind nöthig, um den öffentlichen Geist zu bilden. Zuerst also vollkommnere Municipal-Verfassungen. Der Stadtbürger lerne sich beschäftigen mit dem, was seine Stadt angeht. Sodann Provinzialstände. Das Interesse des Bürgers am Ganzen befördert schon einen weitem Wirkungskreis. Dann Repräsentanten der Nation. — Nichts aber bildet ein Volk zu dieser Vollkommenung sicherer heran, als das Recht, frei die Gedanken, sei es durch die gesprochene, sei es durch die gedruckte Rede, mittheilen zu dürfen.«

Niemandem werde Vorsicht, nicht einmal übertriebene, bei Wohlwollen, nicht einmal unnöthige und selbst nachtheilig wirkende Aengstlichkeit bei redlicher Gesinnung, und wenn sie aus Ueberzeugung herfließt, verdacht³⁴⁾. Aber das Gute ist stets dem Mißbrauch am meisten ausgesetzt. So geht es auch mit der Vorsicht und Weisheit, und den Regeln und Lehren derselben. Die Dummheit, die sie nicht begreift, wendet sie verkehrt an; und die Bosheit treibt ein schändliches Spiel damit, sie immer im Munde führend, und nur gebrauchend zu heucheln, ihren Anschlägen einen guten Anstrich zu geben, und die Einfältigen zur Ausführung, oder wenigstens Billigung derselben zu bestimmen.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! — Bald soll es nicht an der Zeit sein; — eine Phrase, die nachgerade

³⁴⁾ Ich bemerke dieß und das zunächst Folgende, weil ich nicht will, daß es etwa scheinen soll, als wenn ich, auch nur indirect, einen Mann durch Beschuldigen angreifen wolle, gegen dessen Meinungen ich mich mehrfach erkläre, dessen Verdienste ich aber gern anerkenne, und von dessen Wirksamkeit ich noch viel Heilsames für das Vaterland erwarte. Der werde — nur daß man die Schranken des Rechts und des Anstandes beobachte! — ohne Ansehen der Person »eine Rache« genannt, dessen Heuchelei oder schlechte Gesinnung oder That am Tage liegt. Bei wem das aber nicht der Fall: Widerlegung wo man Irrthum zu bemerken meint, aber keine Beschuldigungen, und immer Achtung dem Wohlmeinen!

alle Bedeutung, und sogar den Sinn verloren hat, denn es ist zu keiner Zeit an der Zeit gewesen; — dann wieder ist das Volk nicht reif. Man betrachte nur das ganze Benehmen Mancher, ihre versteckte und doch offenbar am Tage liegende Abneigung gegen Erfüllung jener, auch von Hrn. v. Str. geäußerten Wünsche; ihr offenes Bemühen, dieselbe durch endlose Vorbereitungen — und doch Verhinderung der wirksamsten Gewährungen, und ohne die alle andern wenig sind, der Pressfreiheit — zu hintertreiben. Bald wird man bemerken, daß der zum Ekel wiederholte und variierte Grund der Nichtreise bei ihnen nur schlechtverhüllte Feindschaft gegen das Gute, und, als Zweifel vorgebracht, ein affectirter ist, und dann ist er eine injuria atrox, für welche leider in den Gesetzbüchern keine angemessene Strafe vorhanden. Indes übernehmen am Ende die beleidigten Völker selbst die Züchtigung, und immer wird es sehr bald gestraft, wenn reife Völker als unreife angesehen und behandelt werden, freilich zunächst an den Unschuldigen, den Völkern nämlich.

Was unser Volk betrifft, so ist Zweifel an dessen Reife für bürgerliche und politische Freiheit offenbar genug ein affectirter. Allerdings — denn freilich kommt es darauf an, wie man das Wort versteht — ist der öffentliche Geist in unserm Volke erst noch auszubilden, und hat es bei Weitem den Grad der politischen Reife nicht erreicht, den z. B. das Französische besitzt, das nicht bloß den meidigen König verjagte, sondern sofort die Verfassungsmängel aus der Charte austilgte, welche die geschehenen Eingriffe in die letztere erleichterten, und die Freiheit des Volks auch für die Zukunft gefährden mochten. Aber gewiß! man kann es dreist mit Pressfreiheit und »einer Charte« bei uns wagen, wo noch keine oder nur eine Verier-Constitution vorhanden; mag man immer durch Municipal- und Provinzial-Verfassungen vorbereiten. Man sieht ja eben nicht, daß das Vaterland durch die Charten der süddeutschen constitutionellen Staaten (wohl aber durch die Will-

fürherrschaft!) in Gefahr gerathen wäre; vielmehr ist durch dieselben mehr öffentlicher Geist gebildet, als anderwärts durch weise Vorbereitungen. Das Volk ist nüchtern, besonnen und bildungsfähig — wenn seine Bildung nur nicht absichtlich verhindert wird. Was fehlt denn an der politischen Erziehung, als eben, was nur durch das erlangt werden kann, welches Manche aus dem Grunde verweigern — daß die Wirkung davon noch mangle, der usus nämlich, der selbstständige Gebrauch der Kraft? Und endlich wünscht das Volk das, wozu es nicht reif sein soll, und ist folglich reif: hat durch Selbsthülfe gegen die Willkürherrschaft und die Versagung zeitgemäßer Verfassungen bewiesen, daß es den veralteten und der ersten entwachsen ist, und seine Reife noch einmal durch Selbstbeherrschung und Besonnenheit bei der Selbsthülfe bekundet. Wahrhaftig, man kann einem Volke vertrauen, das einen Bürgerstand besitzt, der sich unter kritischen Umständen wie der unsere bewiesen hat; das in mehr als einer seiner Städte — man denke nur an Braunschweig und Cassel — solche deutsche Kernbürger, wie Colberg keinen Nettelbeck, aufweisen kann. Hat man aber noch nichtaffectirte Zweifel, so beseitige man nur — die Furcht, zu erfahren, ob die Reife eingetreten sei, stelle überall das Petitionsrecht her, wo es vom Volke noch nicht von Rechts wegen genommen, oder hindere nicht durch Mißtrauen und Scheelsehen den Gebrauch desselben; und bewirke vor allen Dingen die Freiheit der Presse, — und man wird es schon erfahren, und dann, befreit von allen zärtlichen Besorgnissen, seiner Sache ganz gewiß, dem guten Willen freien Lauf lassen können, und nicht weiter fürchten dürfen, daß man dem Volke etwas an sich vielleicht Gutes, aber von demselben als solches nicht Erkanntes und mit Liebe Aufgenommenes, also relativ nicht Gutes, aufdringe.

Daß es übrigens mit »Repräsentation des ganzen Volks« in einem unter so besondern Verhältnissen stehenden Staate, wie z. B. dem Preussischen, seine besonderen Schwierigkeiten habe, soll durch das oben allgemein Gesagte nicht

geläugnet werden. Es ist nicht zu übersehen, daß, wie der Verfasser der Schrift: Sachsen und seine Hoffnungen, S. 20 sagt: »der Preussische Staat seit einer Reihe von Jahren erkannt hat, daß er seinen Rang unter den großen Mächten Europa's nicht wohl ohne ein großes Volksgefühl und ohne geistige Kräfte behaupten könne; er hat seinen naturgemäßen Standpunkt an der Spitze der wahren Aufklärung³⁵⁾ wieder eingenommen,« u. s. w.

Sehr wahr sagt der Verfasser der Schrift: Blicke auf Deutschlands Lage seit dem Wiener Congreß, und auf die neuesten Volksbewegungen, S. 8. »Das Deutsche Volk ist keineswegs so ganz in Thierheit versunken, daß alle die großen, furchtbaren Erfahrungen, die ihm im Laufe des gegenwärtigen Jahrhunderts und auch bereits vor demselben zugekommen sind, ohne Einwirkung auf seine höhere Bildung sollten geblieben sein. Weil Ihr aber Euch das Volk noch in seiner alten Unmündigkeits-Verfassung, in dumpfer Gefühllosigkeit und vernunftloser Hingebung vorbildet, meint Ihr auch, es verlange nichts, als in dem alten Schlendrian zu verharren. Der Mittelstand ist doch wohl der eigentliche Kern des Volkes, und bei dem hat wahrlich der inhaltschwere, ereignisreiche, vierzigjährige Zeitraum eine solche Masse von gediegener Verstandskraft nicht nur in Gährung gebracht, sondern auch zum Theil schon zu klaren Begriffen entwickelt, daß es nunmehr völlig unmöglich geworden, ihn in den Zustand der Geistesunmündigkeit wieder zurückzudrücken. Aus diesem Kern der Nation ging durch tausend (der superflugen Politik freilich meist verborgen gebliebene) Kanäle das Licht der neuern Zeit zu dem einfachen Landmanne, sogar zu dem armen Tagelöhner über;« u. s. w.

³⁵⁾ Es hat freilich auch an Verfinsterungs-Versuchen und an der Tendenz, dem Streben der Geister eine bestimmte Richtung zu geben und gewisse Schranken zu setzen, nicht gefehlt, wobei die wahre Aufklärung eben so wie durch die Censur Schaden leidet.

Mag es sein, daß der große Haufen mit idealen Interessen und politischen Gerechtsamen sogar unbekannt ist; — die praktischen Vortheile derselben genießt und entbehrt er mit dem gebildeten Mittelstande, dessen Bewegungen die Massen immer folgen, und denselben instinktmäßig oft voraus-eilen, wenn jene auch noch nicht in Thaten sichtbar sind; so wie der Mittelstand dagegen auch allein vermag, die Bewegungen der Massen einzudämmen.

Mag ferner auch das richtig sein, daß, »bei dem gegenwärtigen Zustande der Gesellschaft, das Wichtigste für den Bürger eine schnelle und gerechte Justiz und eine gute Verwaltung ist; daß er fast einzig seinem Gewerbe, seiner Industrie, seinem Handel und Ackerbau lebt, und daß das Öffentliche für ihn nur in soweit Interesse hat, als es sein Geschäft berührt.«

Aber nun bedenke man auch, daß der Bürger der Öffentlichkeit und der politischen Rechte, als Mittel- und Bürgerschaft für eine gute Justiz und Verwaltung, bedarf, und sie auch in dieser Beziehung mehr und mehr kennen lernt und herbeiwünscht. Wie könnte dieß auch anders sein, da er durch die Zeitungen und auf vielfache andere Weisen täglich daran erinnert, und zu Vergleichen zwischen dem was Andere besitzen und was ihm fehlt, aufgefordert wird? Wie könnte dieß anders sein, da das Volk an mehr als Einem Orte mißhandelt, auf eine exorbitante Weise mißhandelt ist, ist! — da es eine ungerechte Justiz und eine desorganisirende Verwaltung gesehen und erfahren, unter der Erfahrung gelitten hat, und an den Folgen noch leidet? — da ihm in den anschaulichsten Exempeln unmittelbar vor Augen gerückt ist, daß nirgends ein dauerhafter Rechtszustand mit Zuversicht zu hoffen sei, wo das Recht der Garantien entbehrt? — Obenein ist dem Deutschen Volke, von dem die unsinnige Weisheit mancher Hyperpolitiker zu glauben schien, daß es Recht von Unrecht, und Regel von Willkühr nicht unterscheiden könne, ein hoher Rechts-sinn gerade recht eigenthümlich; und so lange ist es mit

Phrasen gespeiset und getränkt, gedrückt, gehöhnt, mit Füßen getreten, bis man denn freilich die Erfahrung machte, daß auch da jene klugen Leute sich in ihm betrogen hatten.

Wer zweifelt hienach, daß ein unermessliches Mißverhältniß zwischen dem Zustande eines solchen Volks und seiner Verfassung vorhanden sei, wenn dieselbe keinen sichern Rechtszustand gewährt, wenn, derselben gemäß, unnöthiger Zwang Statt findet, der immer der Gerechtigkeit widerstreitet und das Gerechtigkeits-Gefühl beleidigt; wenn dieselbe die Wohlfahrt des Volks von der Gnade abhängig macht, ob nun auch überall aus Gnade Recht und jede Freiheit gewährt würde, die zu wünschen ist, von denen jedoch Gebrauch zu machen man sich immer fürchten muß, weil sie jeden Augenblick mißfällig werden und zurückgenommen werden können, und wegen deren sogar das Volk sich von freien Völkern verspotten, wie wegen dessen, was ihm durch tyrannische Behandlung geboten wird und was es sich gefallen läßt, verhöhnen lassen muß, als Deutsche Knechte, — und, was das Schlimmste ist: mit Recht!? — Das größte Glück aus Gnaden kann keinem Volke genügen, die gnädigste Gnade empört und beleidigt das Volk, das Recht und Gerechtigkeit verlangt!

„Dies ist der Grundton jener lauten Sprache,
Die heut' in einem mächtigen Accord,
Von Land zu Land, von Volk zu Volk erklinget.
Nicht will man mehr beschenkt, begnadigt heißen
Mit Rechten willkürlicher Günst. — Die Zeit
Will festgesicherte Gerechtigkeit ⁵⁶⁾“

Das war es, was schon die Schöpfer, Mäurer und andere Patrioten ihres Sinnes forderten, und wäre auf ihren Ruf nach Reformen in diesem Sinne geachtet worden zur rechten Zeit, so möchten Reich und Nation wiedergeboren,

⁵⁶⁾ Maltitz: Ein herzliches Wort zum Herzen Deutscher Fürsten.

und vor der Zertrümmerung und Zerreißung, wenigstens vor dem, dadurch ausgezeichneten Schicksale bewahrt sein, mit größerer Schmach zertrümmert und zerrissen zu werden, als wohl je einem Reich und einer Nation geschah.

„Sobald Gerechtigkeit sein wird, wird Friede sein und Glück. Sie ist die einzige Tugend, die uns fehlt. Die Gnade verdirbt Alles. Wir wollen keine Gnade, wir wollen Gerechtigkeit. Gnade gehört bloß für Verbrecher, und meistens sind die Könige ungerecht, wo sie gnädig sind. Wer den Begriff der Gnade zuerst ins bürgerliche Leben und an die Stühle der Fürsten getragen hat, soll verdammte sein, von bloßer Gnade zu leben: vermuthlich war er ein Mensch, der mit Gerechtigkeit nichts fordern konnte!“

Seht nur hin, mit welcher Verachtung die Franzosen — nicht freilich das Geschenk kindisch zerstörend, sondern es, jedoch ohne nicht verdienten Dank, behaltend und bloß verbessernd nach den Lehren, wozu eine treulose Regierung ihnen selbst verholten — mit welcher Verachtung sie die octroyirte Charte als solche vertilgt haben, da die Zeit gekommen war! Seht Acht darauf, wie die Bourbonen wohl noch auf dem schönen Throne saßen, wenn sie nicht übermüthig dem Volk, was es als sein Recht forderte, verweigert, und nicht ihm verliehen hätten, was es als Gnadengeschenk nur widerstrebend und erbittert annahm; wenn nicht, nach fast dreißig Jahren der Zerreißung des alten Bandes der Nation und ihrer Königsfamilie, Ludwig der sogenannte achtzehnte den abenteuerlichen Anspruch erhoben, das Recht auf den Thron von seiner Geburt her und von Gott zu besitzen, womit, wie nur zu oft, die thörichte Einbildung und Anmaßung sich verband, als König aus göttlichem Recht thun zu dürfen, was ihm und den ewig Blinden, die nichts vergessen, nichts gelernt, beliebte.

Doch über Einiges von dem bisher Gesagten möchten von Manchem Zweifel erhoben werden. Die, wie man sagt „sogenannten“ Ideen und Forderungen der Zeit, sollen

mit den Ideen und Wünschen des Volks nichts, oder so viel wie nichts zu schaffen haben. Das ist eine der großen Be-
trügereien unserer Zeit, die unnennbares Unheil anrichtet, indem man durch sie manche der Wohlgefinnten unter den Benkern der Völkerschicksale in eine, für sie selbst nicht minder als für die Völker, gefährliche Täuschung einzuwiegen und ihren guten Willen unwirksam zu machen weiß.

Werfen wir daher ganz ausdrücklich einen Blick auf die öffentliche Meinung.

Es ist freilich schwer, den Stand derselben in einem Lande, das der freien Presse entbehrt, zu bestimmen; zumal, wenn doch überhaupt noch Gedankenverkehr Statt findet, der Umstand leicht täuscht, daß die Ansichten der einen Parthei, oder vielmehr der Mehrheit, deren Meinung man nicht hören und laut werden lassen, sondern durch den Presszwang unterdrücken will, theils gar nicht mehr gehört, theils nur schüchtern und sparsam geäußert werden, und sich unter den desto lauter und anmaßender ausgesprochenen begünstigten der Minderheit verlieren. Daß die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Volks, um es kurz zu sagen, liberal sei, scheint schon daraus hervorzugehen, daß der Presszwang offenbar gegen die liberalen Ansichten gerichtet ist. Vor den Meinungen der Minderheit, oder gar nur einem kleinen Häufchen von »liberalen Schreibern,« braucht man sich aber nicht zu fürchten, wenn man, und zwar so sehr, die Mehrheit auf seiner Seite hat. Uebrigens scheint sich der prüfende Blick, um zu einem möglichst sichern Urtheile zu gelangen, auf ein Dreifaches richten zu müssen.

Zunächst müssen wir auf die Periode, in welcher noch keine Gedankensperre Statt fand, d. h. die Zeit vom Befreiungskriege bis zur Vollziehung der Carlsbader Beschlüsse, zurückgehen. Freilich hatte sich in diesem Zeitraume die öffentliche Meinung noch nicht ausgebildet; er war vielmehr erst der Zeitraum der Bildung einer solchen. Indes möchte doch in dem Gewirre und Streit der sich

von allen Seiten durchkreuzenden Forderungen und Ideen — der dadurch entstanden war, daß man die Nation irre gemacht hatte — und aus dem Unklaren und Ueberspannten, das in jene immer mehr hineinkam, je weniger von dem Verheißenen erfüllt, der Gährung also kein natürliches Maaß gesetzt, und dem Streben und Wünschen das natürliche Ziel verrückt ward; — es möchte daraus ein gesunder Kern und eine entschiedene vorherrschende Richtung leicht zu unterscheiden, und anzunehmen sein, daß die weit überwiegende Mehrheit in allen Klassen, daß der ganze Mittelstand, daß eben die Wohlwollendsten und Einsichtsvollsten in der Nation, das wollten, was die Fürsten verheißten hatten, und durch Erfüllung desselben zufrieden gestellt gewesen wären. Der Streit und die Verschiedenheit der Ansichten betraf meißt nur das Mehr oder Weniger und das Wie.

Weit entfernt aber, daß der Meinung im Allgemeinen, auch nur da, wo sie Mögliches und das Billigste forderte, Genüge geleistet wäre. Man setzte sich in Wort und That in die entschiedenste Opposition mit derselben, man machte den Versuch, sie zu beherrschen, zu erdrücken sogar. Dieß aber — indem »heutzutage die Regierungskunst in der Geschicklichkeit besteht, die öffentliche Meinung zu leiten, oder ihr zu rechter Zeit nachzugeben« — ist eine offenbare Unmöglichkeit.

Daher ist ferner nimmermehr anzunehmen, daß die Nation, zum Schweigen und einstweiligen Aufgeben der Hoffnung gezwungen, anderer Meinung geworden, und lächerlich ist es, wenn bisher die Parthei, die allein reden durfte, geglaubt hat, oder gar officiële Zeitungsschreiber, deren Blättern gegenüber keine Oppositionsblätter geduldet werden, sich eingebildet haben, sie hätten andern als tauben Ohren gepredigt, oder wären aus andern Gründen gelesen als um den Geist der Regierungen kennen zu lernen; so wie man aus Neu- oder Wißbegier ja wohl einmahl, wenn man z. B. Protestant ist, in einen Tempel der Katholiken,

oder Juden, oder wenn man reiset, nach Montrouge oder in eine Moschee hineingeht, ohne darum gleich seinen Protestantismus aufzugeben, oder bekehrt, oder Renegat zu werden. Ja, in der Regel kommt man von dem Wesen nur noch mehr mit Erkenntniß der Mängel desselben, Jesuitenhaß u. s. w. her, obgleich man im Tempel, aus Achtung auch gegen die verkehrteste Glaubensweise, sich ganz still verhält.

Leiten läßt sich die Meinung nur, wenn sie frei ist. Die Ideen, die in das geistige Volksleben übergegangen sind, die aus Bedürfniß, und zwar nicht des Augenblicks, hervorgehen, oder an solche sich anknüpfen, lassen sich gar nicht, oder doch nur durch beharrliche und consequente Mühe von Jahrhunderten auslöschen, und nur indem sie bis auf die letzte Wurzel vertilgt werden. Die Gewalt ist keine überzeugende Lehrerin. Ein Volk wie das unsere bedarf der Ueberzeugung, um sein Urtheil zu bestimmen. Gewalt gegen Ueberzeugung angewendet, bestärkt in derselben, schon weil sie Schwäche der Gründe oder Unlauterkeit der Tendenz anzudeuten scheint. Wir können mit Sicherheit annehmen, daß die bis zum Ende der Periode des freien Gedankenaustausches durchaus unlösbar herrschende Meinung keineswegs umgewendet, sondern im Gegentheile fester und entschiedener geworden sei. Daneben hat sie allerdings die Unruhe und Ueberspanntheit ausgeschieden, ist aber auch verbittert und mißtrauisch, doch jedenfalls klarer geworden, wenn sie auch nicht jene Klarheit und Bestimmtheit erlangt hat, die nur das Resultat freien Auskämpfens der Gegensätze, nie aber der gewaltsamen Hemmung sein kann, die eine Vorbereiterin neuer Ueberspanntheit ist, und der folgenden Zeit neue Kämpfe gegen die letztere zuschiebt.

In diesem Urtheile muß uns bestärken, wenn wir erwägen, wie selbst während der Gedankensperre, seit zwölf Jahren, und mitten aus dem Alleinreden der, der Mehrheit gegenüberstehenden Parthei, die Meinung jener und

der freien Periode, immer heraus ertönte. Man verstehe nur zu lesen, was Männer wie Krug, Rottsch, Tzschirner, Pahl, Börne, Münche und viele hundert andere in dieser Zeit, in allen Fächern geschrieben; wisse tausend halb erstickte Seufzer, leise Andeutungen, schüchterne Klagen zu verstehen, und habe nur Augen und Ohren für — der Censur entschlüpfte — Ausbrüche des lebhafteren Schmerzes, des edeln Zorns, der glühenden Freiheitsliebe, oder des unbeflegten, unbestechlichen, standhaften Hasses aller Despotie!

Es soll hier doch nicht etwa gesagt werden — warum werden denn vorzugsweise die liberal geschriebenen Schriften gelesen und gekauft? — daß die sogenannten Ideen der Zeit im Grunde allein bei gewissen Schriftstellern sich fänden, die sich nur bemüheten, sie dem Volke einzulöschen, das davon ganz und gar nichts wisse oder wissen wolle? Dergleichen Unsinn — man hört ihn auch bei uns — redeten die ministeriellen Blätter in Frankreich, denen zufolge man hätte glauben sollen, durch die periodische Presse, liberalen Theils, würden eher die Meinungen der Seleniten als die der Franzosen ausgedrückt, funfzehn Jahre lang, so lange, bis das Volk im letzten Juli handgreiflich bewies, daß die liberalen Schriftsteller und Zeitungsschreiber nirgends sonst entsprängen, als eben aus dem Volk, und nichts anderes ausgesprochen hätten, als die Meinung desselben.

Damit wir ganz gewiß darüber werden, daß bei uns zwischen der bestehenden Ordnung der Dinge und der im Zustande des Volks so wichtigen öffentlichen Meinung ein höchst bedenkliches Mißverhältniß Statt finde, laßt uns zu dem Allen endlich die Vorgänge der neuesten Zeit hinzunehmen, und die Stimmung, die sich überall und in allen Ständen dabei kund that, von dem allgemeinen grenzenlosen Jubel an, mit welchem der endliche Sieg der Revolution in Frankreich begrüßt wurde. Das Schweigen der Völker hat gesprochen, und jener Jubel hat die stumme Rede ausgelegt. Der Sieg der Liberalen in Frankreich

wurde jubelnd begrüßt, nicht als der Sieg einer Parthei über die andere, der man etwa aus Laune, oder was weiß ich für Gründen? abgeneigt gewesen wäre, — warum schwieg das Volk beim Freudenrufe der Parthei, die den Umsturz der Constitutionen im Süden, oder den Triumph Billele's feierte? — sondern als der Sieg, der hoffnungsverkündende, des Princips, das der Revolution zum Grunde lag, das von falschen Freunden der Freiheit verdreht und mißbraucht, von Engherzigen verkannt, von den unterwürfigen Dienern der Despotie verleumdete, von den Bevorrechteten aller Länder gehaßt und gefürchtet, durch unermessliche Macht bekämpft ward, und doch triumphirte — in majorem Dei gloriam! Denn im Glauben an Gott befestigt nichts so sehr, als die, im Sturz der Tyrannie, die der Gerechten nicht haben will, oder als die in der Geschichte sich offenbarende sittliche Weltordnung. — Die Revolution wurde mit Einem Worte begrüßt von den Völkern, als der Sieg der Ideen und Ansprüche dieser Zeit, über Vorurtheil, schädliche Gewohnheit und Mißbrauch, aus der vorigen der Zeit der Barbarei stammend; der gesetzlichen Freiheit über die Willkürherrschaft.

In jenem Jubelrufe sprach es sich aus, was das Volk will, verständlich selbst dem Blödsinn, deutlicher noch als in dem, was es nachher hier und da gethan oder zu wollen erklärt hat, deutlicher noch als in der, stärker und an mehreren Orten als Manche gern anerkennen wollen, sich bekundenden Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, jenem offenbaren Mißbehagen, jener allgemein bemerkbaren, bald ängstlichen bald freudigen, jedenfalls gespannten Erwartung der Dinge die da kommen sollen, welche immer ein Zeichen von bevorstehenden Krisen, ein Zeichen ist, daß etwas ist, was nicht sein, und etwas nicht ist, was sein sollte, und — geboren werden wird! In jenem Jubelrufe sprach es sich aus, daß die Deutsche Nation im Wesentlichen noch dasselbe will, was sie nach dem Befreiungskriege wollte, eine weise Anwendung jenes Freiheitsprinzips in ihren be-

sondern Verhältnissen, dasselbe, nur daß sie jetzt nicht mehr — was damals, da das Vertrauen noch stark und ungeschwächt war, da sie noch keine bittere Erfahrungen gemacht, möglich gewesen wäre — mit halben Gewährungen sich wird abfinden lassen, daß sie stärkere Garantien für Recht und Freiheit, als damals, erbitten wird.

Es werden freilich sogleich Leute damit bei der Hand sein, trotz dem klaren Sinne des Jubels über die große, an Ruhm unübertroffene Pariser Woche, zu sagen: an dergleichen denke das Deutsche Volk im Herzen gar nicht, daß es, wie nach dem Befreiungskriege, repräsentative Verfassungen in den einzelnen Ländern, eine tüchtige Organisation der Bundesverfassung, Pressfreiheit u. dgl. wünsche, wovon verhältnißmäßig wenig die Rede gewesen. Die gedrückten Klassen wünschten Erleichterung ihrer Noth, der Bürger verlange Abhülfe bei allerhand örtlichen Beschwerden, Ruhe in seinem Hause u. s. f., nichts weiter. — Aber einmal ist bei so plötzlicher Veränderung der örtlichen Verhältnisse, und der Weltlage überhaupt, welche Veränderung nicht sogleich begriffen sein konnte, und bei ganz unerwarteten Volksbewegungen, gar nicht zu erwarten, daß Allen sogleich klar vor Augen stehe, was Noth ist, und wohin die Wünsche sich richten müssen; jedoch wird daß schon nachkommen. Sodann ist es natürlich genug, und zeugt von dem gesunden Sinn und richtigen Takt unsers Volks, daß dieselben vorerst nur auf Abhülfe der nächstliegenden Uebel gerichtet wurden; natürlich genug, daß mancherlei Wünsche nicht laut werden, die nicht laut werden dürfen, oder die man doch nur zurückhält, weil solche Zurückhaltung durch den bisherigen Presszustand habituell geworden ist. Endlich aber mustere man die zu Tage gekommenen Beschwerden und Wünsche nur durch, und betrachte sie im Zusammenhange, so wird es sich zeigen, theils, daß man im Volk allerdings das will, woran dasselbe, wie Manche aus naheliegenden Gründen gern glauben machen möchten, nicht einmal denken soll; theils aber, daß jene Beschwerden und Wünsche auf ein

Bedürfniß zurückweisen, dem durchaus nicht abgeholfen werden kann, ohne das Ange deutete, mag das Volk es nun in diesem Augenblick schon als nothwendig erkennen, oder nicht.

Meint Ihr, daß Jedermann geholfen sei, wenn nur den örtlichen Uebeln, so gut es nun eben gehen will, abgeholfen wird, und daß in Deutschland keiner sich um den Andern kümmere? — Fast immer sind es Mängel in der Organisation des Ganzen, die die Leiden einzelner Theile entweder veranlassen oder doch allein möglich machen, so daß gar keine, oder nur eine augenblickliche Linderung, oder Heilung gar, möglich ist, wenn jene Mängel nicht gehoben werden.

Auch kann ferner kein Theil leiden, ohne daß die übrigen mit litten, weßhalb ja Deutschland eben, trotz seiner vielen trefflichen Regenten, seit mehreren hundert Jahren fortwährend im leidenden Zustande gewesen ist. Und — wollte man im Ernste behaupten, daß in Deutschland das Nationalgefühl so gänzlich erloschen sei, — es braucht nur Hoffnung, um stark und glühend zu werden! — daß der Preuße, Baiern u. s. w. sich nicht selbst erniedrigt und beleidigt gefühlt hätte, wenn der Deutsche da und da unter Despotismus litt? oder daß die glücklichen Völkerschaften so ganz unverständlich wären, nicht zu bedenken, daß, wenn dem Uebel nicht aus dem Grunde geholfen wird, sie über kurz oder lang treffen kann, was Andere so eben traf?

Endlich — haben nicht auch Volksbewegungen in solchen Ländern Statt gefunden, deren Regierungen unbefristet zu den gerechtesten und weisesten Deutschlands gehören? Dieser Umstand beweist sonnenklar, daß ein Mißverhältniß zwischen der in Deutschland bestehenden Ordnung der Dinge überhaupt und dem gesellschaftlichen Zustande vorhanden ist, gegen welches selbst einzelne wohlwollende und kluge Regierungen vergebens ankämpfen; — man müßte denn so voll von Vorurtheilen, oder so unverschämt sein, gegen die klarsten Thatsachen zu behaupten: das Deutsche Volk, das glücklichste unter der Sonne, sei nur einmal vom

Geiste des Aufruhrs und Schwindels ergriffen, oder bloß von einigen Unruhefistern in Bewegung gesetzt worden.

In dem Zustande eines jeden Volks sind seine historischen Erinnerungen und sein eigenthümlicher Charakter nicht ohne große Bedeutung. — Es werde in dieser Beziehung Folgendes hervorgehoben.

Das Deutsche Volk war freilich längst an eine gewisse Zersplitterung und eine große Uneinigkeit gewöhnt. Indes war Deutschland bis in die Zeit der jetzt lebenden Generation hinein Ein Reich, und bewahrte wenigstens die Form (die in solchen Dingen von großer Bedeutung ist) und einen Rest der Einheit, der der Hoffnung immer noch einigen Raum ließ, daß das Wesen zu einer günstigen Zeit wiederhergestellt werden möchte, und, wenn auch langsamen und mangelhaften, doch einigen Rechtsschutz gewährte.

In der vor Kurzem durchlebten Zeit der Verletzung und Schutzlosigkeit des Rechts wurde unter uns oft des Reichs und der Reichsgerichte, unter Vergleichung mit den gegenwärtigen Verhältnissen, gedacht.

Unermessliche Kräfte, schlaue und gewaltige Bestrebungen und Menschen, übermächtige Verhängnisse, haben fast unablässig an der Trennung und Zerreißung Deutschlands gearbeitet. Aber weder die fast anarchische Zeit des Faustrechts, noch die Reformation, noch der dreißigjährige Krieg, noch die zeitweilige wirkliche Zerreißung Deutschlands in der Zeit der Französischen Usurpation, noch eine nicht geringe, fast in allen Jahrhunderten vorhandene Masse von Unpatriotismus und undeutscher Gesinnung haben die Idee, das Verlangen der Einheit, oder diese letztere selbst vertilgen können.

Ist nun freilich die Hoffnung eines Deutschen Reichs, wie die Dinge jetzt liegen, entschwunden, so betrachten die einzelnen Deutschen Völkerschaften sich dafür auch nicht mehr in der Weise als Fremde, wie sie bis auf den Untergang des Reichs immer mehr und mehr gewohnt geworden waren. Zunächst brachte dieser, und die mit ihm verbundene Schmach,

und das ihm folgende Elend des Volks demselben sehr kräftig und eindringlich zum Bewußtsein, daß die Nichteinheit eben die Hauptquelle alles Uebels sei. Indes waren schon neue Beziehungen und Bande durch die Bildung einer nationalen Literatur und einen lebhaft und immer lebhafter werdenden Schrift- und Geistesverkehr geknüpft. Der Geist der neuern Zeit milderte zusehends den alten Gegensatz des Katholicismus und Protestantismus, diesen ewigen Stoff des Zwiespalts und der Uneinigkeit, und mit dem Reiche fiel manches hinweg, was denselben genährt hatte. Dann wurden die meisten Völkerschaften von ihren angestammten Regenten losgerissen, und von diesen selbst zum Theil sehr leicht aufgegeben. Alles wurde mehr als einmal durch einander geworfen, dreihundert verschiedene Länderbezirke wurden in der Zeit der Französischen Unterdrückung auf eine ungleich geringere Anzahl reducirt.

Durch das Alles wurde bewirkt, daß die Deutschen sich wieder als Deutsche zu betrachten anfangen, und daß der Wunsch nach enger Vereinigung der verschiedenen Deutschen Völkersämme entstand. Dieser Wunsch und das wiedererwachte Nationalgefühl wurden in der Zeit der Unterdrückung und des Befreiungskampfes, von den Edelsten im Volke, und von den Fürsten selbst zum Theil, begünstigt und genährt. Die letztern erweckten Hoffnungen und Erwartungen, indem sie sogar durch bestimmt dahin zielende Verheißungen zum Kampfe aufforderten, der freilich ohne ein einiges begeistertes Volk nicht glücklich zum Ende gebracht werden konnte.

Ein böses Verhängniß zerstörte Deutschlands Hoffnungen. Ein paar Jahre, und — es war in den Augen Eigner zur Narrheit, Anderer, zum Verbrechen geworden, von der Einheit Deutschlands zu reden; — ein schlimmes Zeichen der Zeit, — denn die Idee und Hoffnung der Einheit hatte Fürsten und Volk gerettet.

Denkt die Nation jetzt noch an die Einheit Deutschlands, eine solche Einheit, wie sie, ohne die bestehenden

Verhältnisse zu zerstören, möglich wäre, in dem Sinne, wie sie bei den Fürsten selbst noch beim Entwerfen der Bundesacte beabsichtigt wurde?

Wenn die Idee der Einheit Deutschlands zu den herrschenden Ideen der Zeit gehörte, bis zu der Periode des Preßzwangs, und wenn es richtig ist, was oben über die durch denselben keineswegs erdrückte, oder im Wesentlichen geänderte öffentliche Meinung gesagt ist, so ist schon damit diese Frage beantwortet. Es kommt hier aber noch Folgendes hinzu.

Man spricht ja — und zwar eben da, wo jene Idee am entschiedensten zurückgewiesen werden dürfte — wenn von »Neuerungen« die Rede ist, immerfort von der nöthigen geschichtlichen Unterlage, die nimmermehr bei politischen Anordnungen zu übersehen und zu vernachlässigen sei, wenn das Werk tüchtig sein und Bestand haben solle. Welcher Mißbrauch auch mit dieser Phrase getrieben wird, um Abgestorbenes und erfahrungsmäßig Schädliches festzuhalten, und Verbesserungen zu verhindern — es ist eine absolute Wahrheit in derselben, die von den »Männern der Theorien und Abstractionen« ungefähr eben so oft übersehen ist, als von den Diplomaten und Staatsmännern der neuern Zeit, die eben in naiver Vernachlässigung der Erfahrung und Geschichte, des bestehenden Zustandes und Rechts sogar, ihres Gleichen suchten; nur so, daß jene ein Ideal, und diese bloß ein, oft sehr unreines Interesse verfolgten, daß jene wollten, was zum Theil nicht geschehen konnte, diese häufig thaten, was nicht hätte geschehen sollen, jene nur das Recht der Vernunft achten mochten, diese meinten, daß die Gewalt gar keines zu achten brauche.

Sollte jenes Princip nicht Anwendung leiden in dieser Beziehung, und richtig angewendet werden, wenn man sagte: die Verfassung Deutschlands muß auf die geschichtliche Grundlage seiner Einheit, wodurch die Mannigfaltigkeit der Verfassungen, Regierungen u. s. w. nicht ausgeschlossen ist,

erbauet werden, oder das Werk wird untüchtig sein, und bei der ersten Veranlassung über den Haufen stürzen? Dieß möchte nur falsch sein, wenn die Idee der Einheit Deutschlands im Bewußtsein des Volks erstorben, oder ihrer Ausführung nach schädlich wäre. Kann dieß aber angenommen werden, da die Deutschen ihre Geschichte nicht vergessen, und also ihr Bewußtsein nicht verloren; da sie erfahren haben, was sie vermögen, wenn sie nicht Hessen, Hannoveraner u. s. w., sondern Deutsche und einig sind; da noch vor Kurzem der Wunsch der Einheit so allgemein und lebhaft sich äußerte; da sie nicht vergessen haben können, daß das nöthige segensreiche Vertrauen zwischen Fürsten und Völkern stark und wieder schwach wurde, je nachdem es einem einigen Deutschen Vaterlande galt, oder die Hoffnung darauf wieder schwand; da die Deutschen Völkerschaften noch immer durch so mannigfache geistige Beziehungen und Bande, durch gleiche Sprache, Interessen u. s. w. und auch durch ein äußeres, wenn gleich loses Band zusammenhängen, indem die einzelnen Staaten verfassungsmäßig einen Staatenbund bilden; und da — das Bedürfniß auf die Idee und den Wunsch immer wieder zurückführt?

Denn eben daraus, daß das äußere Band ein nur so loses und schwaches, daß die Einheit so vielfach gestört ist, ebendaraus geht Unsicherheit des Rechts, Noth und Verarmung, Schwäche und Gefahr hervor. Und wie auch die Idee der Einheit verspottet, angefeindet und verfolgt ist — das Bedürfniß der Nationalität, der Sicherheit des Rechtsschutzes, des Gedeihens der Industrie, des Ackerbaues und Handels — das Alles ruft sie immerfort dem Vaterlandsfreunde, dem rechtsfreundlichen Bürger, dem Unrecht Leidenden, dem Ackerbau und Handel Treibenden ins Gedächtniß zurück.

Dr. Zacharia in Heidelberg, den Niemand zu den „Demagogen“ zählen wird, schrieb im Jahre 1828 noch

über das „mit den Mauthvereinen in Verbindung stehende Thema von der Einheit Deutschlands, welches in den Jahren 1813, 14 und 15 so viele Köpfe und Federn beschäftigte“: „So überspannt auch damals die Forderungen, und so anmaßend die Erwartungen, ja so verbrecherisch auch die Absichten und Pläne mehrerer durch die Zeitbegebenheiten gestörter Köpfe waren, oder sein mochten: einem jeden allgemein verbreiteten Irrthume liegt etwas Wahres, einem jeden Wunsche, der sich allgemeiner ausspricht, liegt ein Bedürfniß zum Grunde, welches wenigstens zum Theil Berücksichtigung verdient“³⁷⁾.

Wie leicht man sich verrechnet, wenn man meint, das Nationalgefühl und der Wunsch der Nationalität sei in einem zahlreichen und edeln Volke, das in großen historischen Erinnerungen lebt, so leicht und in einem oder ein paar Jahrzehnden zu unterdrücken, sehen wir aus den neuesten Begebenheiten in Polen. Die Polen sind von der Erfüllung des Wunsches der Nationalität ungleich weiter entfernt als wir, suchen dieselbe aber dennoch wiederherzustellen, und, als Nation todtgeglaubt, aus dem Scheintode wieder aufzuerstehen.

Du sollst nicht tödten — auch nicht durch Lebendig-Begraben. Bei Völkern aber ist das Tödten auf solche Weise nicht so leicht, und wenn sie wieder aufwachen, so sind sie furchtbar durch gerechten Zorn³⁸⁾, Verzweiflung und Todesangst. — Gott sei mit der edeln Nation! und

³⁷⁾ Ueber die deutschen Zoll- und Mauthvereine der neuesten Zeit, in Pölig Jahrb. d. Gesch. und Staatskunst.

³⁸⁾ Das wird man doch, da es ohnehin alle Welt denkt, sagen dürfen, ohne als revolutionär gesinnt angegriffen zu werden. Nach öffentlichen Blättern hat der Cesarewitsch selbst der Polnischen, nach Petersburg abgeordneten, Deputation die Versprechung ertheilt, ihr Begehren

mögen alle ihre gerechten Wünsche und Forderungen erfüllt werden — in majorem Dei gloriam! dergleichen.

Aus dem Allen geht wohl hervor: daß es Wunsch und höchstes Interesse und Bedürfnis der Deutschen Nation sei, daß die Völkerschaften, aus welchen sie besteht, durch ein möglichst inniges Band zusammengehalten werden. Ja, die Deutsche Nation muß, wie jede andere, ihre Einheit wollen; denn Zerstörung jedes Bandes, das ihre Stämme zusammenhält, wäre der Tod der Nation, als solcher. Kann aber eine Nation ihren Tod wollen? muß sie nicht mit aller Kraft und durch jedes rechtmäßige Mittel das Aeußerste zu verhüten suchen?

Nun betrachte man die Einheit Deutschlands, wie sie ist. Daß sie sehr gering und unvollkommen sei, bedarf keines Beweises. Nur dieß. Die Fürsten, die den Deutschen Bund errichtet haben, und darin verharren, wollen die Zerstückelung und Zertheilung Deutschlands nicht, haben vielmehr durch öffentliche, feierliche Acte ihren Willen erklärt, die Einheit zu bewahren und aufrecht zu erhalten; — ihrer Pflicht gemäß! Denn zu einer Zertheilung Deutschlands unter die Regenten seiner Völkerstämme war und ist auch nicht ein Schatten von Recht vorhanden. Sie wäre gegen positives und allgemeines Recht, wäre mehr als irgend etwas — gegen den Contract! Und wie weit man auch die Rechte der obersten Staatsgewalt ausdehne, mehr als die Befugnis mehrerer Regenten eines Volks, als Bundesfürsten souverän zu sein, wird man nicht in dieselben hinein demonstrieren können.

Die Nation, auf der andern Seite, würde sich eine Zertheilung durch ausländische Gewalt, — das hat sie bewiesen — so wenig als durch einheimische gefallen lassen; ja sie

bestens zu unterstützen — ein Zeichen, daß derselbe die Gerechtigkeit desselben anerkennt.

dürfte es nicht, es wäre gegen den Vereinigungs-Vertrag, gegen ihre natürlichen und nothwendigen Verhältnisse, ihre Pflicht, ihr höchstes Interesse, ihre Ehre. Ich bin nicht Einnüthig, noch mißtrauisch gegen mein Volk und sein Ehr- und Vaterlandsgefühl, um auch nur im mindesten daran zu zweifeln, daß jeder, allerdings undenkbarer Versuch, die Einheit Deutschlands durch eine Theilung, oder durch Auflösung des die einzelnen Theile noch zusammenhaltenden Bandes zu zerstören, wenigstens einen verzweifelten Kampf, einen Kampf kosten würde auf Leben und Tod. Solcher Zweifel wäre Beleidigung der Ehre einer edeln Nation, die nicht, etwa wie das Volk der Römer seinerzeit, entartet und abgelebt ist.

Es fehlt nicht an einigen Beispielen, welche beweisen — wie es sich aus der Natur der bestehenden Verhältnisse schon erwarten läßt — daß selbst in Friedenszeiten Differenzen entstehen können, durch welche die noch übrige Einheit des Vaterlandes großer Gefahr der Störung ausgesetzt wird. In stürmischen Zeiten — die auf die Länge nicht ausbleiben können, und nicht die sind, wo man sich in Verfassung setzen soll oder kann — sie erhalten zu können, muß allerwenigstens als höchst problematisch erscheinen. —

Und doch bedarf man ihrer, wünscht und will sie, muß sie aufrecht erhalten wissen wollen. — Gewiß! als nicht gering stellt sich auch von dieser Seite her das bei uns stattfindende Mißverhältnis unserer Verfassung und unseres nationalen Zustandes dar.

Zu dem Allen ist das Deutsche Volk sich wohl bewußt, daß seine Fürsten die Gewährung seiner Wünsche ihm verheißten, und daß es dieselbe im Befreiungskriege durch sein edelstes Herzblut, unennbare Opfer, die großsinnigste Erhebung, und durch Vertrauen, Geduld und Mäßigung derweil es in Waffen stand, sich theuer verdient habe. Man täusche sich nicht! Dergleichen läßt sich nicht in Vergessenheit begraben. Man sage nicht — es wäre Hohn —

End. d. 11. Braunschweig

das Volk habe ja längst davon geschwiegen. Das Schweigen war erzwungen, das Reden wenigstens unnütz zur Zeit. — Das Deutsche Volk ließ die zum Bitten noch aufgehobenen Hände sinken, aus Schrecken über eine ihm Schauder erregende und dadurch schon selbst seine Unschuld beweisende That; aus Entsetzen, daß man ihm Mitschuld aufbürdete, weil diese That gewissermaßen aus seiner Erbitterung hervorgegangen — an der es selbst abermals unschuldig war. — Wir haben uns besonnen, und das Alles nunmehr eingesehen. Jetzt stehen wir, allein die Verletzten, da — und heben die Hände zum Bitten wieder auf um Gerechtigkeit!

Unser Volk — hiermit diese Erörterung zu schließen — liebt Ruhe, Ordnung, Recht; hat zu viel Ernst, um den außergesetzlichen Weg, zur Erfüllung seiner Wünsche und Ansprüche zu gelangen, nicht aufs Aeußerste zu scheuen. Welche Geduld und Mäßigung haben die Hessen, die Braunschweiger, die Sachsen bewiesen! Es erträgt viele und große Unbilde — zu allen Zeiten wird Braunschweig Zeugniß davon geben — durch sein langes, schmerzhaftes Dulden feurige Kohlen auf die Häupter seiner Dränger sammelnd. Aber eine unselige Verblendung läßt Viele jene edle Geduld unsers Volks mit Phlegma und Sorglosigkeit — woran es freilich auch nicht fehlt — verwechseln, und meint, Alles wagen zu können mit ihm. Doch auch ein hoher Freiheitsinn gehört zu seinem eigenthümlichen Charakter, wenn es auch nicht zu poltern pflegt und bei jedem Anlaß aufbrauset. Es duldet keine Tyrannei, es läßt sich nicht in den Staub treten, es ist kein Sklavenvolk. Nicht freiheitsliebender sind die freiheitsstolzen Nachbarn. Ihnen haben nur günstigere Verhältnisse die Bewahrung oder das Erklämpfen der Freiheit leichter gemacht, als uns, die wir, eins mit unsern angestammten Fürsten, treu zu denselben stehend, auf gesetzmäßigem Wege, ohne Verbrechen, nicht durch Ströme von Blut, sondern die Friedens-

palme in der Hand, zur Erfüllung unserer gerechten Wünsche gelangen wollen. Die aber mit ihrem Vornehmen, die Befreiungsträume unter uns träumen, werden stets zu Schanden werden am altgermanischen Freiheitsfinne. Den unwiderleglichen Beweis haben die Jahre 13 und 30 geliefert, wenn man nicht weiter in die Geschichte zurückgehen, und namentlich des Riesenkampfes gegen die Römische Tyrannei im sechzehnten Jahrhundert gedenken will, der Revolution, die das erste Glied in der Kette der nachfolgenden Niederländischen, Englischen, Amerikanischen, der beiden Französischen, und endlich einiger kleinern partiellen wiederum in Deutschland ist, und nur ein Ende finden kann, wo Vernunft und Recht anfängt.

Ist das bisher Gesagte auch nur im Allgemeinen richtig, so sind auch durchgreifende Reformen nothwendig. Denn es ist dann gewiß, sowohl daß das Volk gar sehr leiden, als daß — mehr als zuviel — Revolutionsstoff vorhanden sein müsse. Besteht der Werth der Verfassungen in ihrer Angemessenheit zu dem Zustande der Völker, die unter ihnen leben sollen, so folgt von selbst, daß jede dem Zustande eines gewissen Volks unangemessene Verfassung dem Glücke desselben im Wege stehe, und es mehr oder weniger leiden mache. Der Revolutionsstoff aber besteht in nichts Anderem, als eben in den Uebeln, welche aus jenem Mißverhältniß nothwendig hervorgehen.

Nach der Revolution von 1789 mochten noch scheinbare Gründe dafür angeführt werden, daß — als von den Ursachen derselben — von Revolutionsucht, Aufruhrgeist, Rousseau'schen und andern gefährlichen Theorien, jakobinischen Grundsätzen u. s. w. die Revolutionen zu fürchten wären. Die Ereignisse der neuesten Zeit lassen keinem Zweifel mehr Raum, daß sie nur zu fürchten sind, bei tyrannischen, mit dem Zeitgeist sich in Opposition setzenden Regierungen, und von schlechten oder unzulänglichen politischen Institutionen. Wo die Regierung ist, was sie sein soll, da fehlt es nie an einem zufriedenen und treuen

Volke, und nirgend können Unruhestifter oder Verschwörer ein großes Volk revolutioniren, wo von jenem Revolutionsstoffe sich nicht eine bedeutende Masse angehäuft hat.

Verschwörungen, Umtriebe, Aufstände selbst, sind nichts als Symptome eines tiefer liegenden Uebels, das im Grunde, und nicht an den Symptomen geheilt werden muß. Ich weiß nicht, inwiefern die nach 1815 in Deutschland herrschende Gährung die bestehenden Mißbräuche, Uebelstände, Unfüglichkeiten, oder gar den Staat in ernstliche Gefahr gebracht haben würden, auch wenn man die allgemein geäußerten Wünsche nicht erfüllt, und doch keine Gewalt gebraucht hätte, jenes Krankheitssymptom, die demagogischen Umtriebe, zu erdrücken. Diese letztern mußten ohnehin eines natürlichen, wenigstens eben so zeitigen, Todes am Mißcredit beim Volk, den sie sich durch Ueberspannung und Absurditäten zugezogen, sterben. Das aber ist offenbar, daß durch die gewaltsame, überhaupt von reprimirenden Maßregeln begleitete Erdrückung derselben, der Zweck keineswegs erreicht ist, und daß die Diplomaten u. s. w., die zur Gewalt und Reaction riethen, am allermeisten in Beurtheilung der Dinge geirrt haben. Wer will jetzt läugnen, daß die Revolutionen, die wir neuerdings erlebt haben, von denen eben verschuldet sind, die nicht aufhörten, vor Verschwörungen hange zu machen, die begierig die Erscheinung demagogischer Umtriebe auffaßten, die die Freunde der Freiheit und der öffentlichen Meinung zu verdächtigen und die Reformen zu hintertreiben suchten, die jene Revolutionen allein hätten verhüten mögen. Möchte es endlich erkannt werden, daß sie eben zu fürchten sind, und daß, sofern nur ihnen nicht (und besonders allein) Gehör und Einfluß gegeben wird, die Furcht vor denen, die von der Revolutions- und Neuerungsfucht behaftet sind, oder vor den überspannten Freiheitsfreunden, die die Ideen der Zeit weniger verstehen als übertreiben, eine grundlose sei. Allerdings können auch diese gefährlich werden; doch nicht für die bestehenden Verhältnisse und Regierungen, nicht be-

vor Revolutionen eintreten, sondern erst wenn dergleichen Statt finden, und so lange die durch die letzteren begründete neue Ordnung der Dinge noch nicht befestigt ist, und zwar für diese, für die Revolution, die Freiheit und deren redliche und verständige Freunde.

Eine allgemeine Ummwälzung wegen des Vorhandenseins von Revolutionsstoff der bezeichneten Art bei uns, in der nächsten Zukunft, und wo nicht etwa noch eine besonders große Masse von Entzündungsstoff angehäuft ist, zu fürchten, möchte allerdings grundlos sein. Wer die Deutschen nur einigermaßen kennt, wird urtheilen, daß sie nunmehr, zu rechtlich, besonnen und geduldig, um, wie sie auch bisher nicht gethan, auf Revolutionen zu sinnen, wiederum ganz ruhig ihr eigenthümliches Deutsches, in neuester Zeit nur ausgebildetes und mit dem Namen versehenes, Erwartungsrecht ausüben werden; zufrieden, daß ihre nächstliegenden Beschwerden, so viel thunlich, gehoben sind. In einem raisonnirenden Artikel der Preuß. Staatszeitung hieß es: »Nur die unglücklichen, die mit sich selbst zerfallenen Völker, oft nur die Schuld der Väter büßend, die Völker, in deren Schooße feindselige Gewalten und unvereinbare Forderungen einander bekämpfen, enthalten einen Zunder, der zur Flamme des allgemeinen Aufstandes auflodern kann. Aber Völker, deren gebildete und wohlhabende Masse kein größeres Elend zu denken vermag, als die Auflösung der geselligen Ordnung, vereinigt nichts wirksamer zur Vertheidigung, als ein Versuch, den Feuerbrand des Aufruhrs in ihre friedliche Heimat zu werfen.« — Daß solch ein »Zunder« bei uns vorhanden war, daß auch ein mehr glückliches Volk von einem großen Brande ergriffen werden kann, und wo nicht, doch mitleidet, wenn der Brand in den engverbundenen Nachbarländern wüthet, wird Niemand läugnen. Daher, da doch immer nur augenblickliche Abhülfe geschafft ist, und im Grunde noch gar nicht geholfen werden konnte, den Gedanken an durchgreifende Reformen zurückzuweisen, oder ohne Grund zu zögern, wür-

de wenigstens gefährlich genug sein, und hieße, auf vulkanischem Boden ruhig spielen oder schlummern. Wo Revolutionsstoff vorhanden, ist man auch vor Entzündung desselben nie sicher, und kann die letztere durch keine Vorkehrung der Gewalt oder Klugheit abgewendet werden. Denn sie hängt von einer Verkettung von Umständen ab, die keine menschliche Weisheit vorherzusehen oder abzuwenden vermag, die übermächtig jede Gegenkraft überwältigt, und oft mit der Möglichkeit des Blüthes aus heiterer Höhe herbeikommt — zum Schrecken, zur Schande, zur Reue ohne Trost, dem, der in frevelndem Leichtsinne sein Haus nicht bestellt hat, und auch dem zum Verderben, der sich täuschte über seine Zeit, das Volk und dessen Bedürfnisse und Noth, die unverständige oder falsche Freunde und Rathgeber vor ihm versteckten.

Wäre dem aber auch nicht so; es werden desungeachtet Reformen eintreten müssen, weil bei einem Zustande, wie der unsere ist, ohne sie Revolutionen auf die Länge wenigstens unvermeidlich sind. Denn dieselben Ursachen müssen über kurz oder lang dieselben Wirkungen hervorbringen. Die stattgehabten Aufstände gingen zunächst nicht von politischen Ideen, sondern von örtlichen drückenden Rechtsverletzungen, Mißbräuchen u. dergl. aus. Haben die letztern bei der jetzigen Verfassung nicht verhindert werden können, so werden sie auch künftig bei derselben nicht verhindert werden. Wenigstens würde es ein bloßer Zufall sein, wenn sie nicht einträten, und auf einen solchen dgrf natürlich nicht noch einmal nach bitteren Erfahrungen gerechnet werden.

Man täusche sich nur nicht, ich möchte sagen, absichtlich, über die Lage der Dinge, und lasse sich nicht täuschen. Meint Ihr, die noch stattfindende Bewegung der Gemüther sei gering, lasse sich leicht beschwichtigen, bald werde Alles ins alte Gleis zurückkehren, etwa in der Zukunft noch erfolgende Ausbrüche der Unzufriedenheit wären nöthigenfalls ohne Mühe durch Waffengewalt zu unterdrü-

cken, und man habe jetzt nichts Nöthigeres und nichts weiter zu thun, als wachsam zu sein und jede Volksbewegung sofort zu unterdrücken?

In der That, kein Vernünftiger, kein wahrhafter Freund der Freiheit wird solche Bewegungen unbeachtet oder nicht unterdrückt wissen wollen. Aber es geschehe nicht anders als so, daß man mit der einen Hand der Selbsthülfe wehre, und mit der andern die gerechte Beschwerde gründlich abstelle, wo eine solche offenbar vorhanden ist und zu jener reizt; und so, daß man, wo kein hinlänglicher Grund der Unzufriedenheit auf der Oberfläche liegt, gewissenhaft forsche, ob nicht ein versteckterer wirklich da sei — in einer Zeit, wo die Vermuthung dafür ist. Thatsächlich haben die Regierungen ja selbst anerkannt, daß die Klagen an den meisten Orten gegründet waren. Allerdings ist es oft unmöglich, so schnell die Gründe der Unzufriedenheit hinwegzuräumen, als die Bewegung unterdrückt werden muß. Hier zeige man nur den Willen, und lasse die That dann baldmöglichst nachfolgen.

Dazu bedarf es freilich mehr Sorgfalt, Geschick, Wohlwollen und Mühe, als mancher Minister, Rath u. s. w. besitzt, oder anzuwenden Neigung hat; aber so ist es auch allein ehrenwerth, heilsam und sicher. Wer da meint, es sei nur an reprimirenden Maßregeln gelegen — wohl! er wird schon sehen, und wir haben gesehen, was dabei herauskommt.

Herrschaftsüchtige und Willkühr liebende Minister, Beamte, welche die Deffentlichkeit fürchten, kleine Despoten aller Art, mit Einem Wort, alle die, denen aus Vorurtheil oder Interesse daran gelegen ist, daß die Dinge bleiben, wie sie sind, und die unbequemen oder verhassten Ideen der Zeit nicht ins Leben treten, werden Alles aufbieten, besonders die Regierungen über die Natur und Wichtigkeit der stattgehabten Volksbewegungen zu täuschen, und Liebe der Gemächlichkeit, Trägheit und Kurzsichtigkeit in allen Ständen wird sich vielleicht täuschen lassen. Nichts

aber wäre gefährlicher, als eine solche Täuschung, die bei der Furchtsamkeit und dem Zurückhalten unserer Zeitungen, besonders bei Nachrichten über einheimische Angelegenheiten, um so leichter möglich ist.

Allerdings möchten manche der stattgehabten Aufläufe zu einer andern Zeit unbedeutend genug erscheinen. Aber es giebt Zeiten und Umstände, wo sonst unbedeutende, und obenhin betrachtet, immer als geringfügig erscheinende Dinge große Bedeutung haben; wo auch die unregelte, schlecht ausgedrückte Klage, oder die ihrer Gründe sich nicht klar bewußte Unzufriedenheit, auf ein großes, weitverbreitetes Uebel, wo geringe Bewegungen der Oberfläche auf große Aufregung im tiefsten Grunde zurückweisen. Dieß ist hier aber schon deshalb mit Bestimmtheit zu vermuthen, da man wirklich ein solches Uebel, Verfassung und Zustand der Gesellschaft verglichen, erblickt. Dazu beachte man den Umstand wohl, daß fast überall die Bürger an den vorgefallenen, von den Zeitungen fast immer auf den Pöbel geschobenen, Excessen wesentlichen Antheil genommen, wenn sie an manchen Orten auch nur im Hintergrunde standen. Hierzu kommt, daß die Aufstände doch in der That zum Theil sehr wichtig, und, bei einem ruhigen, eher zum Phlegma als zur Hitze hinneigenden Volke, allgemein genug gewesen sind.

Zudem läßt sich durchaus nicht berechnen, wie allgemein und bedeutend — worauf Alles ankommt — die Bewegung der Gemüther gewesen und noch sei, da die Stimmung bei gefesselter Presse sich nicht kundgeben kann. Auf die Richtigkeit des Urtheils der Parthei, die jetzt jene Bewegungen als nur partiell oder geringfügig darstellen möchte, kann man aber um so weniger bauen, da die neuesten Vorgänge eben erst den Beweis geliefert haben, daß sie am meisten über die herrschende Stimmung und das Volk im Irrthum gewesen sei. An vielen Orten ist eine ganz unerwartete Unzufriedenheit ausgebrochen, und erst bei dieser Gelegenheit sind eine Menge von bisher unbekannten Mißbräu-

chen, gegründeten Beschwerden, und Beweisen von Beschwerdegünden an den Tag gekommen, die man bisher gar zu gern und mit dreister Zuversichtlichkeit in Abrede stellte. Wie kann man nun sagen, daß an andern Orten keine Beschwerden stattfinden, da vielleicht nur die nähern Anlässe zum Ausbruche der Unzufriedenheit fehlten?

Hr. v. Str. sagt von der »Explosion« in Braunschweig, daß sie sehr gefährlich hätte werden können, wären die beiden Nachbarstaaten nicht so trefflich regiert, daß in denselben kein Entzündungsstoff vorhanden war (S. 60). Hiermit wird schon zugestanden, daß es nur Zufälligkeiten waren, wodurch zu dieser Zeit eine vielleicht allgemeine Umwälzung abgewendet wurde. Denn wenn nach unserer Verfassung Regierungswillkühr in Braunschweig nicht verhütet werden konnte, und »der aus der Natur der richtenden Behörde erwachsende langsame Proceßgang, und die lange Verschiebung der Entscheidung« dieses Land »jeder Fürsprache« berauben mußte, so konnte es auch anderen Orten nicht anders gehen, wenn dort Regierungswillkühr eintrat.

Ich bin aber auch außerdem etwas anderer Meinung, und spreche sie freimüthig aus. Denn wenn irgendwo, so ist es in dieser Beziehung, wo ein Verkennen der wahren Beschaffenheit der Dinge noch verderblicher werden könnte, als es so eben erst gewesen, heilige Pflicht, dasjenige, wovon Jeder sich überzeugt halten zu müssen glaubt, rein heraus zu sagen, sollte die Wahrheit, was von keiner trefflichen Regierung zu fürchten ist, auch Diesem und Jenem mißfällig sein.

Gern und ohne allen Rückhalt erkenne ich mit Jedermann das vollkommene Wohlmeinen der Regierungen der Nachbarstaaten Braunschweigs an. Aber einmal ist überall, was Hr. v. Str. zu übersehen scheint, wenigstens nicht genug beachtet, Entzündungsstoff, wo mehr oder weniger des vielermähnten Mißverhältnisses; und daß davon in jenen

Ländern nichts vorhanden sei, wird Niemand behaupten. Die Preussische Monarchie ist ferner aus vielen, nicht eben naturgemäß zusammengehörenden Provinzen zusammengesetzt, deren verschiedenen Interessen und Bedürfnissen zu genügen, wahrlich keine leichte, alle Theile aber, wie die Menschen sind, zufrieden zu stellen, eine kaum zu lösende Aufgabe für eine Regierung ist. Sollte das, was Hr. v. Str. selbst von dem Verhältnisse Belgiens zu Holland sagt, nicht einigermaßen Anwendung auf Preußen, z. B. zu seinen polnischen Provinzen, leiden? Wer will läugnen, daß in den letztern unter den jetzt vorkommenden Umständen³⁹⁾ Entzündungsstoff vorhanden sei, was die Regierung durch ihre Maaßregeln auch selbst zugesteht? Ferner erregt die Mauth hier und da große Unzufriedenheit, und bildet demoralisirte Berwegene. Endlich kann man durchaus nicht mit Zuversicht urtheilen, daß keine Unzufriedenheit, daß nirgend Mißbräuchliches, das dem Monarchen ganz unbekannt sein kann — mit Einem Worte, kein Entzündungsstoff in einem von dem wohlwollendsten Fürsten regierten Lande vorhanden sei, so lange die Panegyristen das Wort, wenigstens so ziemlich allein, haben; und zum Loben ist ohnehin in einer unumschränkten Monarchie immer nur zu viel Geheiß. Man kann also auch daraus um so weniger einen sichern Schluß ziehen, daß es in einem solchen Lande ruhig geblieben; was, von Preußen gesagt, nicht einmal ganz richtig wäre, mögen auch die stattgehabten Unruhen, besonders die in Berlin, als nur von einigen, oder,

³⁹⁾ In der That kritischen Umständen. Das kommt nun davon, daß das billige Begehren Preußens — und welche Vormauer Deutschlands gegen Rußland läßt sich denken als ein starkes Preußen! — auf dem Wiener Congreß; Preußens, welches wohl mehr als Rußland zur Weltbefreiung beigetragen, wieder hergestellt zu werden in seine vorige Macht, in Rußlands Vergrößerung ein höchst beklagenswerthes Hinderniß fand.

wie auch gesagt wurde, einigen tausend Schneidergesellen bewirkt, ohne Bedeutung gewesen sein⁴⁰⁾).

Es kommt immer darauf an, was man unter Entzündungsstoff versteht. Aber wie wenig man auch darunter verstehen mag, so möchte man doch zugestehen müssen, daß es in einem Lande keineswegs daran mangle, in welchem die Feudalstände — die schon dadurch sattem sich charakterisirten, daß sie von dem Zugeständniß der Regierung, Oeffentlichkeit der Verhandlungen einzuführen, keinen Gebrauch machen mochten — nach ihrer Wiederherstellung vielfach mit dem Geist und den Ansprüchen der Zeit sich in Opposition setzten, also daß männiglich das Wesen, mit dem Dichter zu reden, mit »Erstaunen und Grauen« erblickte — nur nicht die »Ritter und Edelfrauen«! Da wäre kein Entzündungsstoff, wo ein sehr bedeutender Theil des Grundeigenthums — und mit was für mittelalterlichen Lasten, die allein schon Revolutionsstoff genug sind! — so übermäßig belastet ist, daß es die Abgaben vielerlei Namens mit seinem Ertrage kaum, und hier und da nicht einmal zu decken vermag, so daß ein Theil des Bauernstandes im eigentlichen Sinn nur für den Staat und den Gutsherrn arbeitet und lebt, ein anderer durch die Nahrungslosigkeit der Zeit längst verschuldet, immer größerer Armuth und Noth entgegenschreitet, indem die Mehrheit der gewöhnlichen Deutschen Landstände dringenden, in der That höchst gemäßigten Anträgen auf Mittelergreifung zur nothwendigen Abhülfe kein Gehör gab⁴¹⁾? Da wäre kein

⁴⁰⁾ Wies sich dieß nun auch nach einiger Zeit aus, so glaubten es doch viele den Zeitungen nicht sogleich, und schon die Vermuthung, oder ein durch Gerüchte entstandener Glaube bedeutender Unruhen in Berlin, konnte zur damaligen Zeit gefährlich genug werden. Dieß konnte aber nicht der Fall sein, wenn Pressfreiheit, und also Vertrauen zu den Zeitungen vorhanden war.

⁴¹⁾ Vergl. die sehr lesenswerthe Schrift des Dr. Stäube: Ueber die Lasten des Grundeigenthums. Hannover 1830.

Entzündungstoff, wo der Adel auf eine eben nicht geringe Weise bevorzugt ist, und fast durchgängig, mit einigen ihm engverbundenen bürgerlichen Familien — schroff sich absondernd von dem Bürgerstande — die hohen und höchsten, einträglichsten und ehrenvollsten Staatsbedienungen im Besitze hat, und sich fortwährend im Besitze derselben zu erhalten weiß, woraus natürlich eine allgemeine und tiefe Erbitterung des Bürgerstandes entsteht, der denn doch auch nicht ohne Verdienst, Talent, Kenntnisse, Bildung und Redlichkeit — die einzigen gerechten Ansprüche auf Belohnung oder Auszeichnung durch Staats-Bendienungen — ist? Freilich in Zeiten der Ruhe ist die Gefahr nicht groß; aber es ist ja auch nur die Rede von Entzündungstoff, und die Entzündung kommt durch Umstände, die keine Aristokratie in der Welt verhüten, vor deren zerstörenden Gewalt sie oft weder sich selbst, noch die Regierung, die sie dann in ihr eignes Verderben mit hineinreißt, schützen kann. Die Schweiz bietet neuerdings Exempel dar, nur daß die Aristokratie dort selbst die Regierung ist. Und wenn die Umstände der angedeuteten Art eintreten, dann wehe auch den milden Herren! Und es giebt eine Klasse in der Gesellschaft, die der That nach, gewissermaßen — man bringe hier wohl die Verschiedenheit der Denkart, Meinung und Zeit in Anschlag, die in ihrem Lichte ungleich Milderes dennoch hart erscheinen läßt — einem unglücklichen Volke des Alterthums ähnlich ist, so freilich, daß sie nicht erlex, aber unter Gesezen ist, die ihren Zustand auch drückend machen; — sie weiß weder was wahre Freiheit ist, noch wie dieselbe erstrebt werden muß, noch ihre entzügelten Leidenschaften zu beherrschen. Sie würde wüthen und zerstören, wenn das Unglück einer Revolution über uns hereinbräche. Darum taugt es nicht, den Revolutionsstoff, der vorhanden ist, mit dem Mantel des, auch gerechten Lobes der Regierungen zu bedecken, der nur die Entfernung des Entzündungstoffes, und nicht die Entzündung verhindern kann; taugt es nicht, in gutem

Glauben, zu viel gebend auf treffliche Regierungen, sich und Andere zu täuschen.

Ich frage endlich: Ist Weimar weniger gut regiert als Preußen und Hannover? Hat die dortige Regierung nicht immer bei weitem mehr, als namentlich die Hannoverische, dem Geiste und den Ansprüchen der Zeit gehuldigt? Und doch ist das Weimarische Land von Unruhen verschont geblieben?

Um zu einem richtigen Urtheil über die Volksbewegungen in Deutschland zu gelangen, müssen wir indeß auch die Natur der in andern Ländern stattgehabten zu erkennen suchen. Wir werden auf diesem Wege zu demselben Resultate gelangen, das ins Licht zu stellen bisher versucht ist. Ein Europäischer, ein welthistorischer Standpunkt muß genommen werden. Wo der innigste Zusammenhang so gar offenbar am Tage liegt, darf man um so weniger irgend etwas ganz für sich allein betrachten wollen. In der Erkenntniß, wie diese Zeit geworden, liegt der Schlüssel zur Erkenntniß dessen, was unter uns geschehen.

Wie kann man erwarten, daß das Deutsche Volk allein alsbald zur gewohnten Ruhe und ins alte Gleis zurückkehren werde — in einer Europäischen Völkerbewegung, von der kein Ende abzusehen, bevor sie an ihrem naturgemäßen Ziele angelangt ist, d. h. bei Ausöhnung der politischen und bürgerlichen Institutionen der Völker mit ihrer Meinung, Bildung und Intelligenz, ihren Bedürfnissen und Interessen? Oder meint man, ihnen über das, was sie bedürfen, wünschen, fordern, über ihre Rechte und versuchten Kräfte eine andere Meinung beibringen, oder gar sich überreden zu können, daß sie nicht litten, so lange sie Schmerzen fühlen? Kann man den Fortschritten der Intelligenz wehren? die Natur der Dinge ändern? Oder meint man, die Europäische Völkerbewegung gegen Gewährung der Forderungen der Vernunft und des vernünftigen Rechts statt bei klugem Nachgeben sie zu leiten, in Deutsch-

land beherrschen oder erdrücken zu können? — In Deutschland!

Ich entlehne hier eine frappante Bemerkung aus dem Journal des Débats vom 20. Sept. v. J., die in einem sehr lehrwerthen raisonnirenden Artikel über den Zustand Europa's und Deutschlands insbesondere sich findet:

L'Europe fermenté et bouillonne; il semble que le volcan qui s'était fermé en 1814, commence à se rallumer; quelque grande éruption approche. Ce qu'il y a de singulier, c'est que c'est vers le Nord aujourd'hui que gronde le volcan. L'Italie et l'Espagne sont inquiètes, mais elles ne se remuent pas encore; l'Allemagne s'agite et se secoue la première. Ce tonnerre dans le nord est de mauvais augure. Au moyen-âge il y eût des hérésies en Italie, en Espagne, en Angleterre, en France même, et cependant l'Eglise se soutint. Mais quand au seizième siècle l'hérésie éclata avec Luther en Allemagne, quand cette masse profonde se remua, c'en fut fait de l'Eglise Romaine.

Ich mag den sich hierbei dem Leser darbietenden Betrachtungen nicht vorgreifen, und füge jener einleitenden Bemerkung des Franzosen, der über nichtfranzösische Verhältnisse hier richtiger, als man von seinen Landsleuten sonst wohl gewohnt ist, zu urtheilen scheint, noch das Folgende aus seiner kleinen Abhandlung bei:

L'oeuvre du congrès de Vienne tend à sa fin, cela n'est pas douteux. La restauration des Bourbons était en quelque sorte la clef de la voûte du système. La restauration des Bourbons étant tombée, tout l'édifice doit crouler à la suite. Le système de Vienne était attaché à la destinée des Bourbons. Si cette destinée était stable et prospère, le système réussissait. La restauration n'a pas voulu vivre; elle s'est suicidée par le parjure,

et, du même coup, elle a tué le système qui l'avait enfanté.

Im Vorbeigehen werde hier angemerkt, daß man schon vor Jahren meinte: »daß an den Bestand der Liberalen in Frankreich zum Theil die Emancipation Deutschlands geknüpft sei⁴²⁾«, und daß Bonaparte, von Talleyrand nach dem Frieden von Campo-Formio dem Directorium vorgestellt, u. a. sagte: »Wenn das Glück der Franzosen auf die besten organischen Geseze gegründet sein wird, so wird Europa frei sein⁴³⁾«. — Doch zurück zu unseren Betrachtungen.

Ohne Zweifel, die Weltlage erscheint in diesem Augenblick sehr wesentlich verändert! Ein neuer rothiger Morgen, von viel Hunderttausenden, von allen Edeln und Verständigen, diesseit und jenseits des Oceans, mit heiliger Freude begrüßt, ist für die Völker angebrochen. Möchte ihnen ihre Freude nicht abermals verkümmert, möchten nicht auch diesmal ihre Hoffnungen vereitelt werden, die Morgenröthe nicht einen regnigen, sondern einen hellen, sonnigen Tag, und Freude, aber nicht Blut bedeuten! Gott meint es, sehen wir abermals, gut, und hat Alles wohlgemacht, — daß es die Menschen nur nicht böse meinen und Alles verderben! Von einer richtigen oder unrichtigen Ansicht der Dinge, dem Wohl- oder Uebelwollen, dem Groß- oder Kleinsinn der Lenker der Völkerschicksale hängt — schwerlich die endliche Entscheidung der letztern — wohl

⁴²⁾ S. Görres berühmte Schrift: Deutschland und die Revolution, S. 94 — die viel Wahres (und wahr Gewordenes) enthält, das man ohne Zweifel besser berücksichtigt haben würde, statt daß man den Verfasser, wie Viele thaten, unbedingt verdammt. Uebrigens sage ich mich hiermit ausdrücklich von der ganzen Tendenz der Bestrebungen derselben los.

⁴³⁾ Fr. v. Staël, Betr. üb. d. vornehmsten Begebenheiten d. Franz. Revol. Bd. 2, Cap. 26.

aber die verhängnißvolle Wahl des Weges ab, auf welchem sie herbeigeführt wird. Daß sie den rechten erwählten!

Die bisherige Politik, die bis dahin herrschenden Regierungsgrundsätze, die alten Grundlagen der Staaten, stammend aus einer barbarischen Zeit, wurzelnd in roher Gewalt, verdorben durch Mißbrauch, getragen nur noch durch Gewohnheit und abermals Gewalt, jedenfalls widersprechend der vorangeschrittenen Intelligenz, dem ewigen Recht der Vernunft, den Ansprüchen und Bedürfnissen der Gegenwart; — sie mußten in ganz Europa aufgegeben und mit andern vertauscht, oder zum Theil modificirt werden, wenn die Revolution von 1789 durchgeführt wurde. Entweder Frankreich mußte zu den bisherigen Institutionen und Principien zurückkehren, oder man mußte mit dem Princip der Revolution — Herrschaft der Gesetze, auf Vernunft und vernünftiges Recht gegründet, statt Herrschaft der Willkühr neben Gewohnheit und historischem, mit wenig Recht untermischten großen Unrecht — überall sich befreunden, nachgeben den vernünftigen und gerechten Ideen und Ansprüchen der Gegenwart, aufgeben die unvernünftigen und ungerechten der Vergangenheit.

Das erkannten die Europäischen Mächte — nur daß sie das Recht bloß am Bestehenden, am Werden-sollenden bloß das Unrecht erblickten. Sie wollten mit dem Princip der Revolution sich nicht befreunden; so mußten sie die letztere angreifen, und Frankreich zur Rückkehr zu der verlassenen Ordnung der Dinge zwingen. Daher die Coalitionen — und namenlose Leiden der Völker; daher selbst die schlimme Wendung, welche die Revolution nahm. Diese war indeß überall siegreich gegen die Coalitionen, wurde aber verrätherischer Weise von einem ihrer eigenen Söhne besiegt, der geschickt ihre Ausartung seinen selbstsüchtigen Zwecken gemäß benutzte, statt sie zurückzuführen zu ihrem ächten Charakter. Er hatte 1813 längst das alte System wiederhergestellt, durch ihn war die Contrerevolution vollbracht. Indem man ihn durch die Begeisterung der Freiheits-

idee und die Hoffnung der endlichen Gewährung der Ansprüche der Zeit, (nicht die Revolution) unterdrückte, die längst nicht mehr zu unterdrücken war, konnte kaum etwas Anderes erwartet werden, als daß die Mächte, innig befreundet mit den Ideen der Zeit, und denselben ihre Rettung verdankend, sie hinausführen würden ins Leben. Statt dessen wurde, unter dem Bemühen, mit dem Geiste der Zeit ein nothdürftiges Abkommen zu treffen, das Werk der Gegenrevolution noch gekrönt durch eine Restauration, und getrachtet, das alte System zu befestigen, indem man die alte Dynastie in Frankreich, gleichsam die Repräsentation desselben, wieder einsetzte, und so glaubte »den gähnen den Schlund der Revolution für immer geschlossen zu haben.«

Je nach verschiedenem Gesichtspunkte mag man den Gang der Dinge auch ansehen, wie Kottck: »Napoleons Sturz änderte plötzlich alle Verhältnisse der Politik und des öffentlichen Rechts. Die Revolution — deren freilich unwürdiger, entarteter Repräsentant er gewesen — war überwunden; die Gegenrevolution war vollbracht. Eine heillose Begriffsverwechslung trug jetzt, schlaue, verblendet, oder gedankenlos, den Haß, welchen die Welttyrannei verdient hatte, auf die Revolution über, welcher der Welttyrann entstiegen; das natürliche, ewige Recht, das Princip dieser Revolution, ward mit einbegriffen in die Achtung, und das historische Recht, unter dem unklaren Namen der Legitimität, ward zum Princip des Europäischen Staatenlebens erhoben, vorbehaltlich der Modificationen, oder Anerkennnisse, oder Deutungen, welche die Gewaltigen des Erdtheils darüber zu verkünden sich bewogen fanden. Zumal ward die Dictatur in Europäischen Dingen, welche Napoleon ausgeübt, als eine Erbschaft, oder als Kriegsbeute betrachtet, welche daher jeko den Siegern zustände. Die Großmächte, unter deren Auspicien der Französische Kaiser gestürzt worden, ergriffen jetzt selbst den Herrscherstab über Europa, d. h. über die civilisirte Welt. Nur die Persönlichkeit, nicht aber die Gewalt,

nur die Richtung, nicht aber die Ansprüche sind geändert worden⁴⁴⁾.“

Genug — die Gegenrevolution schien für immer befestigt, und nie hat die Welt so große und so vieler Macht vereint, zu keiner Zeit einen so furchtbaren Bund der Könige gesehen, errichtet, die Alleinherrschaft gewisser Principien zu hüten und aufrecht zu erhalten.

Alein wider alle Berechnung hat dennoch plötzlich die Revolution abermals in Frankreich mit einem glorreichen Kampfe und einem überherrlichen Triumphe begonnen, und, was man auch über die Lage oder Zukunft des Nachbarlandes denken möge, die Herstellung des alten Systems ist fortan unmöglich. Was aber 1789 von der Französischen Revolution und ihrem Einfluß auf Europa galt, muß auch 40 Jahre später von derselben Revolution und ihrem Einfluß gelten — sofern die Völker ihrem Princip noch zu-, und die Maximen der Regierungen und der Geist der Institutionen, die das Völkerleben ordnen, demselben noch abgewendet sind.

Das kann freilich hiermit unmöglich gemeint sein, daß jedes Volk eine, der Charte der Franzosen gleiche Verfassung annehmen, oder die seine auf das Princip der Volkssouveränität gründen müsse. Denn der Werth aller politischen Einrichtungen wird — wie eben die Meinung ist — durch die eigenthümliche Art und besondern Bedürfnisse eines jeden Volks bedingt. Die Alleinherrschaft aber eines, möglicherweise dem Mißverstände der Mächtigsten ausgesetzten, Principis wäre für die freie Entwicklung des Völkerlebens hinderlich, selbst der Freiheit der schwächeren Nationen gefährlich; und unklug, wie verderblich, ist jede, durch keine Nothwendigkeit⁴⁵⁾ gebotene Veränderung —

⁴⁴⁾ Allg. Gesch. Th. 9. S. 67.

⁴⁵⁾ Die Nothwendigkeit, das Princip des göttlichen Rechts aus der Charte zu entfernen, war neuerdings in Frankreich vorhanden, weil es

aber auch nur die Veränderung — der Grundlage der Verfassungen. Denn für die Festigkeit derselben, die Sicherheit des Throns, die Ruhe und Freiheit der Völker, möchte es sehr gleichgültig sein, ob das Princip der Volkssouveränität angenommen ist, oder der Monarch von Gottes Gnaden heißt. Nur darauf kommt es an, daß das recipirte Princip im rechten Sinne verstanden wird. Dem Mißverständniß ist jedes ausgesetzt, wie dem Mißbrauch. Das orthodoxe Princip der Legitimität, in einem so guten Verstande manche Regierungen es aufnehmen mochten, ist durch seine hyper-orthodoxen Interpreten ein Gegenstand des Gespöttes oder Hasses geworden. Zu einer Zeit hat man das Princip der Volkssouveränität verdreht und mißbraucht, und zu vielen anderen Zeiten das vom göttlichen Recht der Regenten. Der Verfasser der Schrift: Sachen und seine Hoffnungen, meint S. 53. „Jedenfalls sei der Ausdruck von Gottes — richtiger und minder gefährlich, als der: von des Volkes Gnaden; da jeder Narr oder Verbrecher sich einbilden könnte, seine Gnade auch zurücknehmen zu können.“ Das Princip der Volkssouveränität ist hier aber auch etwas zu schroff ausgedrückt; und sodann werden doch solcher Narren und Verbrecher, außer in Zeiten der Revolution, die ja aber schon Verläugnung des göttlichen Rechts ist, immer nur sehr wenige sein, die leicht zur Vernunft gebracht oder eingesperrt werden können.

verhaßt, und ein anderes in den politischen Glauben des Volks längst übergegangen war. Von einer, wenigstens gewalt- oder unheilvollen Veränderung der Principien kann da gar nicht die Rede sein, wo, was im Volke lebt, bloß öffentlich anerkannt, und was abgestorben, abgethan wird. — Uebrigens hängt es von keiner Macht ab, mit den Principien beliebig zu schalten. Mit den öffentlich anerkannten ist es wie mit den Dogmen des recipirten Glaubens, die nicht den Volksglauben beherrschen, sondern vielmehr fallen müssen, wenn dieser sie verläßt. Der gleichen sehen freilich die kirchlichen und politischen Rechtsgläubigen selten ein.

Aber schwerer ist es, Schaden und Gefahr abzuwenden wenn gekrönte Häupter, wie die Stuarts oder Bourbons, leicht verführt durch den Besitz der Macht, das göttliche Recht falsch verstehen. Sind denn die furchtbarsten Revolutionen nicht eben da ausgebrochen, wo die Lehre vom göttlichen Rechte galt, und also das Unheil nicht verhüten konnte?

Das ist gemeint: mit der edeln Richtung — dieß ist jetzt klarer als je! — mit dem guten Geiste der Revolution wird man sich überall befreunden müssen, oder er wird gewaltsam sich Bahn brechen, und um so vollständiger siegen, wo man abermals unternimmt, ihn zu bekämpfen. Denn offenbar ist er nicht der Geist einer Parthei, oder eines Volks — er ist der Geist der Zeit. Und der Geist dieser Zeit ist ein edler und ein ernster Geist, mit dem weder Freunde noch Feinde ein Spiel treiben sollen oder ungestraft dürfen. Wer sich weise und aufrichtig mit ihm verbindet, wird nie Tücke oder Unbilligkeit von ihm und Unsegen von seiner Freundschaft erfahren. Aber befehdet ist er ein furchtbarer Feind, und wer ihn übermüthig reizt, über den schreitet er zermalmend her. Das ist seine Geschichte!

Es giebt noch immer Leute, die, wenn sie vom Zeitgeist hören, die Achsel zucken und sardonisch lächeln. Und es ist wahr, er zeigt sich hier und da als Lärmer, Geck, Pedant — was Ihr wollt. Allein am Ende hat und behält er doch immer Recht.

Freilich, noch steht, in mehr als Einem Lande zertrümmert, in andern Ländern äußerlich unverfehrt, die Macht der Gegenrevolution da, ein Koloss — doch auf höhnernen Füßen. Alles hat sich jetzt so gestaltet, daß der Sieg der Revolution, wenn nicht Alles trügt, als unfehlbar angenommen werden muß. Er muß nicht nothwendig ein blutiger sein, und Gott verhüte, daß er es werde! Auch ist, daß er es nicht werde, Hoffnung. Sie liegt in der Annahme, so häufig auch Erfahrung nicht klüger macht, wie

die Geschichte der Stuarts und Bourbons u. s. w. beweiset, daß die auf den Höhen der Menschheit Stehenden, jetzt mehr als jemals klaren und eindringlichen Lehren derselben, wenn auch nicht überall sogleich, Gehör geben, und die wohl verständliche Zeit richtig würdigen werden. Diese Annahme würde da freilich nicht lange gelten können, wo sich in fortwährendem Stillstand und Nichtsthun, als wären keine Wünsche zu erfüllen, keine Bedürfnisse zu befriedigen, oder in gar eintretender Reaction, die gemachte Erfahrung als vergeblich erwiese. Doch jene Hoffnung gründet sich auch auf eine klare Thatsache, die nämlich, daß die Europäischen Fürsten nicht abermals Coalitionen gegen die Revolution geschlossen, sondern dieselbe ohne Zaudern, ohne Rückhalt, durch Wort und That gebilligt und anerkannt haben; sei es, daß sie, das Mißtrauen fahrend lassend oder der erkannten Nothwendigkeit weichend, mit der Idee derselben sich ausgesöhnt, oder die Erfolglosigkeit des Kampfs gegen sie eingesehen; oder daß beide Gründe zusammen wirkten.

Doch die unselige Parthei ist noch nicht ausgestorben, (und unzweifelhaft, obwohl ihre Fränkischen Koryphäen gerichtet wurden, ist sie, ewig blind, in ihrer alten Weise thätig) die Parthei, welche um sie zu bewegen zu der verderblichen Fehde, den Fürsten die Revolution verdächtig zu machen und die Macht derselben zu verkleinern sucht. Darum ist es gut, sich die bedeutendsten der Umstände zu vergegenwärtigen, aus welchen klar ist, daß abermalige Versuche, die Revolution, statt sie durch Befreundung ungefährlich und segensreich zu machen, zu bewältigen, nur zum Verderben der Fürsten und Völker ausschlagen können, ohne doch von Erfolg zu sein.

Wenn gesagt wurde, daß das, was von der Revolution von 89 und ihrem Einfluß auf Europa gegolten, auch gelten müsse von der Revolution dieses Jahrs, so ist dazu noch Folgendes zu bemerken.

Wenn in Frankreich jetzt, wie damals, der Pöbel wie-

derum die Oberhand gewinnen, oder wenn die Franzosen abermals gewaltsam ihre Verfassung andern Völkern aufdringen, oder andere Völker aufzurufen oder zu verführen versuchen würden zum Aufstand gegen ihre Regenten, oder zu gewaltsamer Herbeiführung der von ihnen gewünschten Verfassungsreformen, so würde die Revolution eben hierdurch, wie damals, ihren Einfluß verlieren. Denn hierdurch — durch sie selbst — wurde sie hauptsächlich überwunden; hierdurch ist ihr Siegeslauf aufgehalten, sind ihre Fortschritte rückgängig gemacht, war die Gegenrevolution möglich. Die unermessliche Macht, die vielfache List, die gegen sie aufgeboten wurde, haben am allerwenigsten dazu gethan, haben wenigstens nur auf eine Weise sehr wesentlich dazu mitgewirkt, worauf gar nicht gerechnet war; — indem sie nämlich — wodurch anfangs die Revolution, und lange, siegreich war — die Ueberspannung und Uebertreibung derselben zuwegebrachten. Dergleichen aber, wenn man jetzt etwa es wollte, würde man jetzt nicht können.

Der unermessliche Einfluß der Revolution von 30 besteht in ihrer, der überwiegenden Mehrzahl in jedem Volke offenbar erscheinenden Rechtmäßigkeit, ihrem, anscheinend, ⁴⁶⁾ verhältnißmäßig leichten und geringe Opfer nur erheischenden, dennoch mit glänzendem Ruhm umstrahlten Siege, ihrem Glück, ihrer Besonnenheit und Mäßigung.

Die Revolution von 89 wurde von den Völkern als ein aufgehender Morgenstern der Hoffnung mit freudigem Staunen begrüßt, und erregte mannichfache, doch sehr unge-

⁴⁶⁾ Anscheinend! — Denn es ist nicht zu übersehen, wird aber von den Meisten nicht beachtet, daß der Sieg der Revolution über die Restauration nur die Frucht von funfzehnjährigen Kämpfen, Kämpfen und Opfern war, und zweifelhaft gewesen sein möchte, wenigstens ungleich minder verdient gewesen wäre, wenn die Franzosen nicht so lange Zeit auf dem gesetzmäßigen Wege, sozusagen, Lehrjahre der Freiheit ausgebart und echten Bürger- und Gemein Sinn erworben und ausgebildet hätten, durch Arbeit, und — in Gefahr und Leiden und Geduld.

regelte Bewegungen unter denselben. Doch sie erwachten aus einer langen Erstarrung des eigentlichen Völkerlebens, viele staunten in unthätiger Leidenschaft, oder in trägern Dampfsinn die neue Erscheinung an. Bald trübte sich der Himmel, der Stern wurde verdächtig, und erschien Vielen als ein Unglück bedeutender Wandelftern, oder als ein täuschendes Irrlicht. Und noch war es nicht ausgemacht, daß die Freiheit siegen, noch war keine Erfahrung, wie sie zum Siege gelangen könne; und von einem Nimbus der Macht und Heiligkeit waren die Thronen umgeben, der jetzt verschwunden ist. Der Stern ist abermals, da es für das edlere Leben der Völker Abend geworden zu sein schien, aufgegangen; wachend haben die Völker ihn aufgehen sehen; bedeutendere Bewegungen sind seinem Aufgange gefolgt. Werden die Völker noch einmal den Glauben an ihn aufgeben?

Ganz, und wie vormals, gewiß unter keinen Umständen. Zu süß war dieser Freiheitsston, zu schön erscheint das kräftige, fröhliche Volksleben, das er geweckt hat, zu lockend war dieses Beispiel, und — die Völker haben es selbst schon hier und da mit Glück nachgeahmt, selbst schon mit Erfolg ihre Kräfte erprobt. Viel wird freilich davon abhängen, ob Frankreich in seiner Besonnenheit und Mäßigung verharret, die sein Glück begründet. Wird es darin verharren? Ich glaube, im Allgemeinen wenigstens ist die Wahrscheinlichkeit dafür — zumal wenn Friede zuläßt, daß Frankreich seine Institutionen in Ruhe ausbildet und befestigt — und einzelne Abweichungen werden die Völker leicht nachsehen. Das macht die Lage der Dinge für die Nichtfreunde der Freiheit noch trostloser, trostlos wie sonst nichts Anderes.

Hr. v. Str. meint: »Nichts sei leichter möglich, als daß in Frankreich von Neuem der Pöbel die Oberherrschaft erlange, denn wer begriffe nicht den ungewissen Zustand der dortigen obersten Gewalt?«

Allein hundert und abermal hundert der klarsten und

überzeugendsten Thatsachen scheinen wohl zu beweisen, daß die jetzige Regierung, den Umständen nach, schon wirklich bewundernswürdig befestigt ist, daß die ganze große Masse der politisch gebildeten Franzosen die Pöbelherrschaft verabscheut, auf ihrer Hut ist, und jedem Versuche, dieselbe herbeizuführen, gar wohl gewachsen sein möchte.

Auf ein solches Volk kann man wohl vertrauen, das, seinem Charakter nach, feurig und leidenschaftlich — sonst leichtsinnig und unbesonnen sogar ⁴⁷⁾ — im berauschenden Siege solche Mäßigung bewies, und so weise denselben zu benutzen wußte. Man gehe auch zurück auf die Zeiten vor den Julitagen, und meine nicht, daß Alles, am Ende auch wohl die Mäßigung, das Resultat einer augenblicklichen, und also unzuverlässigen Begeisterung gewesen. Funfzehn Jahre hat die Regierung unablässig gegen die den Franzosen über Alles theure Freiheit maschinirt, und durch elende Künste und schlecht verhüllte Gewaltstreiche dieselbe in die höchste Gefahr gebracht. Eben so lange hat die verhasste Parthei, deren geringe Zahl, deren Bödsmeinen den Franzosen immer offenbar war, jetzt aber auch von der Unverschämtheit nicht mehr geläugnet werden kann, dieß Volk gehöhnt. Und es hat eine funfzehnjährige Geduld und Mäßigung bewiesen, und erst die unerhörtesten und flagrantesten Eingriffe in seine Rechte, die schändlichste Eibbrüchigkeit seiner treulosen Regierung erwartet, ehe es seine Kraft gegen dieselbe gebrauchte.

Frankreich hat Erfahrung, bon sens in großem Maaß. Man verwechsle nur nicht verschiedene Dinge und Zeiten, und trage das Bild der Revolution von 89, und die Eindrücke, die man von ihr empfangen, auf die von 30 nicht über. Ursachen, Zweck und Geist beider sind eben

⁴⁷⁾ Indes hat man schon längst bemerken können, daß eine wesentliche Veränderung im Charakter der Franzosen vorgegangen. Sie sind ernster geworden.

so verschieden, als die jetzigen und damaligen Zeitumstände. Die erstere war eine Social-Revolution, die andere eine gewaltsame Veränderung der regierenden Dynastie. Diese hat keinen Augenblick gegen die oberste Staatsgewalt gekämpft, sondern nur gegen den Mißbrauch derselben. Das Mißverständniß findet jetzt nicht Statt, in welchem einst die Franzosen in derselben, die ihnen nur damals die Freiheit streitig machte, die Feindin der Freiheit sahen, weshalb sie eben gegen sie um die Freiheit kämpften, welche sie jetzt unbestritten besitzen, und als deren Schützerin sie die Regierung ansehen.

Der Charakter der Revolution von 89 war: Freiheit und Gleichheit! weil keine von beiden vorhanden war. Weil beide unter langdauernden, zweifelhaften Kämpfen und unter Aufregung aller Leidenschaften erobert wurden, verwirrten sich die Begriffe; während vor ähnlicher Verwirrung jetzt geübte Besonnenheit, Erfahrung und Besitz von Freiheit und Gleichheit schützt.

Es kann keine Jakobiner wieder geben, denn es ist nichts mehr von alle dem, was sie einst erzeugte, keine fast verzweifelnnde Furcht vor Wiederkehr des alten Despotismus unter den Fahnen fremder Söldner, keine Emigranten, keine Coalitionen u. s. w., die den Charakter der Revolution verderben könnten. Affen vergangener Zeiten giebt es freilich auch unter den Anhängern der letztern, wie unter den Freunden der guten alten Zeit, die im Grunde überhaupt nichts weiter sind. Daher die neu entstehenden Clubs. Aber daß dieselben nichts waren, als Nachäffungen von Dingen, die nur zu einer andern Zeit, als Producte, derselben Bedeutung haben konnten, und deren keine mehr haben, beweiset schon der Umstand, daß sie mehr vom Volke selbst, als von der Regierung unterdrückt, und daß ihre Glieder ausgelacht wurden, die sich in Zeit und Stunde gänzlich geirrt hatten; eben so wie jener alte, gute Herr von der Contre-Revolution, der nach den Julitagen sich eilig in die Vendée begab, allein zu seiner Verwunderung

auch nicht eine Spur von dem gelobten Lande der Aristokraten und Pfaffen mehr fand.

Nicht anders würde es bei uns den Demagogen ergeben, wenn sie abermals durch Deutsche Rädte, lange Haare und Turnkünste die Wiedergeburt Deutschlands bewirken und die Freiheit herbeiführen wollten; nicht anders Herren, wie Schmalz, Stourdza u. s. w., wenn sie ihr Treiben wieder beginnen wollten. Der Herr v. d. Kneesenbeck in Göttingen hat die Erfahrung gemacht, daß man jetzt mit dergleichen keine Bewegung mehr hervorbringt, als etwa bei sich selbst, indem man sich auf die Reise begiebt, um die sich Niemand weiter bekümmert.

Der Charakter der Revolution vom Juli ist: Freiheit und Ordnung — und Großmuth! kann man hinzusetzen. Zu keiner andern Zeit ist Freiheit und Recht in einem so edelen Sinne, und mit so viel Mäßigung und Weisheit erstrebt. Und wer will läugnen, daß bei den meisten der der Französischen nachfolgenden Revolutionen mehr oder weniger derselbe Charakter sich kund gegeben, daß namentlich bei den bedeutenderen Volksbewegungen in Deutschland derselbe Charakter: Freiheit mit Ordnung und Mäßigung, sich gezeigt und bewährt habe? Er ist der Charakter der Revolutionen der jetzigen Epoche. In ihm liegt das Geheimniß des Gelingens der Revolutionen, und das Geheimniß liegt am Tage.

So haben denn die Freunde der Freiheit jetzt einen der zwei mächtigen Feinde derselben — den gefährlichsten, wo es der Consolidation der errungenen Freiheit, eben dem Schwierigsten im ganzen Werk der Befreiung, gilt! — zum wenigsten viel weniger zu fürchten, als vordem. Eben das war ja immer das Mißlichste ihrer Stellung, die größte Gefahr ihrer Kämpfe, der wichtigste Grund ihrer Niederlagen und ihrer Muthlosigkeit, daß sie zwischen Anarchie und Despotie sich gleichsam eingeklemmt sahen, und vor sich, nach allen Leiden, Mühen und Opfern, kaum etwas Anderes erblicken konnten, als den traurigen Kreislauf, wie-

derum zur Despotie von der Anarchie, wenn sie jene glücklich überwunden hatten.

Dieser Gesichtspunkt ist beruhigend. Indes, die Dinge von ihm aus angesehen, erscheint auch die freiwillige Gewährung dessen um so dringender, was die Völker mit mehr Energie, und zugleich mit mehr Hoffnung des Siegs, wenn sie Kampf darum beginnen, als zu keiner Zeit, begehren — nicht das Aufhören oder ungebührliche Schwächen der obersten Staatsgewalt, sondern das Regeln und das nöthige Kräftigen derselben; nicht Zertrümmerung des Verfassungsgebäudes, sondern Verbesserung desselben auf sicheren Grundlagen!

Keine Macht in der Welt ist groß genug, keine List reicht aus, einer solchen Zeit die Gewährung ihrer Ansprüche und Forderungen zu versagen, denn sie wurzeln im Sein und Wesen der Völker selbst, und nur mit diesem könnten sie vernichtet werden; sind aber nicht dadurch abgethan, daß man sie zurückweist, wodurch sie nur — zuweilen bis zur Ungerechtigkeit — gesteigert werden. Hat man doch den Versuch gemacht und lange genug fortgesetzt. Er ist fehlgeschlagen. Von allen den in Bewegung gesetzten Kräften, Triebfedern, Mitteln der Gewalt und List, ihn zu glücklichem Gelingen hinauszuführen, haben sich keine bewährt, alle haben sich unzulänglich erwiesen, viele eine der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung gehabt; sie sind abgenutzt, oder zur jetzigen Zeit durchaus nicht anwendbar, oder nicht einmal vorhanden.

Durch die Pariser große Woche ist und mußte nothwendig die ganze Masse der in den Köpfen befindlichen Ideen, und der in den Herzen liegenden Wünsche in Gährung gebracht, geordnet, aufgeklärt, ergänzt, und mußten politische Ideen und Wünsche unter Hunderttausenden ausgebreitet oder aufgeregt werden; — die nachfolgenden Volksbewegungen kamen hinzu, und wirkten nicht anders: — eine Wirkung jener Revolution, die allein von unberechenbarem Gewicht ist. Und wie diese Revolution, mehr als

ein Jahrzehend, vielleicht als ein halbes Sæculum vermocht hätte, die Völker der politischen Reise auf die angegebene Weise entgegengeführt hat, so würde auch zum wenigsten eben so viel Zeit dazu gehören, jene Wirkung rückgängig zu machen, wenn man auch sonst die Mittel dazu besäße. Allein man besitzt sie nicht!

Das Mittel der Gewalt hat intensiv und extensiv an Kraft und Bedeutung verloren. Die Goldquellen Britanniens würden jetzt solchen Mächten, die sich gegen die Freiheit rüsten wollten, verschlossen bleiben. Der Krieg in diesem Falle würde gegen die öffentliche Meinung sein, folglich für die Erhaltung der bestehenden Ordnung der Dinge in den Landen solcher Mächte mit mehr oder weniger Grund gefährlich erscheinen. Dadurch würde auch ihr Credit geschwächt werden. Auf freiwillige, gern dargebrachte Opfer, überhaupt auf Willigkeit ihrer Unterthanen würden sie nimmer, höchstens auf kalten Gehorsam zu rechnen haben. Ohnehin sind die Regierungen mehr als je durch die großen Staatsbedürfnisse, im Falle des Kriegs, oder der Nothwendigkeit, die Heere längere Zeit auf dem Kriegsfuße zu erhalten, von der öffentlichen Meinung abhängig. Dazu endlich ist die Zeit der Congresse, d. h. der Verbindung aller Europäischen Großmächte gegen ein mißfälliges, der Ruhe des Welttheils gefährlich erachtetes und geächtetes Princip, vorüber. Die Macht Aller kann nicht mehr gegen einen einzigen Staat gerichtet werden. Das Princip der Nicht-Intervention, von Frankreich ausgesprochen, verheißt den Schwächeren Schutz, im Fall, daß die gewaffnete Macht mehrerer gegen ein mit seiner Regierung entzweites Volk geführt werden würde. Geschieht dieß aber nicht, so bleibt gegen ein solches, wenn die Einigkeit nicht durch neue Befestigung der Liebe und des Vertrauens hergestellt werden kann, in jedem Lande nur noch die gewaffnete Macht der eigenen Regierung desselben. Aber wehe den Regierungen, die sich nur darauf in dieser Zeit stützen wollen, und es dahin kommen lassen, daß ihre Völker von ihnen abfallen!

Das System der stehenden Heere hat die Freiheiten der Völker unterdrückt, ist, bis hoch ins achtzehnte Jahrhundert hinauf, bis ins neunzehnte, der Fürsten- und der Willkühr-Herrschaft Schutz und Trutz gewesen, hat dieselbe auf den äußersten Punkt treiben helfen, den sie erreicht hat. Das System ist aber selbst durch die Conscription bis auf seine äußerste Spitze geschraubt. Dadurch ist seine ganze Natur verändert. Die Heere bestehen nicht mehr aus einem gedanken- und willenslosen Haufen von Fremden und Söldlingen, sondern aus Bürgern, oder denselben doch meist eng Verbundenen. Ist dadurch, daß jeder zu dem Waffendienst herangezogen wurde, anfangs Soldatengeist im schlechten Sinn, d. h. der Geist der Rechtsverachtung und der zahmen Unterwürfigkeit unter die Befehle der Macht, in die Bürger gefahren, so hat der Bürgergeist dafür nachher desto mehr den knechtischen Söldlingsinn aus den Heeren vertrieben, in denen jener offenbar im Fortschreiten und Siegen über diesen ist. Die Meinung von der Pflicht des passiven Gehorsams des Soldaten, und die Entgegensetzung der Soldaten und Bürger, oder des Volks, machte die Heere zum Schutz und Trost, das immer zunehmende Aufhören von Beidem macht sie zum Schrecken der Willkürherrschaft. Die Waffe zerbricht, indem sie gebraucht werden soll, wozu sie nicht gebraucht werden sollte; ja sie wird lebendig, und kehrt sich selbst gegen den, der die Freiheit und wahrhafte Ordnung und das Recht mit ihr tödten wollte, zu dessen Schutz das Eisen da, und zu dessen Zerstörung es noch immer ein viel zu edles Metall ist.

Wenn dem aber auch nicht so wäre, es ist ganz richtig bemerkt, daß wenn die ultima ratio der Könige in den Kanonen, die der Völker in den Barrikaden bestehn. Diese Gründe aber scheinen die stärkern zu sein¹²⁾.

¹²⁾ Vermuthlich aus dem natürlichen Grunde, daß die gerechte Sache

Denn unwiderleglich beweisen die neuesten Ereignisse, daß bei großen Unruhen, wenn die Bürger directen oder indirecten Antheil daran nehmen, mit den Soldaten gegen das Volk nichts auszurichten ist.

Eben so unbrauchbar hat sich die — sonst als eine Hauptwaffe der Despotie geachtete — öffentliche und geheime Polizei, sammt schändlicher Verletzung des Briefgeheimnisses, erwiesen, um Unruhen, die an der Zeit sind, oder von den Bürgern unterstützt werden, zu verhindern, oder nur die Vorbereitungen oder Anstifter zu entdecken — die hohe Polizei! — Sic transit gloria mundi!

Man hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, revolutionäre Theorien, Grundsätze und Phrasen, Lieder, Bücher und Comödien, Moden, Bilder, Gypsbüsten, Erinnerungen und Gedanken gehaßt und gefürchtet zu machen, und aus der Revolution, lächerlich übertreibend und ärgerlich lügend, verdrehend, und die Schuld auf die Unschuldigen von den Sündern abwälzend, einen wahren Popanz zu schaffen. Aber das war nur dumm, denn es bewies denen, die sich fürchten sollten, daß man sich selbst fürchtete. Die furchtsamen Kinder fanden sich nicht; aber da der gerechte Gott dem Unfug der Gegenrevolution, die auch seinen Namen mißbrauchte, ein Ende ersehen hatte, da kamen tapfere Männer und improvisirten eine Revolution, über deren reinen, wunderherrlichen Glanz die Feinde der Revolution sich viel mehr betrübten und erschraaken, als wenn nochmals die Gräuel des Terrorismus über das schöne Land gekommen wären. Die tapfern Männer aber hatten die Marseiller Hymne noch nicht vergessen, und der Bürger-

doch am Ende immer oben bleibt. Sie aber ist in der Regel auf Seiten der Völker, denn es ist für die Regierungen zu leicht, sich der Liebe und Treue jener zu versichern, und sehr viel gehört dazu, bevor der gebildete und besitzende Bürger (ohne den der große Haufen keine Revolution bewirken kann) die öffentliche Sicherheit, Habe, Ruhe und Leben auf's Spiel setzt und zu den letzten Gründen greift.

könig zahlte endlich das Honorar an den Dichter aus, seinen Freund!

Zeitungsartikel, große und kleine, populäre und hoch- und übergelehrte Schriften, eine nagelneue, ganz überschwängliche und vor allen Dingen höchst vornehme Philosophie, Katechesen und Katechismen, Predigten und erbauende Reden im Munde der Diplomaten sollten bewirken — sogar die ganze Staatswissenschaft wurde expresse restaurirt — daß das monarchische Princip im despotischen Sinne, und das Princip der Legitimität also in die Meinung der Völker überginge, daß diese auch die ärgsten Mißbräuche der obersten Staatsgewalt für erlaubt, die schändlichste Tyrannei für unantastbar halten, und Alles billigen und dulden möchten, was nur von bestehenden, Christlichen oder Türkischen, von den Mächten anerkannten Regierungen ausginge. Diplomaten und Publicisten, Minister und Höflinge wendeten sich auch einmal an den Himmel, an den sie schwerlich alle glaubten, und suchten allda und fanden oder fanden wieder das göttliche Recht der Könige, ohne auf Erden für eine gute Auslegung desselben zu sorgen, oder gar um selbst beizutragen, daß die Beknechtung und das Elend der Völker fortgesetzt und vollendet werde. Aber es hat Alles nichts angeschlagen. Die Völker wollten sich nicht überzeugen lassen, daß eine tyrannische Legitimität ein Recht habe zur Tyrannei, und wo sie bei der Legitimität die Vernunft und das Gewissen vermißten⁴²⁾, da griffen

⁴²⁾ Dieß ist freilich wörtlich genommen nicht ganz richtig, aber so ist's auch nicht eben verstanden. Dieß muß bemerkt werden, damit bei Uebelwollenden nicht der Schein auf den Verfasser falle, als meine er, daß bei der Portugiesischen Legitimität auch nur ein Funke von Vernunft, Gewissen oder Recht zu finden sei, oder von den Portugiesen gefunden werde. Hofft man doch in ganz Europa, daß dieselben bald, wie die Nordamerikaner sich ausdrückten, an den Himmel appelliren, und sich und sämmtlichen Europäischen Fürsten den Dienst leisten werden, ihr Land von dem Tyrannen zu befreien.

sie auch hinauf in den Himmel, und fanden dort das wahre, ewige Recht, das von der Legitimität verachtet und bei ihr nimmer zu finden war.

Hier suchte man auszuweichen, durch Verheißungen ohne That, beschwichtigende Phrasen, täuschende Anstalten. Und man hat eine Zeit lang beschwichtigt und getäuscht. Aber da es zu dem Aeußersten gekommen ist, daß die Völker sich selber helfen zu müssen geglaubt, glauben sie auch ferner an keine Verheißung mehr, ohne That, wird sie keine Phrase mehr, sondern nur Rechtsgewährung beruhigen, wird sie keine Anstalt mehr täuschen, es sei denn, daß dieselbe ein anderes als ein Scheinwesen enthalte.

Dort meinte man es gut genug, mochte aber auf die Gewalt, wenn auch nur dem Volke Gutes zu thun und dabei unbeschränkt zu sein, nicht verzichten, und trachtete, mit gutem Willen die Lücke auszufüllen, die nach der Völker Meinung auszufüllen gewesen wäre durch angemessene Institutionen und wirksame Rechtsgarantien. Aber mit allem guten Willen, und mit allem bei einmal so gestellten Dingen, unwirksamen, wie sehr auch lobenswerthen Bemühen, hat man nicht zu schaffen vermocht, daß an mehreren Orten desselbigen Vaterlandes, da überall billigerweise ein bescheidenes Glück sein, und zum wenigsten Recht hätte herrschen sollen, Unverstand und Bosheit die Ruhe, das Glück, das Recht zerstörte, und das ganze Vaterland in Gefahr brachte. Und also erwachen mit neuer Stärke — zumal auch die Rettung nur auf einem glücklichen Zusammentreffen von Umständen und auf dem zufälligen Dasein persönlicher Gesinnungen, wie und wo sie sein sollen, beruht — die alten geschweigten, doch nicht verjährten Ansprüche und Forderungen der Zeit: Glück, Ruhe und Recht dem Spiele des trügerischen Zufalls zu entreißen, und auf festen Grundlagen zu sichern.

Wenn man zu der Zeit, als die jetzt bestehenden Verhältnisse gegründet wurden, die besorgten Freunde des Rechts und der Freiheit zu beschwichtigen suchte, indem man

auf die Persönlichkeit der hohen und höchsten Häupter, auf ihre Verheißungen und offenkundigen, edeln Gesinnungen, und dann wieder darauf hinwies, wie sie selbst vor der Welt: Mäßigung und Gerechtigkeit! als ihre Verpflichtung gegen ihre Völker erkannten⁵⁰⁾; — wenn man so, was Noth that, zu hintertreiben suchte, und vor allen Dingen Geduld und wieder Geduld, Vertrauen und wieder Vertrauen ohne Garantie forderte; — so hat dies Alles jetzt keine Bedeutung mehr, nachdem wir handgreiflich erfahren haben, daß die Verhältnisse mächtiger sind, als die Menschen, daß der Bestwollende irren kann, und Irrthum auf dem Throne oft genug nicht minder verderblich ist für die Völker, als Bödsmeinen, und daß es Gott versuchen heißt, zu vertrauen ohne Vorsicht, d. h. ohne Vorkehrungen gegen unvorherzusehende Zufälligkeiten, mögliche Irrthümer, menschliche Schwäche.

Darum überredet uns keiner mehr, daß wir ein glückliches Volk sind, wir sehen denn unser Glück gewährleistet. Darum spricht uns Niemand mehr Ruhe ein, wenn er uns nicht die Stelle zeigen kann, wo sicherer Schutz für das Recht zu finden ist. Darum schwagt uns Niemand mehr in ein trüges Vertrauen hinein; es sei denn, daß er hinweisen könne auf die Reformen in unsern Institutionen, die die Vorsicht erheischt. Wir denken mit jenem Edelen, der Schicksale der Völker Erfahrenen und des Weltlaufs Kundigen⁵¹⁾: »Einherrschaft ohne (kräftige) Mittelmacht, ist an Titus und Antonin abscheulich!« denn wir können mit unsern eigenen, unwiderleglichen Erinnerungen und noch beleidigten Gefühlen mit Jenem hinzusetzen: »weil Domitian und Commodus nachfolgen können!« — und wohl schnell genug, da man es nimmer gedacht hätte. Auf den Münzen Nero's kommt häufig vor: Libertas! und am ge-

⁵⁰⁾ Kachener Erklärung.

⁵¹⁾ Joh. v. Müller.

wöhnlichsten: *Fides mutua, Liberalitas augusta, Felicitas publica!* Und die Römer, die Augustus Zeiten gesehen, erfuhren, was Worte bedeuten. Auch wir haben es erfahren, denen einst freudig das Herz schlug, da wir die so großsinnige als erhabene Verkündung vernahmen: Mäßigung und Gerechtigkeit wird die Fürsten leiten als Gesetz! — *Modération, justice!* — Großer Gott! — Zweifelt nicht, mit blutendem Herzen haben die edeln Fürsten, die ihrer schönen Erklärung nicht vergaßen, dieser Mäßigung und Gerechtigkeit zugesehen, und wehe, wehe hat ihnen ihre Ohnmacht gethan. Kein verblendeter Rathgeber oder falscher Freund wird ihnen fortan nahen und zuflüstern dürfen, daß das Volk in strafbarem Mißtrauen Thörichtes fordere, und daß ihre Hochherzigkeit, bei zu wenig beschränkter Macht, ausreiche, die Völker zu beglücken.

Wenn nach dem Befreiungskriege freimüthige Aufdeckung bestehender Mißbräuche, selbst der mäßige Tadel der ergriffenen Maaßregeln, geäußerte Unzufriedenheit, Wünsche, Besorgnisse, Warnungen, von kurzsichtigen, feilen oder übelwollenden Schriftstellern vornehm zurückgewiesen und dreist bezeichnet wurden als unpraktische Träumereien, Schwindeleien und Gespensterseherei, Gefahr der Revolution bringend, als Hochverrath gar; wenn so der Eine sich einschüchtern ließ, und der Andere irre ward an sich selbst; so würde es nunmehr vergebliche Mühe sein, durch ein solches Verfahren Aehnliches bewirken zu wollen. Wir haben es erfahren, daß nicht das freie Wort, sondern die Unterdrückung desselben unheilsam war, und daß eine erträgliche Unbequemlichkeit besser gewesen wäre, als großes Unheil; daß nicht der Tadel, sondern das Loben gefährlich war; daß nicht der Angriff auf Mißbräuche, sondern ihr Fortbestehen und der ihnen ertheilte Schutz böse Folgen gehabt; daß die Unzufriedenheit gerecht, und die Zufriedenheit Kurzsichtigkeit oder Heuchelei, die Besorgniß gegründet war, die Warnungen eingetroffen sind; daß die Gewährung der gerechten Volkswünsche allein hätte vor dem

Unglück des Volksaufstandes bewahren können; daß nichts sich unpraktischer erwiesen, als die Willkürherrschaft, und nichts geschwindelt hat, als der Troß auf die Macht; daß Niemand an den Fürsten zum Verräther geworden, als die, die an den Volksinteressen zu Verräthern wurden, den Fürsten die Meinung der Völker verbargen, und bewirkten, daß die Klage derselben verstummen mußte. Die Gespenster aber sind erschienen, und wir haben sie in Graus und Flammen gesehn. Ihre Spötter können sie nicht mehr läugnen, und haben sie nicht bannen gekonnt.

Darum hilft auch jene künstliche Verwechslung der verständigen Freiheitsfreunde mit einigen Thoren und Uebelgesinnten, von tausend ächten Freunden des Volks mit einigen Wenigen, welche Lust zu bezeigen schienen, oder oft auch nur scheinen sollten, Volksaufwiegler zu werden, von Thorheiten und überspanntem Eifer für das Gute mit Verbrechen; jene schändliche Anschwärzung des Volks, jenes Argwohnsäen, jene Verdächtigung der öffentlichen Meinung, als das Geschrei gefährlicher Factionen, jene Herabsetzung derselben als gänzlich verkehrt und verschoben, — nichts hilft es, gar nichts mehr!

Mit einem Worte, man hat zu jedem Mittel der Gewalt und List, zu rechtmäßigen und unrechtmäßigen Mitteln, zu guten und schlimmen Werkzeugen gegriffen; man hat es versucht mit der Stabilität und der Reaction, mit dem Preßzwang und der Censur mit und ohne Scheere, mit der durchfahrenden und methodischen Verfinsternung, mit den Jesuiten und Missionarien, mit Ablass und Brandstiftung, mit dem schwarzen Cabinet und mit Hirtenbriefen, mit Fasten, Beten und Intrigiren, mit dem heiligen Vater und der Congregation, dem Absolutismus und der Legitimität des Rechts und des Unrechts, mit Anfeindung des Vernunftrechts und Anwendung der rohen Gewalt, mit Krönungen und Salbungen, Krönungsgemälden und Dichtern, Bündnissen und Meineiden, Versprechungen und Lügen, mit Verfolgung der Freigesinnten und Belohnung

der Knechte, mit Prevotalgerichten und Cabinetsjustiz, mit der Mystik und Frömmerei, mit Aristokratie und Clerisei, mit Reprissination aller noch möglichen alten Mißbräuche, verderblichen Institutionen und Maximen, woraus die Revolution hervorging, und die man wieder hervorsuchte, um jene zu unterdrücken; — nichts hat geholfen, den Mahnungen des Geistes der Zeit sich zu entziehen, seine Fortschritte aufzuhalten, seinen Ansprüchen auszuweichen, seine Macht zu brechen. Jedes Mittel ist angewendet, und — verbraucht, lächerlich oder verhaßt geworden; keins hat zum Ziele geführt.

So gilt es denn, die alten Bande zwischen den Fürsten und Völkern, welche die Zeit weder abgenutzt noch der Ereignisse Macht zerrissen hat, zu befestigen, die lose gewordenen zu stärken, die aber, die ja zerrissen oder zu Hindernissen des Vertrauens und der Liebe geworden sind, zu ersetzen durch neue, zu denen Beschränkung der Macht, Aufgeben des werthlos Gewordenen, Sicherung des Rechts, Gewährung gesetzlicher Freiheit und Vertrauen zu den Völkern, die nichts Unbilliges begehren, noch Feindliches sinnen, den reichen Stoff darbieten.

So gilt es, den edeln und richtigen Ideen der Revolution sich anzuschließen, die, ein riesenhafter Geist, der jeder Macht über das Haupt gewachsen, durch Europa geht, und dessen Daherschreiten ähnlich ist der unwiderstehlichen Völkerfluth, die einst von Asien über Europa sich herwälzte, die Völker in sich aufnahm, die Bündniß mit ihr schlossen, und die sich widersetzten, vernichtete oder zerstückte. Es ist aber kein Held der Freiheit zu erwarten, der ihn beziegte. Denn er ist überall in Freundeslande, nirgend sind ihm feindliche Gesilde, auf welchen ein Vernichtungskampf gegen ihn gekämpft werden könnte, nirgend Völker, die den Kampf auf Tod und Leben gegen den Freiheitsräuber kämpfen würden, denn er führt die Freiheit ihnen zu.

Dazu ziehen sich finstere Wolken zusammen, und daß die Blitze des Kriegs aus ihnen heraus schlagen, kann viel-

leicht nimmer verhütet werden. Dann thäte doppelt und dreifach noth, daß Volk und Fürsten einander trauen, daß alle Deutsche Völkerstämme ein einiges Band umschlänge, damit nicht Mißtrauen und innerer Zwiespalt die Kräfte lähme, damit wir nicht, vereinzelt, vielleicht abermals alle überwunden werden, damit unsere Krieger nicht unmuthig und unwillig in den Kampf ziehen, und der Bürger nicht widerstrebend und karg die nöthigen Opfer bringe, damit für den höchsten Nothfall mit Erfolg die Volkskraft aufgeboten werden könne, damit, wenn die Politik abermals trennen wollte, was verbunden sein soll, nicht mit Entsetzen Deutsche gegen Deutsche stehen, hinzufügend zum Kriege mit den Fremden den Bürgerkrieg, in welchem selbst dem Siege nur Trauer folgt, und des Siegers Schläfe kein Lorbeer zielt. Freudig und willig aber würden unsere Heere — was auch Schmeichler oder Verblendete von einem willigen Folgen der nicht mehr willenlosen auf jeden Ruf der Fürsten sagen mögen — in keinem Kriege streiten, der gegen die Meinung wäre; und das würde jeder sein, der ohne ein großes Volksinteresse, oder gar gegen Völkerfreiheit geführt werden sollte. Ich weiß nicht, ob jetzt noch Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden; aber sie würden es sicher nicht mit Ernst und Ausdauer, und ohne die tiefste Indignation, ohne das lebhafteste Gefühl der Beschämung.

Wie aber wäre gegenseitiges Vertrauen des Volks und der Fürsten denkbar, wenn diese nicht sichtbar dem Geiste der Zeit huldigten, und den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Völker entgegenkämen? wenn diese nicht jeden Hader mit den Regierungen bei Seite setzten zur Zeit des Kriegs, als nicht der besten Zeit, auf Gewährungen zu bringen, jede Forderung auf andre Zeiten verschoben, und einstweilen nur darauf dächten, durch neue Bewährung achten Bürgerfinns der Erfüllung der alten Verheißungen sich noch würdiger zu machen.

Daß in der vielleicht bevorstehenden großen Entwicklungsperiode der vaterländischen Schicksale nicht abermals

über denselben ein böses Verhängniß walte! Daß die große Zeit nicht ein kleines Geschlecht, insbesondere ein kleines Geschlecht von engherzigen Deutschen finde! — Das Volk denkt Deutsch, liebt das Vaterland, ist zu That und Opfern bereit — nur Raum begehrt es zu jener, ein großes Interesse für diese — und bewahrt im Herzen die alte Treue und Liebe zu den angestammten Fürsten. Es sieht mit Hoffnung auf zu ihnen, daß sie mit gleichem Sinne es führen, seine Kräfte einen und ordnen, richten auf ein hohes Ziel. Erwartungsvoll hört es auf ihre Worte, blickt es auf ihre Schritte, ob sie auch alle ihre Zeit und ihr Volk erkennen, ob der Geist dieser Zeit sie auch alle ergriffen; — und es liegt schon am Tage von den Edelsten: er hat sie ergriffen! und keiner hat seinen Mahnungen sich feindlich entgegengestellt.

»Durch die vielveränderlichen Modificationen großer Staatskrisen kann jede Nation, so gerecht, so friedsam sie sei, in Augenblicken, da sie es am allerm wenigsten vermuthet, aufgerufen werden, vor Europa zu zeigen, was sie ist. Wie dann, wenn sie schläft⁵²⁾!!!«

Also rief einst Joh. v. Müller den Eidgenossen zu. Auch wir sollten es uns gesagt sein lassen, und zumal jetzt beherzigen! Den Eidgenossen hat es Verderben gebracht, daß sie die Mahnung in eitler Sicherheit überhörten oder verachteten.

Nun aber meine Niemand, es solle besser werden, indem er nur Gutes dahin nehme und Rechtes geschehen lasse von Andern. Denn was uns vor allen Dingen noth thut, und nicht sein oder werden kann, wo nicht Jeder sich bereit findet zu That und Opfern, ist Gemeinsinn und Bürgertüchtigkeit. Fehlte es daran gänzlich, so würden nimmermehr die Verbesserungen in unsern politischen Institutionen herbeigeführt werden, die wir wünschen; und würden

sie ohne lebendige Theilnahme des gebildeten Bürgerstandes herbeigeführt, so würde es zweifelhaft sein, ob sie viel nütze und dauerhaft wären.

Das Ziel- oder Allermwärtsregieren, das die Entwicklung des bürgerlichen Lebens hemmt, und nichts weniger, als die beste Verwaltung der gemeinen Angelegenheiten ist, soll ein Ende nehmen; — und es sollte aufhören bei träger Passivität der Bürger? Diese Passivität und jene Gleichgültigkeit gegen die gemeinen Interessen, jenes Nichtbekümmern um die Angelegenheiten der Gemeinde oder Stadt, Provinz, bei guter Bekanntschaft mit nichtsbedeutenden Dingen daheim und mit den Dingen des Auslands, der ganzen Welt; jenes gedankenlose, die Regierung, die Stände, die Beamten Gehen- und Alleinmachenlassen, wohl gar selbstsüchtiges Zurückziehen von den angesonnenen Mähen und Opfern, neben endlosen Klagen und Anklagen der Beamten, der Regierung, — das in der That ist ein so schlechter Titel als einer, unter welchem man Emancipation in Beziehung auf das bürgerliche und politische Leben ansprechen könnte. Ueberall, wo über drückende, aus einem vorhandenen Mißverhältniß der Institutionen und des Zustandes der Gesellschaft entspringende Uebel geklagt wird, und sofern dasselbe nicht durch constitutionswidrige Handlungen der Regierung herbeigeführt oder vergrößert ist, trägt wenigstens die ganze Masse der Gebildeten und derer, denen die Gelegenheit zur Bildung nicht mangelte, mit jener die Schuld. Denn entweder, es wurde von beiden Theilen die Nothwendigkeit der Verbesserung zu lange, oder der rechte Zeitpunkt der letztern übersehen; oder beide fehlten, indem die Regierung dieselbe nicht wollte, oder nicht das Rechte und Genügende dazu that, das Volk aber nicht die rechten Mittel anwendete, die rechte Weise nicht traf, die nöthige Ausdauer nicht bewies, die sich kein Fehlschlagen und Mühverlieren ermüden, nicht den nöthigen Muth, der sich nicht einschüchtern noch erschrecken läßt; nicht die nöthige Hingebung, die Gefahr und Schaden nicht achtet — um die

⁵²⁾ Schweizergesch. Zuschrift.

Regierung zu bewegen, oder in den Stand zu setzen zu dem, wozu dieselbe keine Neigung zeigte, oder zu unfähig war.

Denn auf die Länge wenigstens vermag keine Regierung in der Welt, sich dem zu entziehen, was die gebildete Masse des Volks auf die rechte Weise und beharrlich will. Mit Recht sagte ein Dichter des Alterthums (Juvenal):

*Ille sapit, qui te sic utitur. Omnia ferre
Si potes, et debes!*

und ein Philosoph der neuern Zeit (Kant): »Wer sich selber zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, wenn er mit Füßen getreten wird.«

Es ist eine alte Wahrheit, daß, wo keine Sklaven, auch keine Tyrannen sind! Ebenso sind auch keine unfreie, wo keine engherzige, untüchtige Bürger, und bald wird bürgerliche Freiheit vorhanden sein, wenn nur die Bürger, die dazu nöthig, erst vorhanden sind. Für die Leiden und Verbrechen, welche die Tyrannei mit sich führt, sind mit dem Despoten die verantwortlich, die jene dulden. Die Freiheit der civilisirten, von der barbarischer Nationen sehr verschieden, mußte, nachdem die der letztern untergegangen war, überall den Durchgang durch die Despotie nehmen, die merkwürdigerweise also die Mutter der edleren Freiheit ist — freilich ohne alles Verdienst und Würdigkeit — oder so zu sagen, das Fegefeuer der Freiheit, aus dem sie — denn eine Anomalie findet Statt — herauskommt, ohne daß Pfaffen Messen für sie lassen, oder viele Könige dergleichen für sie lesen ließen. Ueberall, mit wenigen oder keinen Ausnahmen, ist sie der Entwicklung des Bürgerfinns nachgefolgt, hat durch denselben errungen werden müssen, gewöhnlich unter schweren Kämpfen und Mühen. Denn der Könige, die in der Weise, wie Alfred von England, handelten und sprachen: »Die Engländer sollen frei sein, wie ihre Gedanken!« hat es von jeher nur sehr wenige gegeben, und doch haben auch die Engländer die Freiheit nicht wohlfeilen Kaufs erlangt.

Die Partheien der Regierung und der Opposition — in den Kammern und im Volk — sind gewöhnlich ganz ungerecht, indem jede mehr oder weniger ausschließlich nur die Regierung, oder nur das Volk anklagt. Abgesehen von dem, was auf das Verhängniß fällt, das dem einen Volke günstiger als dem andern ist, wird fast immer, wenn nicht ohne alle Ausnahme, auf beiden Seiten gefehlt. Aber allerdings kann es sein, daß ein selbst nach Freiheit strebendes Volk mehr oder weniger die Willkürherrschaft verdient, weil es die Freiheit umsonst, ohne Mühe, Leistungen und Opfer, ohne achten Freiheitsfinn begehrt, der wenigstens die, mehr als man gewöhnlich meint, große Summe der gesetzlichen Mittel, um zur Freiheit zu gelangen, erschöpft, ehe er zur Gewalt schreitet. Denn »nur so viel kann von Freiheit der Masse zu Theil werden, als sie zu verdienen weiß, und gewaltthätige Handlungen können nimmer den Mangel des Verdienstes ersetzen,« — des echten Freiheitsfinns, ohne den die durch Gewalt herbeigeführte Freiheit in der Regel doch wieder verloren geht, indem höchstens Personen, Name und Form des Despotismus sich ändern.

Ohne Zweifel würden wir mehr erlangt haben, wenn unser Volk — das keineswegs ohne eigene Schuld in seine kläglichen Verhältnisse hineingerathen war seit Jahrhunderten — schon so viel Gemeisinn und bürgerliche Tüchtigkeit wirklich besessen hätte, als wir zur Zeit der Begeisterung meinten; übersehend, daß das von Individuen Gesagte auch von den Völkern gilt, »daß zwar Keiner so böse ist, als seine schlechten, aber auch Niemand so gut, als seine edlen Aufwallungen.« Wenig würde man auch des Gedeihlichen von der, durch die neuerdings unter uns stattgehabten Empörungen erkämpften Freiheit erwarten dürfen, wenn jene etwa von einem nur durch Beispiel bewirkten Freiheitschwindel, nicht von guter Einsicht in ein offenes Bedürfnis ausgegangen, nicht erst nach langen Mühen, auf gesetzlichem Wege zur Freiheit zu gelangen, erfolgt wären, und wenn sie nicht, indem sie zur Ausbildung des

Bürger- und Gemeinfinns, hier mehr, dort weniger, doch überall benutzt werden, (Sachsen und Hessen scheint es mehr als Braunschweig⁵³) zu thun) die Erhaltung der erlangenen Vortheile verbürgten.

Es kann aber auch sein, daß die Regierung, indem das Volk der Freiheit sich würdig zeigt, die Geduld desselben mißbrauchend, ungebührlich seine billigen Begehungen zurückweist. Dieß ist, namentlich seit den Zeiten der Revolution, bei manchen Regierungen der Fall gewesen, indem

⁵³) Der Grund hiervon möchte eine gewisse, bei nicht Wenigen sich zeigende Timidität, d. h. (benn sonst ist eben keine Furchtsamkeit in Br. gewesen) zu weit getriebene Behutsamkeit oder Zurückhaltung in dieser Beziehung, gewesen sein, die wieder ihren Grund darin hatte, daß die, von den Mächten abhängige Entscheidung, daß der Durchl. Herzog Wilhelm die Regierung des Landes definitiv antreten werde, sich so lange verzögerte, und daß man meinte, man dürfe, um nicht der Erreichung des Hauptzweles hinderlich zu werden, Wünsche von Verfassungsreformen (zumal da auch die Anerkennung der übrigens in Wirklichkeit bestehenden Verfassung von einer erlauchten Versammlung noch erwartet wurde) nicht zu laut werden lassen u. s. w., damit es nicht scheine, als sei (der schlechte Ausdruck ist wenigstens der kürzeste) Demagogie im Spiele gewesen. — Daran ist etwas Nichtiges, aber ganz richtig möchte es auch nicht sein. Denn einmal hat es doch keine Demagogie, an die jetzt überhaupt nicht gedacht werden kann noch wird, so weit getrieben, als hier nun einmal geschehen war. Sodann würde gewiß keine Macht in der Welt den Braunschweigern verargt haben, ihre Erfahrungen sich zu nütze zu machen und ihre Zukunft zu sichern, und sich ferner selbst zu helfen, da ihnen ja bisher Niemand geholfen. Was aber jene erlauchte Versammlung betrifft, so würde dieselbe am Ende wohl auch Verfassungsreformen anerkannt haben, sofern das nöthig war, da dieselbe schwerlich von irgend jemand in Anspruch genommen worden wären. Ohnehin konnte für den Augenblick nur von Verabredungen oder Vorbereitungen die Rede sein. — Es möchte auch vor den revolutionären Ereignissen in Sachsen und Braunschweig, hier verhältnißmäßig die geringere Masse von politischen Ideen im Umlauf gewesen sein. Auf der anderen Seite war die Landschaft in der Opposition des ganzen Landes gegen die vorige Regierung vorn an und verfolgt gewesen, so daß sie mit der Meinung einig war, und daß man ihr für die Zukunft vertraute.

sie die seitdem offenbare, länger schon und allmählig vorbereitete Veränderung im Zustande der Völker, und den Umstand aus Kurzsichtigkeit übersahen, oder aus Herrschsucht nicht berücksichtigen mochten, daß dieselben eines größern Maaßes von Freiheit wirklich fähiger und würdiger geworden waren. Denn die Empörungen der Völker beweisen meistens jene Ungebühr der Regierungen, oder wenigstens deren Unfähigkeit zur Herrschaft ohne, oder bei so unkräftiger Mittelmacht, als vorhanden ist, und also daß sie (in gleichem Sinne als man sagt, daß die Völker, die die Freiheit nicht erringen, derselben auch nicht werth sind) nicht verdienen, ohne, oder bei so geringen Schranken der Macht zu regieren. So viel muß von Freiheit der Masse zu Theil werden, als sie zu verdienen weiß. Das aber ist in einer nicht idealischen Welt nicht zu erwarten, daß auch nur irgend ein im Allgemeinen auf die rechte Weise nach Freiheit strebendes Volk auch keins der rechten Mittel verfehle u. s. w., und eben alle erschöpfe oder nur entdecke, bevor es zur Gewalt schreitet.

Mit dem Allen soll aber keineswegs behauptet werden, daß nicht durch bürgerliche Emancipation und angemessene Institutionen der Gemeinfinn ausgebildet oder erst geweckt werden könne. Das ist eben die sinnlose Mißdeutung der Wahrheit, daß die Freiheit verdient werden müsse, und daß alle politischen Institutionen ohne Gemein- und Bürgerfinn nutzlos sind; das ist ihr heilloser Mißbrauch, daß man jene Institutionen verweigert, weil das Maaß von Bürgertüchtigkeit noch nicht vorhanden ist, das nur durch sie erlangt werden kann; daß man nicht bedenkt oder anerkennen will, daß dieselben nöthig oder wenigstens nützlich sein können und wahrscheinlich sein werden, indem sie den schlummernden Bürgerfinn wecken oder anregen, was doch kein Unglück ist für den Staat; daß die Kraft, die doch immer da ist, der Anregung, des Raums und der Gelegenheit, zum wenigsten der Möglichkeit zur Entwicklung bedarf, und daß es zur Pflicht der Regierung gehört, jene

Möglichkeit herbeizuführen. Denn wenn gesagt wird, daß unfreie Völker die Freiheit nicht verdienen, weil sie dieselbe nicht durch Mühe und Arbeit erringen mögen, so ist damit nicht gesagt, daß ihre Regierungen von Rechtswegen versäumen dürfen, sie zur Freiheit zu leiten, oder gar, sie tyrannisch mit Recht behandeln. Solche Völker können sich freilich darüber nicht beklagen, aber auch nur insofern nicht, als man Niemand anklagen darf, wenn man selbst nicht ohne große Schuld in derselben Sache ist, wodurch aber kein Theil von seiner Verdammniß befreit wird.

Mit dieser Einschränkung bleibt aber jene Wahrheit, was sie ist, und die angegebene Mißdeutung derselben würde immer sogleich als solche erscheinen und somit wenig schaden können, wenn der Irrthum sich nicht an die mehr oder weniger immer stattfindende wahrhafte Thatsache anhängen dürfte, daß die Völker es am Verdienen der Freiheit fehlen lassen.

Ihr wünscht mit Recht zunächst eine tüchtige Municipal-Verfassung. So macht Euch denn mit den bei Euch, und bei Andern, wo der Wunsch schon erfüllt ist, bestehenden Einrichtungen, den Interessen und Hülfsmitteln Eurer Stadt bekannt. In ähnlicher Weise gehe es zu, wo es der Erlangung einer tüchtigen Landesverfassung gilt. Mag sich das Volk um seine gemeinen Angelegenheiten nicht kümmern, oder seine Ansichten und Wünsche nicht zu erkennen geben, so fehlt es selbst seinen Vertretern, sowohl an den nöthigen Aufklärungen darüber, als an Aufmunterung, denselben gemäß das Ihre zu thun, und am Ende geräth einer und der andere Landstand — Burgemeister z. B., wie wir das Beispiel erst in Sachsen gehabt — darauf, sich einzubilden, daß er für seine Person Landstand sei, indem er nur das Recht der Landstandschafft, das seiner Commune gehört, auszuüben hat. Wir haben noch viel Mangel an Theilnahme für die gemeinen Angelegenheiten und viel Scheu vor Allem, was öffentlich heißt, Scheu, unsere Ansichten, unsere bürgerliche oder amtliche Wirksamkeit, unsere

Person der öffentlichen Beurtheilung auszufehen bei uns zu überwinden. Diese Scheu, und daß Alles gut sein soll, was sie machen, und die Meinung, daß das Volk nicht über Alles räsonniren müsse, ist ein weitschleichendes Gift, besonders in unserm Beamtenstande, den Ausdruck im weiten Sinn genommen. Und doch ist es an ein unwillkommenes Licht getreten, daß unser Volk ein gesundes, practisches Urtheil besitzt, und vielfach weit besser erkannt hat, was nicht sein sollte, oder noth thut, als seine nicht immer weise oder gewissenhaft administrirenden Beamten.

Auch dazu, daß die Scheu vor der Oeffentlichkeit und Furcht vor jeder selbstständigen Bewegung des Volks sich vermindern, sind die neuesten revolutionären Vorgänge sehr förderlich gewesen. Im Hessischen, z. B. in Fulda, bildeten sich Vereine von Bürgern, in welchen Aufklärungen oder Instructionen für die Vertreter der Stadt abgefaßt wurden, was dort den Umständen angemessen sein mag, wiewohl im Allgemeinen das Wesen mit den cahiers schwerlich zu wünschen, nicht einmal zu billigen sein möchte. Die braven Hessen werden deßhalb nirgend für Jakobiner angesehen, weil sie Clubs politischer Tendenz eingerichtet; und was sie selbst betrifft, so würden sie ohne Zweifel durch etwaige verdächtigende Insinuationen Uebelwollender oder lächerliche Angst von Pedanten sich nicht irre machen lassen. Viel öffentlichen Sinn hat besonders das Institut der Bürgergarden verbreitet, und sehr wohl hat man es erkannt, daß der Bürger nicht bloß die Wehr zu Abwendung aller Störungen der Ordnung, wie er sie gegen Störungen des Rechts und der Freiheit ergriffen, tragen, sondern die köstliche Gelegenheit auch benutzen soll, den Geist der Freiheit und Ordnung zu erhalten und zu verbreiten. Denn das ginge freilich nicht, daß man bei der Macht des Bürgerstandes die Ordnung suchte, und die Freiheit nicht geben wollte. Jeder halte es aber auch für Pflicht, für Ordnung in einem andern Sinne zu wirken, ohne Furcht oder Trägheit, indem er seine Stimme am rechten Ort gegen Miß-

bräuche und Ungerechtigkeiten erhebt, die ebenfalls Unordnungen sind, wenn auch noch so sehr protegirt oder privilegiert. „Die Stadt — sagte Solon (bei Plutarch), gefragt, welche für die beste und glücklichste zu halten sei, ist es, in welcher das Unrecht von dem, der nichts davon zu leiden hat, nicht minder als von dem Gekränkten verklagt und zur Strafe gezogen wird.“

Lehrt uns der Athener auf der einen Seite, wie der Bürger arbeiten muß, so laßt uns auf der andern das Spartanergebet um die Kraft, Unrecht zu ertragen, nicht vergessen. Keine andere ist im bürgerlichen und politischen Leben nöthiger, wo Ansprüche des historischen und des Vernunftrechts sich entgegenstehen⁵⁴⁾. Nur zur Gewalt kann es führen, und nirgend frommen, wenn jede Parthei sofort volle Gerechtigkeit in ihrem Sinne verlangt.

Mögen die, die im hergebrachten Besitz solcher Berechtigungen sind, die der Entwicklung der Nationalkraft, den Bedürfnissen des jetzigen Geschlechts, den Forderungen des vernünftigen Rechts entgegenstehen, bedenken: daß ihr Recht oft nichts als nackter Besitz, daß am Ende die Gegenwart doch immer Recht behält vor der Vergangenheit, die sie repräsentiren, daß es besser ist, ein erträgliches Abkommen bei Zeiten zu treffen, als der Macht der Verhältnisse einen eigensinnigen Widerstand entgegen zu setzen, der nur um so größern, oder gänzlichen Verlust für sie herbeiführen muß. Gerechtigkeit, Weisheit, Patriotismus ist solche Mäßigung.

Mögen aber auch die auf der andern Seite, deren Ansprüche im ewigen Rechte der Vernunft und im unabweisbaren Bedürfnisse wohlbegründet sind, dieselbe Mäßigung be-

⁵⁴⁾ Eine hierher gehörige vortreffliche Abhandlung: Ueber den Streit natürlicher Rechtsprincipien, oder idealer Politik, mit historisch begründeten Verhältnissen, findet sich in Rotteck's Sammlung kleinerer Schriften, Bd. 2.

weisen, und nicht vergessen, daß billige Entschädigung⁵⁵⁾ denen gebührt, die auch um die billigste oft wohl nur mit Schmerz — und deutete dieser auch auf Vorurtheil — ererbten, von den Vätern her liebgewordenen Besitz aufgeben; daß Entschädigung ihnen oft nicht verweigert werden kann, ohne Unschuldige für Schuldige, die Sünden der Väter an den Kindern zu strafen, oder gar die Folgen des Unglücks der Zeiten, oder der Fehler die Alle begangen — und die von Allen gleich zu tragen sind — auf sie allein zuwälzen; daß der friedliche Weg der edelste, sicherste, den Bestand der zu erlangenden Vortheile verbürgendste, die Eintracht allein erhaltende ist. Das Verderbliche, Unrechte, Schlechte — zumal das Schändliche — soll fallen. Doch auch weder das Bewußtsein der Macht, noch der Starrsinn oder die niedrige Gesinnung derer, die es vertheidigen, verleite; zu andern Waffen zu greifen als den edelsten, damit es nicht bloß, wenn auch nicht so früh, besser werde, sondern damit wir, zugleich mit dem Bessern, den Ruhm des Edelmuths und der bessern Gesinnung davon tragen.

Das bedarf kaum der Erinnerung, daß, wo Verbesserungen der Geseze oder politischen Institutionen nothwendig geworden sind, die Repräsentanten des Volks zunächst wirksam auftreten und ihre Pflicht und Bestimmung erfüllen sollen, daß Organ der Wünsche desselben, und Vertreter seiner Rechte und Interessen zu sein. So lange aber das ständische Institut in der Eigenschaft als Volksvertretung noch so mangelhaft ist, wie hie und da zur Zeit, so lange wird Jeder, der die Geschichte und die Menschen kennt, die Sorge nothwendig erachten, daß nicht vergessen werde, wie es ehr- und gewissenlos sei, und fortan hoffentlich nicht hingehen werde, wie sonst, wenn die Stände den Umstand der unvollkommenen Organisation ihres Corps benutzen, eigene Interessen

⁵⁵⁾ Es versteht sich, daß hier nicht von politischen Vorrechten, wie von dem, Andere zu vertreten, die Rede sein kann.

wirksam auf Kosten derer des Volks zu verfechten, wodurch sie zu Verräthern an demselben werden ⁵⁰⁾.

Soll endlich die Regierung nicht Alles, auch nicht alles Gute allein thun wollen, so gebührt ihr doch naturgemäß die Stellung, und die Ehre, daß sie in der zum Bessern fortschreitenden Bewegung vorangehe. Freilich, wo das Einzelne besser geschieht, wenn es individueller Wirksamkeit überlassen bleibt, oder wo die Mannichfaltigkeit der nöthigen Einheit, die ganz etwas Anderes ist als Einartigkeit, nicht schadet, da höre das Regieren und Reformiren von oben auf. In allen andern Fällen aber gehe von der höchsten Stelle Plan und Andeutung der Richtung aus, damit etwas Ganzes werde und nicht nachtheilige Hemmungen eintreten.

Gebührende Achtung beweise stets die oberste Staatsgewalt, wenn sie zu Reformen — d. h. zu Herbeiführung oder Herstellung des wahren, ewigen Rechts der Vernunft — vorschreitet, gegen jedes wohlbegründete historische Recht, und nie überschreite sie die Grenzen ihrer Pflicht, hinwegzuräumen, was dem Gemeinwohl Schaden bringt. Die Erfahrung der bösen Folgen davon, daß der öffentliche Rechtszustand in Europa so schreckenvoll sich verschlechtert, daß erst das Streben der Regenten zur Alleinherrschaft, dann eine, in einer materialistischen Weltansicht befangene, über alles Recht der Schwachen hinaufziehende machiavellistische Politik, dann die größtentheils dadurch bewirkte Revolution mit ihrem Gefolge von gewaltsamen Umwälzungen von unten und oben in so vielen Staaten, alles positive

⁵⁰⁾ »Wehe dem Lande, sagt Häberlin, (Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Th. 2. S. 29) dessen Stände ihre Bestimmung aus den Augen setzen und wähnen, daß sie nur für ihre eigene, oft doch so unbedeutende Personen auf dem Landtage erscheinen, hier nur aus Nebenabsichten und zu ihrem Privatvorteil stimmen, dagegen aber taub gegen die Stimme des Volks sind, und nicht dessen Bestes zu befördern suchen.«

Recht — und von dem der Natur war nimmer und ist noch selten die Frage — so grenzenlos schwankend und ungewiß gemacht hatte; — die Erfahrung der bösen Folgen hievon für die Freiheiten der Völker und die Sicherheit der Throne umgebe jedes nur dem Schutze der Macht vertraute Recht mit heiliger Scheu, und dringe auch das Volk, wenn es mit seinen Ansprüchen und Auerbietungen von denen zurückgewiesen wird; die im Besitze desselben sind, die Hülfe so spät und vorsichtig als möglich, und nur nachdem die ganze Kraft der öffentlichen Meinung vergebens aufgeboten ist, bei der Gewalt der Fürsten zu suchen und in solchem Falle an das: *Timeo Danaos et dona ferentes!* zu denken.

Zwei Fehler sind es vor allen, die bei vorzunehmenden Reformen, besonders bei uns in Deutschland, ihrer Heimath, sorgfältig zu vermeiden sind: die Halbheit und die Langsamkeit. Man kann darauf zählen, wenn bei uns eine Stimme Raschheit, Energie, That, an die Stelle des Zauderns, ewigen Anschickens und Redens und Schreibens verlangt, daß man sogleich Ach und Zeter schreien, und von allen Seiten ein ermüdendes, und nicht eher endendes Einpredigen von Weisheit, Mäßigung, Ordnung und Besonnenheit hört, bis das Alles überflüssig wird, weil der rechte Zeitpunkt zum Handeln vorüber ist; daß sie von allen Seiten sich gebärden, als wenn das Vaterland in Gefahr wäre, da denn eine unabsichtliche Ironie, ich weiß nicht, ob mehr zum Lachen, oder zum Zorne reizt. Denn keinesweges sind wir, zu deren Eigenheiten oder eigenthümlichen Schicksalen es gehört, zu spät zu kommen, zur Klugheit erst durch den Schaden zu gelangen, und doch nicht klug, sondern nur superklug zu werden, wie unsere ganze Geschichte lehrt, durch Neuerungsucht oder Uebereilung und ein Uebermaas von Energie in den Zustand gerathen, in dem wir uns befinden.

Allerdings hat man sich vor Uebereilung und Unbesonnenheit auch bei uns zu hüten. Ordnung, Mäßigung und

Bedachtſamkeit ſind ſchöne Sachen, und bei uns ſo nöthig, als anderer Orten. Stufen- und nicht ſprungweiſe muß man in der Regel das Gute erreichen wollen, und bedenken, daß, wie Menſchen und menſchliche Dinge beſchaffen ſind, das Beſſere oft des Guten Feind iſt. Aber das iſt eben ſo wahr, daß das Gute nur mit dem Mangelhaften, nicht aber mit dem Schlechten beſtehen kann, das von ihm vernichtet werden, oder von dem es die eigene Vernichtung erleiden muß, wenn die unnatürliche Verbindung geſchloſſen wird; — daß man nicht auf der unterſten Stufe ſtehen bleiben muß, wenn man zur oberſten hinauf will; — daß man nicht ſchleichen oder ſchlendern darf, wenn das Gute, deſſen wir zu unſerer Zeit bedürfen, eher als in dreihundert Jahren erreicht werden ſoll, und daß man doppelten Grund hat, ſich zu beeilen, wenn man lange Zeit ſo bedachtſam geweſen, gar nicht fortzuſchreiten, ſo weiſe, nichts zu thun, ſo beſonnen, einzuschlafen, bis der Schrei der dringenden Noth aus dem Schlafe aufſchreckt, und der ſchon geſchehene Schaden nur flug macht und übrig läßt, zu erkennen und gründlich nachzuweiſen, woher er eigentlich gekommen.

Wir wollen die Freiheit mit Ordnung — wir haben es bewieſen! — aber nur nicht die Ordnung, oder auch die Willkühr, ohne Freiheit. Man ſoll uns nicht immer und immer vom Unheil der Lizenzen predigen, mit oder ohne Salbung, aber jedenfalls ohne Erbauung, und die Freiheit meinen. Man ſoll uns nicht Knechtſchaft für Gefeglichkeit, Pedanterie für Weiſheit, verblümmte Reaction für Vorſchreiten, Schlendrian für Mäßigung, und das Ungelück oder die Oberflächlichkeit, die kein Uebel am Grunde angreift, für ein weiſes Abhelfen unſerer Noth verkaufen.

Alte, neue und neueſte Erfahrung und Geſchichte ſind hier unwiderleglich. Würde haben geſchehen können, was geſchah, wenn man nicht unglücklicherweise den Begriff — denn die Sache iſt allerdings vortreflich — der Weiſheit, den der Beſonnenheit u. ſ. w. falſch definirt

hätte? Sehet hin auf die Gebrechen, die es allein möglich machten, daß wir zur Verzweiflung geführt wurden — ſie ſind entſtanden, feſtgehalten, unverbeſſert geblieben; auf die Uebel die uns immerfort drücken — ſie ſind verlängert; die Forderungen der Einſichtsvollſten, die Bitten und Klagen der Leidendſten ſind zurückgewieſen von den Vertheidigern und angeblichen oder angeblich einzig klugen Freunden der Regierungen, unter dem Vorwande von Vorſicht, unter ſchönen Reden von Zeitnehmen, unter Klagen über verderbliche Neuerungsſucht, unter beſorglichen Warnungen vor Uebereilung, unter vornehmen Achſelzucken über die Thorheit und Unfähigkeit derer, die nur ihre Träume von theoretischer Vollkommenheit verwirklicht ſehen wollen, unter leidenschaftlichen Deklamationen gegen Frechheit und Revolutionsſucht. Sieht man darauf, was nun dabei herausgekommen, ſo iſt es freilich klar, daß die angebliche Weiſheit und Beſonnenheit meiſtſhin, oder doch oft genug, nichts war, als die kläglichſte Beſchränktſeit, ein gänzliches Verkennen der Verhältniſſe, wie ſie eben in der Wirklichkeit waren, für chimäriſche Träume idealſcher Vollkommenheit, nicht vernünftiger von Wiederherſtellung der guten alten und für immer entſchwundenen Zeit, eine faſt unglaubliche Verblendung über wahrhafte Bedürfniſſe und Gefahren, ein ſtörriges wie übermüthiges Zurückweiſen der Lehren der Erfahrung, beſonders der jüngſten Zeit, indem es geliebt wurde, unaufhörlich ſich zu ſpreizen, als wenn man allein aus Erfahrung rede; ein Maaß von Leichtſinn, zum mindeſten nicht geringer, als das an der Jugend hart gerügte, und wohl oft genug maſkirte Trägheit, verhüllter Eigennuß, verummtes Uebelwollen.

Es iſt wahr, auch auf der andern Seite iſt Unlauterkeit der Tendenz, Heuchelei, Verwerflichkeit, absolute Schlechtigkeit der anzuwendenden oder angewendeten Mittel, ſind große Irrthümer geweſen, und der größte der, die Ausführung des Guten zu leicht anzusehen, im gutmüthigen Vertrauen, daß im Vaterlande, hauptſächlich bei manchen der

zu jener Zeit Einfluß Besizenden, mehr Verstand und Weisheit, mehr Hochsinn und Reinheit der Gesinnung sei, als der Fall war. Aber das größere Maaß der letztern war auf dieser, und nicht auf der Seite der Männer des Stillstands und der Reaction, die, als die einzig treuen und besorgten Freunde der Fürsten und Throne sich darzustellen wissend — indem sie nichts liebten, als sich selbst, oder nichts begriffen, als eine vergangene Zeit — die erstern in eine Täuschung hineingeführt haben, die denselben unter möglichen Umständen nicht weniger hätte kosten können als Alles ⁵⁷⁾.

Keine Gefahr soll leicht geachtet werden, kein Fehler bemäntelt. Aber man müßte die Augen zugeschlossen haben, wenn man nicht sähe, daß wir nicht so sehr die Neuerungssucht zu fürchten haben, als den Schlenbrian; nicht die Thorheit, Alles von Grund aus nach abstracten Theorien neu zu gestalten, sondern daß man sich principlos den Umständen oder Convenienzen des Augenblicks überläßt, oder unter dem Abstracten, was man nicht will, in heillosen Verwechslung das Vernünftige und Vernunftrechtliche versteht: nicht die Uebertreibung der Begeisterung für das Gute, sondern die kalte Gleichgültigkeit, mit der Manche das Schlechte dulden und geduldet wissen wollen, und die Abgestorbenheit für Alles, was großsinnig aus dem Kreise der Alltagsideen, der Pfahlbürgerei und kleinlicher Eigeninteressen heraustritt; nicht die Uebereilung, sondern die Halbheit; nicht Schwärmerei der Freunde der Freiheit, sondern Gewaltsucht, Privilegien- und Willkührliebe, vor Allem Scheu vor Vernunft und Recht; nicht endlich so sehr über-

⁵⁷⁾ Jetzt wäre es an der Zeit gewesen, den Staat zu retten. Aber da die Revolution herankam, welche die Opposition jener Zeit, unter eigener Gefahr redend, als Folge der Reaction vorausgesagt hat, haben wir nichts von denen gesehen, die sich von jeher den Rücken deckten, und die verschrienen Liberalen haben das Volk beruhigen und größeres Unheil abwenden müssen.

spannte Deutsches, sondern jenen Mangel an gesundem Deutschen Sinn, an Liebe des Deutschen Vaterlandes, durch den es zu Grunde ging, und gänzlich ruinirt und unterjocht geblieben wäre, wäre nicht die Liebe des Deutschen Vaterlandes wieder erwacht, die es allein befreiete, deren Klage über die Verkümmern der Früchte der Befreiung von den Nichtpatrioten, die sich hatten befreien lassen, sofort für ungebührlich, deren ungebührliche Klage für hochverrätherisch erklärt wurde, woneben man forderte, daß der angebliche Verrath des Vaterlandes am Vaterlande selbst gestraft werde.

Man wolle bedenken, wenn man Reformen unternimmt, daß Halbheit sehr oft schlimmer ist, als wenn man Alles beim Alten läßt. Denn das Hinwegräumen eines jeden Uebelstandes hat die Folge, daß alle übrigen um so greller vor Augen treten. Jede Halbreform bringt Allen zum deutlichen Bewußtsein, daß es anders und besser sein könnte, erschüttert die Mitträgerin der Last des Schlechten, die Gewohnheit, spannt die Erwartung, und die Täuschung der letztern erregt Erbitterung, oder vergrößert sie. So muß übel wohl ärger werden.

Daß man es nicht unbemerkt lasse: es ist die Kurzsichtigkeit und die Trägheit, die immer noch Zeit hat. Die Entfernung der Uebel die uns drücken, selbst wenn man mit Ernst daran geht, erfordert auch Zeit, und vielleicht mehr als an manchen andern Orten, wo die Verhältnisse weniger verwickelt sind; und jedes Uebel, was aus einem Mißverhältniß der Verfassung und des Zustandes eines Volks entspringt, wird mit jenem im Laufe der Zeit immer größer und schwerer zu heilen. Und bleibt auch die Möglichkeit der Heilung, ohne die letzten Mittel durch „das Eisen und das Feuer,“ so entkräftet und schmerzt der Schaden, so lange er ungeheilt bleibt.

Das Temporisiren und Zögern, wo durchgreifende Reformen nöthig geworden sind, ist selten heilsam und ungefährlich. Daß man es nicht verkenne: es ist der, selbst

über das eigene wahre Interesse verblendete Egoismus und die Vermessenheit, welche verlangt, man solle doch wenigstens mit den »Concessionen« warten, bis sie durchaus nöthig werden, d. h. bis sie zu spät kommen. Sie kommen aber zu spät, wenn sie abgezwungen werden, und dürfen nur als unfreiwillig erscheinen, um wenigstens die moralische, häufig die wichtigste und nöthigste Wirkung zu verfehlen. Oft aber, wenn man nur durch die äußerste Noth zu ihnen sich dringen läßt, sind sie nicht einmal mehr ausführbar oder wirksam, weil die Kräfte, welche durch sie neu belebt werden sollten, schon erdödtet oder zu sehr gelähmt sind. Das ist es, was leider am meisten bei dem an sich schon leidigen Troste übersehen wird, daß der, wenn auch unumschränkte Regent von seiner Gewalt keinen Mißbrauch mache. Honorius wollte in Gallien das Institut einer Volksvertretung gründen. Wie wahr sagt Gibbon bei Erzählung dieses vergeblichen Versuchs: If such an institution, which gave the people an interest in their own government, had been universally established by Trajan or the Antonines, the seeds of public wisdom and virtue might have been cherished and propagated in the empire of Rome. The privileges of the subject would have secured the throne of the monarch; the abuses of an arbitrary administration might have been prevented, in some degree, or corrected, by the interposition of these representative assemblies; and the country would have been defended against a foreign enemy, by the arms of natives and freemen. Under the mild and generous influence of liberty the Roman empire might have remained invincible and immortal; or if its excessive magnitude, and the instability of human affairs, had opposed such perpetual continuance; its vital and constituent members might have separately preserved their vigour and independance. But in the decline of the empire, when every principle of

health and life had been exhausted, the tardy application of this partial remedy was incapable of producing any important or salutary effects. (Hist. of the decl. and fall of the R. E. Ch. XXXVI.)

Möchte vor hundert ähnlichen Warnungen der Geschichte das Schicksal Ludwigs XVI. stets vor Augen schweben⁵⁸⁾, der all sein Unglück, nächst seinen Vorfahren, die Frankreich in die Lage gebracht hatten, große Veränderungen wollen zu müssen, seinen halben Maaßregeln, seinen Versäumnissen der rechten Zeitpunkte, seinem Zaudern und Schwanken, und vor allen Dingen dem unseligen Vertrauen verdankte, welches er seinem Hofe und Adel schenkte, der zu dem Allen verleitete, indem er sich zwischen König und Nation stellte, künstlich seine Sache mit der des Throns zu verwechseln, und dem König die öffentliche Meinung zu verbergen, oder es dahin zu bringen mußte, daß er deren Bedeutung verkannte, die nach Talleyrands richtigem Ausspruche klüger ist, als alle Minister, Diplomaten, Räthe und Gelehrte.

Il est des moments où l'on a l'initiative des sacrifices; il en est d'autres où il ne reste plus qu'à se donner le mérite de leur acceptation. — — — Les concessions ne satisfont qu'avant la victoire. (Mignet, Hist. de la révol. franç.)

Was für Reformen möchten denn nun zu wünschen sein? — Hr. v. Str. wünscht: Pressfreiheit, ein Bundesgericht, Verantwortlichkeit der Minister, und geordnete Stände; — meinent, daß es an der Zeit sei, hierdurch den Deutschen Völkern schnelle Gerechtigkeit gegen Bedrückungen von oben zu verschaffen, und daß »das herrliche Land fest stehe, ein Felsen in den Stürmen der Zeit, trogend den

⁵⁸⁾ Und das der Polen, die Folge ihres Zusammentreffens mit der Einsicht und dem Willen, ihre Verfassung umzugestalten, und des Unpatriotismus der Russisch gestimmten Parthei.

Wogen, die von Westen seine Dämme zu durchbrechen drohen⁵⁹⁾, « wenn dann das Ganze durch ein einziges Zollsystem für ganz Deutschland gekrönt werde.

Allerdings würde mit Erfüllung dieser Wünsche, die offenbar die wichtigsten sind, schon unendlich viel gewonnen werden.

Rechtsschutz ist unser erstes und höchstes Bedürfnis. Eine gewisse Einheit würde durch ein Bundesgericht und durch Aufhebung der Zoll- und Mauthlinien im Innern Deutschlands herbeigeführt werden, und auf viel mehrere als hierdurch zu erreichende Einheit, möchten wir, wenigstens für die nächste Zukunft, vernünftigerweise kaum hoffen dürfen. Indes wäre auch eine solche schon von großer Bedeutung. So bemerkt Zacharia a. a. D., daß »die politische Einheit eines Mauthvereins sich nicht bloß auf die auswärtigen Handelsverhältnisse erstreckt; daß er auch die auswärtigen Angelegenheiten der vereinigten Staaten überhaupt mehr oder weniger zu einer diesen Staaten gemeinschaftlichen Angelegenheit machen müsse, da er die gesammten Staats- und National-Interessen der unter einem und demselben Mauthvereine begriffenen Staaten so fest und so mannigfaltig in einander verschlingt, was allerdings erst in Kriegszeiten sichtbarer und wirksamer hervortreten würde« — wo es aber auch am nöthigsten sein möchte.

Mit den geordneten Ständen würden wir das Mittel und die Bürgschaft erhalten, daß in jedem einzelnen Lande die nöthigen Reformen einträten, welche näher zu bezeichnen hier der Ort nicht sein kann, wie denn dazu auch eine umfassende und specielle Kenntniß der Bedürfnisse und Gebrechen in allen Deutschen Ländern gehören würde⁶⁰⁾.

⁵⁹⁾ Der Osten, und selbst wenn er helfend herantäme, möchte mehr zu fürchten sein.

⁶⁰⁾ Zu den dringendsten Bedürfnissen gehört offenbar, daß das so unendlich wichtige Bürger- und Landschulwesen noch besser bedacht, und ei-

Nur das werde bemerkt, daß unter geordneten Ständen hier keine andere verstanden werden dürfen, als solche, wel-

nige Opfer für dasselbe nicht gescheut werden; gehört ferner die zu ordnende Aufhebung der aus dem Hörigkeitsverhältniß herfließenden Rechte und Unrechte. Möchten die Braunschweigischen Stände, wie auch nicht zu zweifeln ist, bei ihrer nächsten Zusammenkunft, im Verein mit der Regierung, die Hoffnung erfüllen, daß das ländliche Grundeigenthum von seiner Ueberlast befreiet, die Ablösung der Zehnten, Künften u. s. w. und besonders der landverderbenden Frohndienste möglich werde! Eben so nothwendig möchten tüchtige Verfassungen der Städte und Landgemeinden sein. Sie sind längst dringendes Bedürfnis gewesen, die neuesten Ereignisse haben aber erst die großen Gebrechen der bestehenden recht aufgedeckt. Wenn, wie so leicht möglich war, auch in den kleinern Städten des Herzogthums und auf dem Lande revolutionäre Bewegungen von größerer Bedeutung statt gefunden hätten, so würden — wie man aus dem, was an mehreren Orten vorgefallen und aus der herrschenden Stimmung mit Sicherheit schließen kann — an nur zu vielen Orten die Burgemeister und Ortsvorsteher in derselben Weise insultirt, verjagt sein u. s. w., wie mit denselben anderwärts geschehen ist; sei es daß sie Fehler ihrer Verwaltung und ihres Benehmens, oder die Schuld der Verfassungsgebrechen zu büßen gehabt hätten. Von dem Bürger und Landmann wird elende Verwaltung oder Despotismus der Ortsbehörden zunächst und zumeist schmerzlich gefühlt und unwillig ertragen, schon weil durch üble Commune-Verwaltung die nächstliegenden Interessen verletzt werden, und die kleinen Despoten die unerträglichsten sind. In mehr als einer der Städte des Landes bewiesen die Behörden, daß sie ihrer Stellung, die sie nicht von fern begriffen, entweder nicht gewachsen waren, oder den nöthigen Eifer für die gemeine Sache nicht besaßen. Das kommt davon, wenn es sogar am Wichtigsten mangelt, »daß (wie der Verfasser der Schrift: Sachsen und seine Hoffnungen sich ausdrückt) der Magistrat nicht durch seine eigene (oder der Regierung) Wahl bestes und fortlebe, sondern von der Bürgerschaft erwählt werde, so daß diese in ihren Erwählten und Besten sich selbst ehre und vertraue.« Und solche von der Bürgerschaft ganz unabhängige, ihr unverantwortliche, vielleicht die Opposition der Unfähigkeit oder des Uebelwollens in der Stadt bildende, oder unter dem Einflusse der Regierung stehende Burgemeister — denn die Bürgerschaft hat eben so wenig das Recht, einen Abgeordneten nach freier Wahl zum Landtage zu schicken! — sind die Vertreter der Städte auf unsern Landtagen, einen großen Theil derjenigen ausmachend, von wel-

che mit Recht als Organe und Vertreter der Wünsche, Interessen und Rechte des Volks angesehen werden können, und daß, nächst einer verständigen Bildung und Zusammenfassung des ständischen Corps, nichts nöthiger ist, als daß überall der Geheimnißkrämerei, die sich sattfam als' grundverderblich bewiesen, ein Ende, und die überall als heilsam bewährte Oeffentlichkeit der Verhandlungen eingeführt werde — den Tüchtigen, Regsamen und Edeln überall erwünscht, von den Talentlosen, Unfähigen, Trägen, und den Unehlen besonders, eben so sehr gefürchtet — ihr zum guten Zeichen! — und abgewehrt, unter Verschweigen des wahren, indeß nahe genug liegenden Grundes, und unter Vorbringen von allerlei, theils abgeschmackten und von Beschränktheit zeugenden, theils sophisttschen Gründen. So soll zu fürchten sein, daß die Liebe oder Sucht der Popularität auf ein oder das andere Mitglied der ständischen Versammlung einen übeln Einfluß äußern möchte. Das ist freilich manchen der Herren nicht gelegen, daß die öffentliche Meinung mehr und mehr Einfluß auf die ständischen Berathungen und Beschlüsse gewinne. Oder wodurch sonst, als durch Anschließen an dieselbe, wird Popularität erworben? Andere denken, daß sie allein so verständig und weise sind, zu wissen was dem Lande frommt, und daß die öffentliche Meinung nichts sei, als unüberlegtes Gerede, leidenschaftliches Schreien ²¹⁾ u. dgl. Indes kom-

men Vertretung eben des Bürgerstandes und seiner Interessen naturgemäß zunächst erwartet wird, und die deshalb ein größtentheils gebildeter Adel durch Zahl und Geist zugleich erdrücken kann.

²¹⁾ Als kurz nach den revolutionären Vorgängen in Braunschweig, und indem noch große Spannung und Aufregung der Gemüther herrschte, und feindliche, vielleicht gefährliche Cabalen zu Gunsten des vertriebenen Herzogs vermuthet wurden, die Stände versammelt waren, wurde denselben insgemein und einigen Einzelnen insbesondere, als sie nach der Schlußsitzung aus dem landschaftlichen Hause heraustraten, ein Begehoh gebracht, und zugleich der Wunsch der Oeffentlichkeit der Ver-

men sie damit zu spät. Das Volk versteht sich auch ein wenig auf das, was ihm gut ist, und meint, daß dazu die Oeffentlichkeit gar sehr gehöre.

Was die Verantwortlichkeit der Minister betrifft, so möchten manche Deutsche Minister dagegen stimmen, vorzüglich bei eben vorkommenden Exempeln, daß doch, ehe man es sich versteht, einmal eine Wahrheit daraus werden kann. Allein um so nothwendiger erscheint sie für des Volks Bestes, und die Minister, um nichts zu befahren zu haben, dürfen sich ja nur in Acht nehmen, die Meinung zu verachten, und Risse in Urtheile und Verfassungen zu machen.

In der Pressfreiheit endlich würden wir die köstlichste und unentbehrlichste Garantie jedes Rechts, das beste Hülfsmittel zur Entwicklung des Gemeingeistes und zur Förderung der dem Bürger, als solchem, nöthigen Aufklärung erhalten; und eben jetzt erscheint sie deshalb als so wünschenswerth und dringend nothwendig, damit wir nur erst genau erfahren, wo es, und was uns fehlt, damit kein Revolutionsstoff verborgen bleibe, und an den Tag komme, was die Meinung ist.

handlungen ausgesprochen. (Die Einführung derselben wurde, was an den Ständen liege, auch mit Bereitwilligkeit zugesagt.) Es ist charakteristisch, daß, als eine einzige, von den meisten wahrscheinlich nicht einmal gehörte Stimme sich mit einem, gegen eins der wenigen verhassten Ständeglieder, das die Parthei des vertriebenen Herzogs ergriffen hatte, gerichteten Ausrufe vernehmen ließ, der Rufer von allen Umstehenden sogleich bedeutet wurde, daß in Jedem unter allen Umständen die Freiheit der Meinungsäußerung geachtet werden müsse! — da dieselbe in Braunschweig bis vor Kurzem, und in welchem Grade und auf welche Weise! beschränkt gewesen war. So sind nicht Sklaven, die die Kette zerbrechen. Einem solchen Volke können die Stände dreist das Vertrauen erwidern, das ihnen selbst von jenem bezeugt wird; ein solches Volk ist würdig, daß endlich seine Angelegenheiten öffentlich vor ihm verhandelt und seiner Theilnahme nicht entzogen werden; eines solchen Volkes Meinung ist, wenn es urtheilt, tabelt oder lobt, achtbar und der Berücksichtigung werth!

che mit Recht als Organe und Vertreter der Wünsche, Interessen und Rechte des Volks angesehen werden können, und daß, nächst einer verständigen Bildung und Zusammensetzung des ständischen Corps, nichts nöthiger ist, als daß überall der Geheimnißkrämerei, die sich sattem als grundverderblich bewiesen, ein Ende, und die überall als heilsam bewährte Oeffentlichkeit der Verhandlungen eingeführt werde — den Tüchtigen, Regsamen und Edeln überall erwünscht, von den Talentlosen, Unfähigen, Trägen, und den Unedlen besonders, eben so sehr gefürchtet — ihr zum guten Zeichen! — und abgewehrt, unter Verschweigen des wahren, indeß nahe genug liegenden Grundes, und unter Vorbringen von allerlei, theils abgeschmackten und von Beschränktheit zeugenden, theils sophistischen Gründen. So soll zu fürchten sein, daß die Liebe oder Sucht der Popularität auf ein oder das andere Mitglied der ständischen Versammlung einen übeln Einfluß äußern möchte. Das ist freilich manchen der Herren nicht gelegen, daß die öffentliche Meinung mehr und mehr Einfluß auf die ständischen Berathungen und Beschlüsse gewinne. Oder wodurch sonst, als durch Anschließen an dieselbe, wird Popularität erworben? Andere denken, daß sie allein so verständig und weise sind, zu wissen was dem Lande frommt, und daß die öffentliche Meinung nichts sei, als unüberlegtes Gerede, leidenschaftliches Schreien ⁶¹⁾ u. dgl. Indes kom-

men Vertretung eben des Bürgerstandes und seiner Interessen naturgemäß zunächst erwartet wird, und die deshalb ein größtentheils gebildeter Adel durch Zahl und Geist zugleich erdrücken kann.

⁶¹⁾ Als kurz nach den revolutionären Vorgängen in Braunschweig, und indem noch große Spannung und Aufregung der Gemüther herrschte, und feindliche, vielleicht gefährliche Cabalen zu Gunsten des vertriebenen Herzogs vermuthet wurden, die Stände versammelt waren, wurde denselben inögemein und einigen Einzelnen insbesondere, als sie nach der Schlußsitzung aus dem landschaftlichen Hause heraustraten, ein Bebehoch gebracht, und zugleich der Wunsch der Oeffentlichkeit der Ver-

men sie damit zu spät. Das Volk versteht sich auch ein wenig auf das, was ihm gut ist, und meint, daß dazu die Oeffentlichkeit gar sehr gehöre.

Was die Verantwortlichkeit der Minister betrifft, so möchten manche Deutsche Minister dagegen stimmen, vorzüglich bei eben vorkommenden Exempeln, daß doch, ehe man es sich versieht, einmal eine Wahrheit daraus werden kann. Allein um so nothwendiger erscheint sie für des Volks Bestes, und die Minister, um nichts zu befahren zu haben, dürfen sich ja nur in Acht nehmen, die Meinung zu verachten, und Risse in Urtheile und Verfassungen zu machen.

In der Pressfreiheit endlich würden wir die köstlichste und unentbehrlichste Garantie jedes Rechts, das beste Hülfsmittel zur Entwicklung des Gemeingeistes und zur Förderung der dem Bürger, als solchem, nöthigen Aufklärung erhalten; und eben jetzt erscheint sie deshalb als so wünschenswerth und dringend nothwendig, damit wir nur erst genau erfahren, wo es, und was uns fehlt, damit kein Revolutionsstoff verborgen bleibe, und an den Tag komme, was die Meinung ist.

handlungen ausgesprochen. (Die Einführung derselben wurde, was an den Ständen liege, auch mit Bereitwilligkeit zugesagt.) Es ist charakteristisch, daß, als eine einzige, von den meisten wahrscheinlich nicht einmal gehörte Stimme sich mit einem, gegen eins der wenigen verhassten Ständeglieder, das die Parthei des vertriebenen Herzogs ergriffen hatte, gerichteten Ausrufe vernehmen ließ, der Rufer von allen Umstehenden sogleich bedeutet wurde, daß in Jedem unter allen Umständen die Freiheit der Meinungsäußerung geachtet werden müsse! — da dieselbe in Braunschweig bis vor Kurzem, und in welchem Grade und auf welche Weise! beschränkt gewesen war. So sind nicht Sklaven, die die Kette zerbrechen. Einem solchen Volke können die Stände dreist das Vertrauen erwiebern, das ihnen selbst von jenem bezeugt wird; ein solches Volk ist würdig, daß endlich seine Angelegenheiten öffentlich vor ihm verhandelt und seiner Theilnahme nicht entzogen werden; eines solchen Volkes Meinung ist, wenn es urtheilt, tabelt oder lobt, achtbar und der Berücksichtigung werth!

Die Furcht vor den Mißbräuchen der Presse ist offenbar theils Engherzigkeit, theils Mißverständniß und besonders Affectation der Lichtscheuen und Unrecht Liebenden, — derer die dem Geiste der Zeit nicht nachgeben, und den Ansprüchen des Volks nicht genügen mögen. Vertrauen erweckt Vertrauen, Mißtrauen erzeugt Argwohn. Nichts ist zu fürchten, als eben der Presszwang, der kein Uebel hebt, sondern nur verbirgt. Jedes verborgene Uebel ist aber eine Gefahr für den Staat.

Man kann sagen, daß die Pressfreiheit die Bourbons aus Frankreich verjagt habe, wie der Engel mit dem feurigen Schwerte, der unsre Urältern aus dem Paradiese trieb, doch nur — nachdem sie gesündigt hatten, was sie bleiben lassen konnten. Denn daher allein, daß die Bourbons gegen die Freiheit conspirirten, zog die Presse die Macht, ihr Ansehen zu untergraben und ihren Thron zu unterhöhlen. Sie wären ohne Zweifel auch mit der Censur vertrieben, welche ihnen die Gefahr versteckte, dieselbe aber nicht verminderte, sondern vermehrte, weil sie diejenigen verhaßt machte, von denen sie eingeführt wurde.

Die freie Presse hat Deutschland bis 1819 alarmirt, erhist, wenn man will. Die Censur aber ist keineswegs unschuldig an ganz anderem Lärm und Brande, vor dem jene wahrscheinlich bewahrt haben würde. Bis 1819 sollte die schrecklichste Gefahr für den Staat aus der Pressfreiheit — denn anders sagte man frecherweise nicht mehr — entstehen. Jetzt ist Gefahr und Schaden wirklich eingetreten — bei Presszwang! und es ist nun klar genug, daß die Gährung der Gemüther von den Mißbräuchen, Einrichtungen, Maaßregeln u. s. w., welche die Presse rügte, nicht aber von dieser, herkam.

Wollten die Gegner der Pressfreiheit die Wahrheit sagen, so würde man nichts Anderes hören, als daß sie eben sonst nichts, als die Wahrheit und die Unbequemlichkeit fürchten, unterlassen zu müssen, was sie unterlassen, und thun zu müssen, was sie thun sollten, und daß die Mißbräuche

der Presse, die sie fürchten, oder zu fürchten vorgaben, in nichts bestehen, als eben in dem besten Gebrauch, der von der Presse gemacht werden kann. Denn die wirklichen Mißbräuche der Presse kommen immer den Feinden ihrer Freiheit zu gute, was dieselben auch recht gut wissen.

Um die Mißbräuche der Presse nicht zu haben, die unbequem sind, duldet man tausend Mißbräuche, die bloß Andere drücken. Das kann freilich gefährlich werden, aber das kann man erwarten!

„Wer das Wort der Klage nicht erlaubt, fordert die That auf.“ — Die Wahrheit dieser Bemerkung des edeln Rottkeß ist jetzt durch freilich schlimme Erfahrungen erhärtet. Aber dafür ersetzt sie, ins Licht der letztern gehalten, ganze Apologien der Pressfreiheit, nebst Widerlegung der Angriffe der Feinde der letztern, und was sonst zur Apologie gehört.

Wenn man die seit 1819 gehörten Stimmen über Pressfreiheit und Censur zählte — wenn man sie wägte, wäre es schon anders — so möchte sich freilich leicht ergeben, daß die meisten sich für eine liberale! Censur!! erklärt haben. Allein es wäre auch sonderbar genug, wenn man in censurten Schriften die Meinungen für die Freiheit sich entscheiden hören wollte. Auch sehen wir ja, wie sogleich die letztere von allen Seiten gefordert wird, wo die Strenge der Censur ein Weniges nachgelassen hat. Endlich ist den Deutschen zu viel Rechtsliebe, zu viel Verstand, zu viel Fähigkeit zuzutrauen, die Lehren aller gesunden Theorie und, besonders der neuesten, Zeiten aufzufassen, als daß man glauben könnte, sie würden sich für eine offenbar gemeinschädliche, vor Vernunft, Recht und Klugheit gleich unhaltbare Sache erklären, und sich durch ein so leicht zu deutendes Qui pro quo als die Censur ist, dupiren lassen.

Wir sind lange genug stufenweise fortgeschritten, d. h. nach unserer Weise auf dem Flecke stehen geblieben, auch wohl einen Schritt zurückgegangen, und zwar auf der einzigen Stufe,

die im Grunde zwischen Schreibverbot und Pressfreiheit stattfindet, und in der Censur besteht. Bleibt doch den Gegnern noch immer darin ein Trost, daß sie, die Rolle der Ankläger übernehmend, die verhassten Liberalen, so lange keine Jury für Pressvergehen stattfindet, hinlänglichen Gefahren durch Chikane aussetzen können, wodurch dieselben doch noch einigermaßen im Zaum gehalten werden möchten. Das freilich ist wieder übel, daß in Frankreich z. B., wie durch authentische Uebersichten erwiesen ist, trotz dem, daß man alle Mittel aufbot, die liberalen Schriftsteller zu ermüden, seit 1815 bis 30, in den Jahren, in welchen Pressfreiheit bestand, den Feinden und selbst den Freunden derselben zum Erstaunen, wenige Press-Mißbräuche verklagt, und mit oder ohne hinreichenden Rechtsgrund bestraft werden konnten.

Wenn wir die Erfüllung jener Wünsche, Pressfreiheit, ein Bundesgericht u. s. w. erlangten, so würde uns schon, wie eingestanden, gar sehr geholfen sein. Auch können nicht noch mehrere, oder nur diese auf Ein Mal und im Augenblicke erfüllt werden. Allein es möchte sehr zu zweifeln sein, ob mit Erfüllung derselben mehr geschehen würde, als doch nur — etwas Halbes.

Da es in jedem Augenblicke gut ist, das Ziel, das erstrebt werden muß, sich deutlich vorzuhalten, vorzüglich aber, wenn man, wie wir gewissermaßen in dem Falle sind, eine neue Bahn betritt; da es eben zu solchem Zeitpunkt darauf ankommt, daß man sich über das Ziel verständige, und, weil überhaupt bewegte Zeiten die günstigsten für Reformen sind, eine Zeit wie diese vielleicht sobald nicht wiederkehrt, und wir die Erfahrung gemacht haben, was es für Folgen hat, wenn man die rechte Zeit unbenutzt vorübergehen läßt; — so werde wenigstens in Kürze ausgesprochen, auf was für *pia desideria* noch weiter die nirgend vorgreifende Meinung geht.

Verlieren wir uns nicht in Träume und Abstractionen, messen wir eben so wenig, was geschehen sollte, danach ab,

wie weit unsere Verfassung von theoretischer Vollkommenheit entfernt ist, sondern nehmen wir die Dinge, wie sie liegen, gehen wir von dem Bedürfnis aus, und lassen wir von ihm uns zeigen, was noth ist. Aber fassen wir daselbe auch fest und unbefangen ins Auge, lassen wir uns das Urtheil darüber nicht verwirren, oder das Wort, daß ich so sage, auf der Zunge tödten, durch die Furcht, etwas hohen Personen etwa Mißfälliges, oder den kleinen Geistern und Meistern mit den Pfahlbürgeransichten und den eingeschnürten Herzen Thörichtes zu sagen. Möge Gedanke und Wort nicht gelähmt werden durch jene Timidität, die uns in der langen Zeit des politischen Alpdrucks, da wir meinten, nichts mehr hoffen zu dürfen, eigen geworden, uns noch nicht einmal überall zum Bewußtsein gekommen, — wie denn diesmal die Thaten kühner gewesen, als die Gedanken und Worte — geschweige denn überall von uns überwunden ist, so, wie z. B. bei den biedern Hessen, die dem guten Geiste der Revolution bei Bildung ihrer neuen Verfassung so fest ins Auge sehen, und sich so unumwunden, so ritterlich ohne Furcht und Tadel zu seinem Symbolum und seiner Feuertaufe bekennen, daß unsere alten Leute vor Freuden wieder jung werden, und selbst unsere Todten seit zehn Jahren oder etwas länger, die mit betäubten patriotischen Herzen in die Grube sanken, eine freudige Regung empfinden müssen.

Ist das richtig, was oben über das zwischen unserer Verfassung und dem Zustande unsers Volks bestehende Mißverhältniß gesagt ist, so ist wohl offenbar genug, daß wir noch mehr wünschen müssen, als die Erfüllung der oben genannten Desiderien; denn durch Erfüllung derselben würden ohne Zweifel die Uebel, die aus jenem hervorgehen, noch nicht gehoben werden. Hierauf aber müssen wir doch unsere Wünsche und Bestrebungen richten, und dürfen also nicht weniger wollen als Alles, was dazu noth thut.

Fragen wir, worin dieß Alles bestehe? so möchte die nahe liegende Antwort richtig sein: im Wesentlichen in

dem, was vom Befreiungskriege an, was bei und kurz nach Errichtung der Bundesverfassung, von den Wohlmeinenden, Erleuchteten und Besonnenen im Volke gewünscht und erwartet, und von den Fürsten selbst beabsichtigt und verheißen wurde; — so daß wir denn, ohne beehrt gewesen zu sein, oder ohne dem Teufel die Schuld, in so aufgeklärten Zeiten, zuschieben zu dürfen, ungefähr auf dem Punkte wieder angelangt wären, von welchem wir vor anderthalb Decennien ausgingen, im guten Glauben, tüchtig vorwärts zu schreiten.

Mag indeß sein! Sehen wir nur zu — und wir dürfen ja nur die alte falsche Spur und die alten Fußtapfen und Fehltritte vermeiden — daß wir nicht noch einmal im, gleichviel am Ende, ob verkehrten Kreise oder nicht, herumgehen.

So mag denn ungefähr das abermals gelten, was unser Fries einst in seiner trefflichen Schrift: Vom Deutschen Bunde, sagte: »Wir Alle sind ergriffen von einem Volksinteresse, wie man es lange nicht mehr kannte. In diesem frommen Glauben an Vaterland und Recht wollen wir etwas Neues, etwas kräftiges Neues. Wir wollen dieß mit Muth und Volkselbstvertrauen, aber zugleich mit Ruhe und Mäßigung. — Was sollen wir nun wünschen und erstreben? Den Gebildeten heißt das Strebeziel: Selbstständigkeit des Deutschen Volks und Staats, Unabhängigkeit vom Auslande, von ausländischer Sitte und fremdem Recht. Deutschland muß aufhören, der Kampfplatz für Europa zu sein! — Wo finden wir die Mittel zu diesem Zwecke? Schon Freiherr von Moser und Schöbzer haben sie bezeichnet: Reformen, aber keine Revolution! Keine Abgabenerhebung ohne Rechnungsablage! Kein Einherrscher ohne Stände! Die Stände zum überwiegenden Theile aus dem Volk, nach fehlerfreiem Repräsentativsystem gewählt! Definitivität der ständischen Verhandlungen! Eine Habeas-Corpus-Acte! Geburtsadel, aber keine steuerfreie Kaste!«

Deutschland werde, so müssen wir wünschen, aus ei-

nem Staatenbunde ein Bundesstaat, der durch organische Gesetze zusammengehalten wird, und als Bundesstaat in der Bundesversammlung zu einem wahrhaften Leben gelangt; der provisorische Zustand höre damit auf, und ein fester, die Gegenwart befriedigender, die Zukunft verbürgender, trete an seine Stelle. In jedem einzelnen Lande werde eine Civilliste eingeführt, die bürgerliche Rechtsgleichheit der Bekenner der verschiedenen christlichen Confessionen werde nach ihrem wahren Sinne endlich durchgeführt, die der Christen und Juden ausgesprochen und sofort geltend gemacht. Die gegenseitigen Rechtsverhältnisse der katholischen und protestantischen Kirche mögen überall recht und gleich⁶²⁾ bestimmt werden, und die letztere trete aus ihrem, auch nur, und seit dreihundert Jahren, provisorischen Zustande heraus, und erhalte eine ihrem Wesen angemessene Verfassung, d. h. überall trete für sie ein geordneter Rechtszustand ein, gleichviel von welchem — nur richtig verstandenen — (Territorial-, Episcopalis oder Collegialis-) System man dabei ausgehe, die alle zusammen nicht viel mehr als Pedanterieen, wenn gleich, wie die Dinge lagen, gewissermaßen unumgängliche, sind. Es soll ja die Willkühr und Rechtsunsicherheit in Deutschland, also doch wohl auch für die Kirche, d. h. für die Staatsbürger, sofern sie Glieder einer solchen sind, aufhören!

Bekäme dann auch die Nation am Bundestage eine Vertretung — die sich leicht mit dem gewünschten Bundesgerichte in Verbindung setzen lassen möchte — wenn selbst nur so, daß durch dieselbe die Nation, als solche, aus ihrer gänzlichen Anonymität heraussträte, und nur überhaupt vorerst ein Organ, wenn auch nur ein Meinung und Wünsche aussprechendes erhielte, so würde dadurch das Reformationswerk würdig gekrönt werden.

⁶²⁾ Notiz von der unfehlbaren Protestation des heiligen Vaters könnte, bevor sie eingetroffen, gleich vorläufig genommen und mit allem beseitigt werden, was vorläufig zu beseitigen ist.

Leere Träume, Chimären! wird mancher kopfschüttelnd und unglaublich ausrufen, und vielleicht hinzusetzen, daß Jeder also urtheilen werde, der die Verhältnisse kenne und erwäge.

Das wäre desto schlimmer, denn wir wären dann dahin gekommen, an dem was uns noth thut, verzweifeln zu müssen. Allein dies würde wenigstens ein neuer Grund sein, so energisch als möglich vorzuschreiten.

Aber warum wollte man denn in dem als Wunsch und Bedürfnis Ausgesprochenen nur Unerfüllbares sehen? Es ist noch immer zum guten Theile weniger, als das, was das Deutsche Volk — nicht etwa bloß ein oder der andere Träumer — von der Lage der Dinge und dem Wiener Congresse, nach nicht geringen Leiden, Anstrengungen und Opfern, erwartete, weniger als die Fürsten selbst, namentlich in der Russisch-Preussischen Erklärung vom 25ten März 1813 verhiessen: »die Wiedergeburt eines ehrwürdigen Reichs, eine dem ureigenen Geiste des Deutschen Volks angemessene, die Einheit befestigende Verfassung«; es ist nicht mehr noch weniger, als die Vollziehung der Bundesacte selbst nach ihrem Geiste; deren Sinn freilich von gewissen Publicisten nach ihrem (dieser Publicisten) bösen Geiste, empörend schändlich interpretirt ist.

In ihr werden organische Bundesgesetze, prompte Gerechtigkeit, Stände, Pressfreiheit, bürgerliche Rechtsgleichheit der christlichen Confessionen, Verbesserung der Verhältnisse der Juden verheissen. Ueber freien Handel und freie Schifffahrt sollte in der ersten Sitzung des Bundestags berathen werden u. s. w. Müllers Staatsarchiv des Deutschen Bundes beweist, daß die Idee der Einführung einer Civilliste keineswegs eine demagogische ist. Aus desselben wackern Gelehrten Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses ersieht man, wie die Bundesacte wegen Errichtung eines Bundesgerichts, wegen Wiedereinführung oder Veränderung ständischer Verfassungen, wegen Bestimmung der Rechte Deutsch- Untertha-

nen und der landesherrlichen Prærogative entstanden ist; wie Preußen, dessen Votum Oesterreich und Hannover beieigepflichtet — und das nur wegen Widerspruchs Baierns⁶³⁾ und Würtembergs, die die Souveränität in Fülle erhalten wollten, keine Folge hatte — wie Preußen von Anfang bis zu Ende darauf bestanden, daß Deutschland ein Bundesstaat werde, beruhend auf einem wohlgeordneten centralisirten Militair-System, und einem Bundesgericht, welches die Streitigkeiten der verschiedenen Bundesmitglieder und der Unterthanen mit ihren Fürsten entscheide, und auf ständischer Verfassung begründet sei.

Träte nunmehr die Vollziehung der Bundesacte nach ihrem Geiste ein, so würde doch nur der alte Satz befolgt werden, daß, wer den Zweck wolle, auch die Mittel und die Ausführung wollen müsse. Und schwerlich könnte von Uebereilung gesprochen werden, eben so wenig, als bei dem Wunsche dieser Ausführung, von Angriffen auf nothwendige Regentenrechte — denn die Ueberfülle derselben hat sich als schädlich für Regenten und Unterthanen erwiesen — oder sonst von ungebührlichen Forderungen, Mangel an Mäßigung, von Schwindeleien u. dergl., denn die Fürsten selbst haben das Alles ja zu wollen erklärt.

Es giebt freilich desungeachtet Leute, die es sehr unbescheiden finden, nicht weniger zu fordern als — Alles, was geschehen könnte! Zum Besten des Vaterlands nämlich. — Aber soll denn weniger geschehen? Schämt man sich denn der angeblichen Bescheidenheit gar nicht, die nicht will, was nöthig ist zum allgemeinen Besten? Muß es denn so sein, daß wir den Quell des Uebels unverstopft lassen, nachdem wir erfahren haben, welche Leiden und Gefahren aus ihm entspringen; und damit Deutschland,

⁶³⁾ Baierns jetziger hochsinniger König hat erst vor Kurzem öffentlich den Wunsch enger Vereinigung aller Deutschen Völkerrämme ausgesprochen.

wenn er offen bleibt, so oft er wieder unerträgliche Unbill hervorgetrieben, was es bedarf, durch neue Revolutionen erkaufe, mit seinen Rechtsforderungen an die Selbsthülfe — die traurige und gefährliche — gewiesen werde? — ein Zustand, der doch wohl so wenig heilsam ist, als eine solche Verfassung auch nur der mittelmäßigen, und wie wir uns gewöhnlich einbilden, hohen Stufe der Staatsweisheit, die wir erreicht haben, Ehre macht! Muß es so sein, daß wir, um nicht unbescheiden zu viel zu verlangen, immer so wenig fordern, daß unserm Elende niemals gründlich abgeholfen wird?

Das ist richtig, wer Alles will, nämlich auch das Unmögliche, will Nichts. Aber das ist eben so wahr, wer weniger will, als das Erreichbare, will sehr häufig auch so gut als Nichts. Dieß möchte in unserer gegenwärtigen Lage wirklich der Fall sein. Denn man versuche nur zu trennen, und bald wird man finden, daß eben dieß das Unmögliche ist, da Eins nothwendig an dem Andern hängt. Was hülfte es, daß eine einzelne Regierung den Ansprüchen der Zeit huldigte, wenn die übrigen Regierungen sich denselben widersetzen, und mit Erfolg sich auch dem Vorschreiten jener widersetzen könnten, indem die Bundesverfassung nicht auf hinlänglich klaren, zeitgemäßen, organischen Gesetzen beruhete und sicher begründet wäre? Was hat es geholfen, daß Weimar mit der öffentlichen Meinung zu regieren versuchte? Was hilft die beste Verfassung in einem einzelnen Lande, wenn sie nicht kräftigen Schutz findet in einem Bundesgerichte? Was wir bedürfen zur Abhülfe der Noth der Gegenwart und zur Sicherung der Zukunft, ist, wie Niemand läugnen wird, ein lebenskräftiger Gemeingeist und Vertrauen zu uns selbst, zu unsern Fürsten, unserer Fürsten zu uns, damit überhaupt etwas Rechtes ausgerichtet werden könne; ein gesicherter Rechtszustand und Aufhebung der Hindernisse unsers Ackerbaues, unsers Handels, unserer Industrie. Was ist nothwendig, um dazu gelangen zu können? Ein Bundesgericht, ein

einziges Zollsystem vor Allem, offenbar. Aber ist denn nun — wir wollen bei dem Wunsche des erstern stehen bleiben — die Erfüllung desselben möglich, ohne Zusammenstimmung der hohen Bundesglieder in gutem Willen und rechter Ansicht, ohne Willigkeit derselben, sich Schranken der Macht gefallen zu lassen, ohne eine vollziehende Macht, die keine Ohnmacht ist? — und das Alles und noch mehr Erforderliches, ohne daß, mit Einem Worte, der Staatenbund in einen Bundesstaat umgewandelt werde? was man also wollen muß, wenn man ein Bundesgericht will. Ist aber eine solche Umwandlung möglich, und kann man sie wollen — denn da liegt eben die Hauptschwierigkeit, mit der alle übrigen sich wie von selbst lösen — so kann man auf Alles das antragen, was oben als wünschenswerth bezeichnet wurde, ohne fürchten zu müssen, daß man mit nicht zu realisirenden Forderungen hervortrete.

Man gehe nur auf die Sache und begnüge und betrüge sich nicht selbst mit einem Schein derselben, und man wird einsehen, daß wir wohl hier und da stücken und flücken, ein — vielleicht großes — Uebel aus dem Wege räumen, aber überall nichts erreichen können, wodurch unsere Lage wesentlich und dauerhaft verbessert werden würde, so, daß wir mit Zuversicht hoffen möchten, es werde dergleichen nicht wiederkehren, als wir erfahren haben, und es als eine ausgemachte Sache nehmen, daß solches nicht wiederkehren dürfe, — wenn nicht alle jene Wünsche erreicht werden. Man braucht den Gedanken hieran nur gänzlich von der Hand zu weisen, und es wird schwerlich Genügendes, und vielleicht nicht einmal das geschehen, dessen man sich schon versichert glaubte, weil es ja so wohl möglich, und weil so bescheiden gefordert war. Denn der wird nie zu etwas Rechtem gelangen, der das Ziel sich gleich vorn auf den Weg hinpflanzt.

Daß man nicht unbescheiden sein, noch trogen dürfe, wenn man Gutes erlangen wolle, werde hier nicht einge-

wendet. Es versteht sich von selbst. Aber man könnte zu viel Gewicht darauf legen und sich beschüchtern lassen, indem man sich sagte: die Erfahrung lehre, daß die Nation nach dem Befreiungskriege durch zu heftiges Andringen ihr Ziel verfehlt habe u. s. w. Man verwechsle nicht vielfach Ungleichartiges. Damals ging die Tendenz der meisten Regierungen in Europa dahin, der öffentlichen Meinung nicht nachzugeben, weil man es für unnöthig oder gefährlich hielt. Denn dieselbe wollte lebendiges Fortschreiten, in den höheren Regionen der Gesellschaft herrschte aber die Ansicht vor, daß die bewegten Völker vor Allem der Ruhe bedürften, und — darüber, was für eine Ruhe nothwendig sei, und wie überhaupt Ruhe begründet werden könne, irrte man sich nur zu sehr. Jetzt dagegen kann es nur als heilsam, und muß es als nothwendig erscheinen, der öffentlichen Meinung nachzugeben, und es dabei bewenden zu lassen, sie zu leiten. Die Leidenschaftlichkeit des Andringens — die gar nicht gelobt werden soll — war durchaus nicht so unerhört, bedenklich und strafbar, wenn man, wie die Gerechtigkeit fordert, die Meinung nach den vorherrschenden, nicht nach den extravaganten Ideen Einzelner, und das Auftreten des Volkes nicht nach dem Benehmen Einiger, sondern nach dem der Mehrheit beurtheilt, — als sie von der Parthei, welche nun einmal Stillstand oder Reaction wollte, zu diesem Zwecke absichtlich gemacht wurde; und nur bei Vorhandensein von mehr oder weniger Empfänglichkeit für die Ansichten dieser Parthei, mehr oder weniger Neigung in die Tendenzen derselben einzugehen — nur unter den damaligen Zeitumständen — konnte die List gelingen.

Damals war der Mangel der immer nothwendigen Mäßigung, und der Schein gefährlicher Tendenzen oder übertriebener und ungebührlicher Forderungen im außer gewöhnlichen Maße der Erreichung des Ziels hinderlich. Jetzt ist hier und da mehr jene Timidität zu vermeiden, die nichts zu schaffen hat mit gerechter Besorg-

niß vor Unordnungen Uebelmollender oder Mißleiteter, vor dem Schein, Unordnungen mit oder ohne Willen zu begünstigen, oder auch vor Uebertreibungen in lobenswerthem Streben, nichts zu schaffen hat mit der nöthigen Sorge, daß dergleichen verhindert oder zurückgewiesen werde; sondern die ihrerseits, und zwar in jener Besorgniß übertreibend, nicht wagt, mit hinlänglicher Offenheit, Sicherheit und Entschlossenheit, auf allen gesetzlichen Wegen zu Reformen vorzuschreiten. Denn dieß eben ist das sicherste Mittel, revolutionäre Auftritte zu verhüten, die mit aller Vorsicht, wenn die nöthigen Reformen nicht eintreten, auf die Länge nicht verhütet, und also leicht gerade durch eine penible und timide Vorsicht mitverschuldet werden können.

Aber die Schwierigkeiten, die angegebenen Wünsche in Erfüllung zu setzen! — Wer möchte verkennen, daß deren sehr große vorhanden sind? Allein es muß wohl unterschieden werden zwischen wirklichen und eingebildeten, solchen, die in den Umständen liegen, und solchen, die man selbst macht. Von unüberwindlichen kann nur die Rede sein, wenn die Mittel abgehen, die wirklich in den Umständen vorhandenen zu überwinden, nicht aber wenn bloß der Wille mangelt. Sollte die Meinung, daß die Schwierigkeiten hier zu groß wären, sehr allgemein sein, so würde dieß ein eben so allgemeines Mißtrauen in den guten Willen andeuten; und das wäre — eine abermalige starke Aufforderung, das Vertrauen durch Bezeugung und Bethätigung guten Willens neu zu befestigen. Denn wer hier die Möglichkeit des Gelingens läugnet, gestehe seine Gedanken. Wir werden dann sehen, was ihn vor Allem die Schwierigkeit als unüberwindlich betrachten läßt, ist nichts Anderes, als daß er — denn am Volke kann hier Niemand zweifeln — den Deutschen Regierungen nicht zutraut, daß sie ihre Zeit erkennen, und ihre und ihres Volkes Sache als Eine ansehen, sondern nur Sinn für falsch verstandne Eigeninteressen, aber kein Herz haben fürs Volk; daß er

von denselben meint, die neue und neueste Zeit mit ihren großen Lehren wäre an ihnen allein vergeblich vorübergegangen, und sie allein möchten die nöthigen Opfer für das gemeine Beste, wodurch alle stark werden würden, Fürsten und Volk, nicht bringen. Denn das scheint klar zu sein, wenn sämtliche oder die meisten Deutschen Regierungen dem Geiste der Zeit huldigen, von ächtem Patriotismus beseelt sind, wie nicht anders zu erwarten: daß sie dann die in den Umständen liegenden, wenn auch großen Schwierigkeiten wohl besiegen, was sie selbst gewollt und verheißen, erfüllen, und das Ziel auf dem Wege erreichen können, von welchem sie, in einen andern ablenkten, der unter unvorhergesehenen Verhältnissen zu großen Gefahren geführt hat, — und den sie, von einer Ansicht der Dinge und durch Umstände bewogen, erwählten, die nicht mehr vorhanden sind.

Ein Haupthinderniß daß die Bundesacte den Wünschen der Völker mehr gemäß abgefaßt und nach ihrem Geist erfüllt wurde, war jene Parthei, an deren Spitze einflußreiche und zum Theil hochgestellte Personen standen; die Parthei, die, wie die Regenwolke, alles Gedünst an sich zog und noch mehr wieder ausgoß, die entweder in Irrthum und Verblendung, oder aus Verknechtung der Gesinnungen, aus Haß gegen die Freiheit, aus Scheu vor Licht und Recht, — die Ruhe des Grabes wollte, den Frieden unter den Völkern, der bei nächtlicher Finsterniß stattfindet; die Parthei, welche die Ansichten in den hohen und höchsten Kreisen irre zu leiten trachtete, die Ansichten besonders darüber, was und von welcher Bedeutung die Meinung des Volks sei, das, sofern es eine Meinung geltend machen möchte, nur aufgehebt sein sollte von ganzen Bösewichtern und halb Berrückten; die Parthei, welche immer große Sorge für den Thron hatte, wenn die Willkühr oder ihr Einfluß und ihre Vorrechte gefährdet schienen; die immer mit Rettung des Staats sich wichtig machte, und das Fortbestehen gewinnbringender Mißbräuche und

Vorurtheile meinte; — mit Einem Worte die Parthei, die in Frankreich le parti Polignac genannt wird, überall erst die Finsterniß und die Knechtschaft für die Völker zu bereiten trachtet, und dann sich und die Könige nicht retten kann, wenn die Völker, das Uebermaaß des Frevels zu rächen, aufstehen; — die angebliche Stütze des Throns.

Doch das in ihrem Einfluß liegende Hinderniß ist mit jenem unberechenbar geringer geworden. Es ist eine der wichtigsten Wirkungen der Revolution vom Juli, daß dieselbe klar wie die Sonne gemacht hat, wie diese Parthei, trotz ihrer großen und schönen Worte, nur eine ganz kleine, höchst unverständige und unbesonnene, und vor allen Dingen durch und durch egoistische sei. Ihre ganze Macht beruhte auf einer Täuschung, und diese hat jetzt aufgehört.

Daß die Regenten ihre Sicherheit in der Liebe und Wohlfahrt ihrer Völker suchen müssen, und die stärkste von allen denkbaren darin finden werden; daß sie — indem freilich die Herren von den Vorrechten, jedoch auch nur was sie nicht besitzen sollten, verlieren — nur gewinnen können an wahrer Macht, wenn sie die Ideen der Zeit ins Leben einführen; — der Wahrheit ist bei ihnen der Eingang nicht mehr versperrt. Mit den Barricaden, die gegen die Kanonen und Söldlinge der Könige aufgebauet wurden, und von deren Höhe aus die Völker tief hinein in die Schwäche der physischen Macht derselben blickten, sind auch die (lebendigen) Barrieren gefallen, welche die Throne von den umstehenden Völkern trennten, und fortan steht und wacht zwischen beiden nur Liebe und Vertrauen, die die Wahrheit immer hindurch lassen von beiden Seiten.

Will man den Umstand als Schwierigkeit, unsere Verfassung zu verbessern, geltend machen, daß es von jeher die Tendenz der Politik der Europäischen Mächte gewesen, Deutschland in Uneinigkeit, Unbehülfslichkeit und Schwäche zu erhalten, so ist damit ein so starkes Argument, als es

nur eines geben kann, herbeigezogen, daß man durch keine Schwierigkeit sich abhalten lassen dürfe von dem, was dem Vaterlande heilsam, und dessen Unterlassen nur — dem Auslande zum Vortheil wäre. Aber für unüberwindlich soll doch diese Schwierigkeit nicht gelten? Wollten die Fremden sich einmischen in unsere Angelegenheiten durch Einschreiten mit Gewalt — was bei den jetzt geltenden Principien wenig wahrscheinlich sein möchte — so dürften unsere Regenten nur ihrer Völker Kraft in Anspruch nehmen. Sie hat die Macht des Gefürchtetsten der Mächtigen gebrochen, sie wird jeder andern gewachsen sein, so oft sie für ein großes Volksinteresse aufgeboten wird. — Oder denkt man an Intriguen, Aufreizung einzelner Regierungen zur Widerseßlichkeit — die aber zugleich Entfremdung des eigenen Volks sein würde — zur Störung der unternommenen Reformen, d. h. zum Verrath am Vaterlande? Die Schwierigkeit wäre dann abermals nicht in den Umständen, und ganz leicht durch Treue am Vaterlande zu überwinden.

Die der Ausgleichung so vieler besondern Interessen und Ansichten möchte die größte, und wohl groß genug sein. Doch liegt nicht auch die Wahrheit nahe genug, daß am Ende doch Alle gewinnen müssen, wenn auch Jeder, und Einer vielleicht auch mehr als der Andere, aufopfert? Daß sie unüberwindlich sei, jene Schwierigkeit, in einer großen, selbst dem Kältesten begeisterte Momente abzwingenden, einer — vulkanischen Zeit, die das Vereinzelte mahnt zur Einigung, das nicht wohl Verbundene zu besserem Verbande, die Uneinigen zur Einigkeit, die Schwachen zum Bündniß, die Völker und die Fürsten zu Vertrauen, zu hochherzigem Gemeinfinn und fest zu stehen, und — sich in Verfassung zu setzen! — das wollen wir nicht glauben, dürfen es nicht; es hieße Fürsten verunehren und Volk.

Vor kurzem wurde durch die öffentlichen Blätter einmal wieder ein Auszug aus den Protokollen der Bundes-

tagssitzungen ⁶⁴⁾ bekannt gemacht, welcher einen einstimmigen Bundesbeschluß enthält, wonach der Deutsche Bund, »von der Verpflichtung durchdrungen, bei den gegenwärtigen, auf dem Bundesgebiet stattgehabten, so bedenklichen und allgemeine Gefahr drohenden aufrührerischen Vorfällen die verfassungsmäßige Wirksamkeit zu äußern«, gewisse Anordnungen getroffen hat. Diese Mittheilung schien hier und da, doch wohl nur durch Mißverständniß, nicht den besten Eindruck zu machen.

Aber gerade aus dem, worüber man sich beschwert, können wir die erfreulichsten Hoffnungen schöpfen, indem es ja unläugbar beweiset, daß die Schwierigkeiten keineswegs unüberwindlich sind, wenn es jetzt abermals nicht um schwerere, sondern nur eben so schwere Dinge sich handelt. Sind es doch zum Theil gerade nur dieselben, die wir jetzt nur wieder so geordnet wünschen, wie sie vorher geordnet gewesen. Ist es nicht z. B. offenbar, daß die Pressfreiheit durch die Bundesversammlung leicht hergestellt werden kann, da sie so leicht aufgehoben werden konnte? Das oben angeführte Protokoll aber beweiset, daß der Bundestag noch immer Kraft entwickeln, einig und wirksam sein kann, wo es »der Fürsorge für das Gesamtinteresse des Bundes« gilt. Es braucht demnach nur ausgemacht zu sein, worin dasselbe wahrhaft besteht. Die Umstände sind es am wenigsten, woher Schwierigkeiten entstehen.

Der Glaube, oder auch die Phrase ohne Glauben: Die unüberwindlichen Schwierigkeiten! — das sind die Chimären, die Vorspiegelungen, die wirklich gefährlich sind. Denn sie verhindern, was noth thut, indem die Trägheit und Schlassheit in ihnen noch ein Ruhekitzen bekommt, und die Engherzigkeit und das Uebelwollen sie schlaun zu ihren Zwecken benutzen. Der Glaube an unüberwindliche Schwierigkeiten, wo es uns zu helfen gilt, an den die Muthlo-

⁶⁴⁾ Der 34ten Sitzung vom 21sten Oct d. J.

sigkeit sich angeknüpft hat, ist vielleicht die größte; und ist sie überwunden, dann möchten sich auch die übrigen, in etwaigem üblen Willen oder in den Umständen liegenden, noch leicht genug besiegen lassen.

Betrachtet sie in der Nähe, und ihr werdet finden, daß sie oft nur Gespenster sind. Glaubt nicht an sie, und sie werden verschwinden. Ihr habt nichts Gefährlicheres zu fürchten, als Eure Furcht. Glaubt an Euch selbst und helft Euch selbst, so hilft Euch auch Gott!

Dies, nicht abergläubische oder vermessene, sondern vernünftige und edle Gottvertrauen, von den Franzosen in manchem schweren Jahr und Kampf geübt und bewährt gefunden, hat dieses Volk von jener psalmenbetenden und menschlachtenden Tyrannei errettet, die mit einem furchtbaren Neze das schöne Land schon überzogen hatte. Sollte es uns nicht befreien von Uebeln, die wir zum großen Theil uns fortwährend selbst bereiten?

Mag sein, daß ich in dem irre, was mir — freilich vor allem den kleinern Staaten — noth zu thun scheint. Es ist gleichgültig, nach welchen Ideen und in welcher Weise dem Vaterlande geholfen werde, wenn nur geholfen wird. Daß die Regierung unserer Fürsten stets Bürgerfreundlichkeit und Güte, Recht und Freiheit sei, mit Macht vereint! Daß im Deutschen Volke stets ächter Bürgerfinn herrsche, und überall in seinen Gauen Liebe der Freiheit unvertilglich sei mit der der Ordnung! Ob diese Form sei, oder jene, daran ist nicht gelegen, wenn die erwählte nur den Geist nicht dämpft.

Oder möchte sein, daß im Vaterlande nicht so viel und nicht so hinlängliche Geneigtheit wäre, als ich vermuthe, die Erfüllung der angegebenen Wünsche herbeizuführen. Dann bliebe freilich nichts übrig als — Resignation, Genuß der augenblicklichen Abhülfe oder Linderung, und schweigendes Erwarten dessen, was Schicksal, oder Willensbestimmung oder Laune der Mächtigen über uns verhängt. Doch lasse ich besseren Glauben noch nicht fahren, der auch dar-

auf sich gründet, daß doch wohl nicht denkbar ist, es würde dem Deutschen Volke auch nicht Einer der vornehmsten jener Wünsche gewährt werden, und daß man dann schon sehen wird, wie aus Gewährung nur eines einzigen die der andern sich von selbst entwickeln muß.

Die Freiheit der Presse wird nicht lange mehr versagt werden können. Die öffentliche Meinung fordert sie zu laut und dringend, — und wird hinwiederum durch sie ausgebildet, und stark und immer stärker werden, indem sie ohnehin schon die größte Macht in den Staaten unserer Zeit ist. Man wollte sie für nichts weniger als etwas Solides ansehen, sondern hielt sie für etwas nur auf dem Gelärm eines Haufens von Demagogen Beruhendes, und mit den Launen und Vorkommenheiten des Tages Wechselndes, daß ich so sage, Quecksilberiges, und für ein Gift wie das Quecksilber. Gut! Hat man doch nun auch erfahren, daß sie, wie dieses, schwer zu fassen und festzuhalten, und gewichtig, und ein vortreffliches Heilmittel gegen sehr böse Krankheiten der Staaten ist. Auch ist sie wirklich das Quecksilber im Barometer der Zeit, der den Völkern die Veränderungen in ihren Schicksalen anzeigt. Sie ist gestiegen in Bedeutung, Vertrauen und Achtung — das deutet auf bessere Tage!

An alle dem, was allgemein sich ausspricht, ist immer etwas Wahres. Indem ich die vorstehenden Bemerkungen niederschrieb, wurden mir — daß ich der ausgesprochenen Zusagen, Wünsche und Bestrebungen vieler Regierungen, Stände, Städte und Einzelner hier nicht weiter gedenke — durch Inhaltsanzeige oder Lectüre mehrere Schriften bekannt, welche ungefähr dasselbe als Wunsch und Bedürfnis aussprechen, was ich als das, was wir bedürften und erstreben müßten, bezeichnen zu müssen geglaubt habe. Professor Welker z. B. trägt auf Pressfreiheit an. Ebendarauf Hase (in der Schrift: Sachsen und seine Hoffnungen), jetzt sich erweisend als helldenkenden Vaterlandsfreund, nachdem sein Name eine Zierde der theologischen Literatur ge-

worden, und sein mildes und durch Geist eindringliches Wort im Interesse der Kirche und der Humanität für Abschaffung der Todesstrafen ertönte, und mit Beifall der Verständigen und Guten aufgenommen wurde. Derselbe redet noch besonders für tüchtige Landes- und Städte-Verfassungen. Des Verfassers der Schrift: Blicke auf Deutschlands Lage u. s. w. hin und wieder ausgedrückte Wünsche gehen »auf die fürstlichen, gesetlich (in der Bundesacte) ausgesprochenen Verheißungen« zurück, und:

„Gewährt, was Ihr großmüthig einst versprochen!“
ist der Grundton in Maltitz: Ein herzliches Wort zum Herzen Deutscher Fürsten.

Ich läugne nicht, eine willkommene Genugthuung in dem Allen gefunden zu haben. Denn es ist schwer zu beurtheilen, was einem Volke, und in kritischer Lage desselben, unter verwickelten Zeitverhältnissen, noth thun und frommen mag.

In magnis voluisse sat! Dazu bin ich mir bewußt, mögen immerhin Irrthümer mir nachgewiesen werden, was die Gesinnung betrifft, daß nur wahre und innige Liebe zum Vaterlande, und die tiefste Verehrung für die heilige Drei: Wahrheit, Recht und Freiheit, mir die Feder geführt.

Möchte das wenigstens anerkannt, und mir um dessen willen Nachsicht zu Theil werden!

Die Rechtsache
des der verletzten Ehrerbietung gegen Seine Durchlaucht,
den Herzog Carl zu Braunschweig-Lüneburg
beschuldigten

Freiherrn von Sierstorpff,
Herzoglich Braunschweigischen Oberjägermeisters, Großkreuzes des
Königlich Hannoverschen Guelphen-Ordens.

Als Beitrag zur Geschichte der Braunschweigischen Landes- und
Deutschen Bundes-Justiz, in einer Reihe von Actenstücken und
Anmerkungen

herausgegeben von
Dr. Georg Bruns zu Wolfenbüttel.

gr. 8. geh. 16 Ggr.

Ein Blick auf die gegenwärtige
Gestaltung Sachsens
in Beziehung auf Staat, Kirche und Wissenschaft.

gr. 8. 4 Ggr.

Darstellung der
Englischen Staatsverfassung,
von George Cusance.

Aus dem Englischen mit Anmerkungen, Zusätzen und einem Anhang über die Englische Schul- und Universitäts-Verfassung.

gr. 8. 1 Thlr. 16 Ggr.

Die Ruinen,
oder Betrachtungen über die Revolutionen der
Reiche, und das natürliche Gesetz,

von

C. F. Grafen von Volney,

Pair von Frankreich.

Aus dem Französischen von Georg Förster.
7te Auflage, mit einem Vorwort über das Leben des Verfassers
vom Grafen Darn, Pair von Frankreich.

Mit Kupfern. gr. 8. Fein Velinpap. geh. 1 Thlr. 8 Ggr.

Entwurf eines
Strafgesetzbuchs
für ein norddeutsches Staatsgebiet,
namentlich
für das Herzogthum Braunschweig und die Fürstenthümer
Waldeck, Pyrmont, Lippe und Schaumburg-Lippe.
Von F. K. von Strombeck,
Geheimen Rathe, Oberappellationsrathe und Mitglieder des engern
Aussschusses der Braunschweigischen Stände.

gr. 8. geh. 1 Rthlr. 12 Ggr.

